

STREIFLICHTER 2

aus Verfolgung und Widerstand 1933-45

GROSSACHSENHEIM PLEIDELSHEIM
VAININGEN/E. BIETIGHEIM
UNTERRIEXINGEN MARBACH
ASPERG
LUDWIGSBURG
KORNWESTHEIM



VVN Kreisvereinigung Ludwigsburg

STREIFLICHTER

aus Verfolgung und Widerstand 1933-45



Druckerei und Verlag Ludwig Stark

7141 Erdmannhausen

Die Stadt Ludwigsburg wird auch weiterhin gerne der VVN/BdA für die Herausgabe der STREIFLICHTER Quellenmaterial überlassen.

Ham Locher Herr

Hans Jochen Henke
Oberbürgermeister

Widerstand und Verfolgung der Gegner des nationalsozialistischen Regimes in Stadt und Kreis Ludwigsburg schildert diese Broschüre – die erste einer sechsteiligen Reihe. Diese Darstellung Werner Hoffmanns vom VVN/BdA Ludwigsburg ist ein Beitrag, der mithelfen soll, das dunkelste Kapitel der Geschichte unserer Stadt und ihrer Umgebung aufzuarbeiten. Diese Vergangenheit zu bewältigen, heißt vor allem, aus ihr zu lernen und beharrlich dafür einzutreten, es nie wieder so weit kommen zu lassen.

Was wir unserer Generation, und insbesondere künftigen Generationen schulden, ist, daß wir alle treu zur Demokratie stehen, und auch gerade dann, wenn die Zeiten schwierig werden.

Die Stadt Ludwigsburg wird auch für die Herausgabe der geplanten weiteren Broschüren entsprechende Unterlagen aus dem Stadtarchiv zur Verfügung stellen.

Original/Carbon

Dr. Otfried Ulshöfer
Ehemaliger Oberbürgermeister

(Geleitwort zur ersten Ausgabe der STREIFLICHTER)

Die Befreiung von Faschismus und Krieg jährt sich am 8. Mai 1985 zum 40. Mal. Das Erinnern an die damaligen Ereignisse hat mehr als nur historische Bedeutung: Großdeutsche Träume werden öffentlich formuliert und die Grenzen im Osten in Frage gestellt. Die Rüstung zum Erstschatz, Berufsverbote, Ausländerfeindlichkeit sowie das offene Werben neonazistischer Gruppen sind gefährliche Entwicklungen, denen zu wehren ist. Darum soll mit Band 2 der STREIFLICHTER der Versuch fortgesetzt werden, gerade der jüngeren Generation Entstehung und Ausbau der Schreckensherrschaft deutscher Faschisten zu schildern.

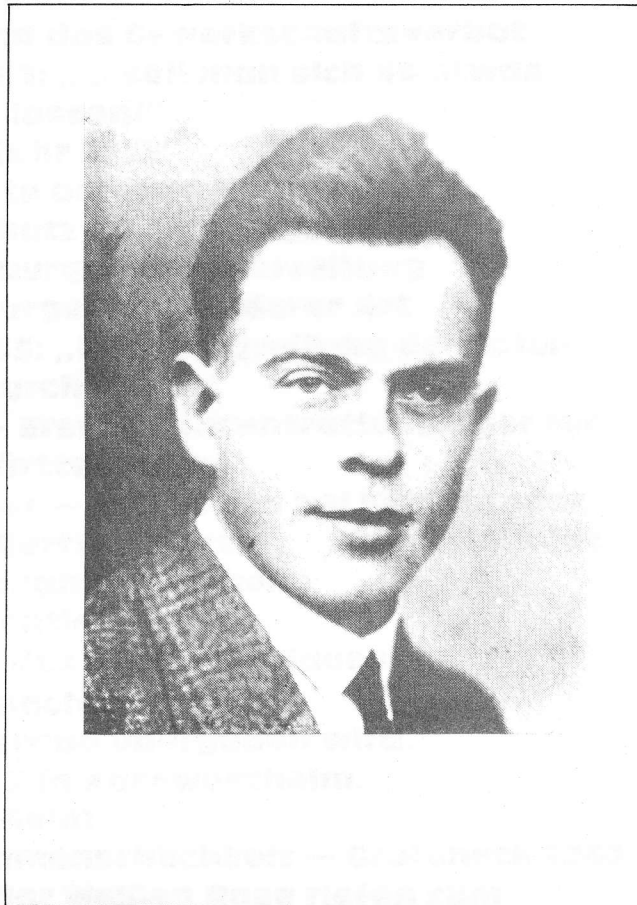
Schwerpunkt dieses Heftes sind die Ereignisse des Jahres 1933 und das Gewerkschaftsverbot, Konzentrationslager in Württemberg, der spanische Bürgerkrieg sowie Neubeginn und gewerkschaftlicher Wiederaufbau nach Kriegsende – immer eng verknüpft mit den Schicksalen antifaschistischer Widerstandskämpfer aus dem Kreis Ludwigsburg, die, wo immer möglich, selbst zu Wort kommen. Damit sollen nicht nur die Zusammenhänge zwischen der "kleinen" und der "großen" Politik aufgezeigt werden, die enge Verflechtung von staatlichem Terror, Widerstand und Verfolgung mit dem Alltag in unseren Nachbarorten verdeutlichen auch, daß niemand sagen kann, er habe nichts wissen können.

Danken möchten wir wieder all jenen, die uns bisher unveröffentlichte Berichte, Dokumente und Bilder zur Verfügung stellten.
Auf ihre Hilfe sind wir auch weiterhin angewiesen.

Wir wünschen dem zweiten Band der STREIFLICHTER kritische Leser, denen wir für Gespräche, Anregungen und Kritik gerne zur Verfügung stehen.

Georgiurich

Kreisvorstand Ludwigsburg
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/
Bund der Antifaschisten



**Gewidmet dem Widerstandskämpfer
Franz Martin**

† 5. Januar 1940 KZ Mauthausen

Inhalt

Der 1. Mai und das Gewerkschaftsverbot	4
Die Nazis 1933: „... soll man sich so etwas noch bieten lassen!“	8
„Schicksalsjahr 1933“	9
Der erste Tote auf dem Heuberg	13
1932: Luftschutz im „künftigen Krieg“	14
Die Ludwigsburger Arbeiterzeitung	15
Ein „Ehrenbürger“ besonderer Art	15
Marbach 1933: „Besitzergreifung der Spielplatzhalle durch die SA“	16
Gotteszell — Erstes Konzentrationslager für Frauen in Württemberg	18
Emma Greiner — Arbeiterin bei Salamander	20
Lina Herr Gertrud Martin Else Meinholdt	21
„Polizeigefängnis“ Welzheim	24
Reinhold Bechtle	25
Die Karriere des Gottfried Mauch	27
Willi Bohn „Hochverräter“	29
... er der Gestapo übergeben wird.	30
Der Betrieb X in Kornwestheim.	
Oskar Mannheim	32
Opfer der Unmenschlichkeit — Grafeneck 1940	32
Die Blätter der Weißen Rose riefen zum Widerstand auf	37
Kriegsende — Neubeginn?	39
Der gewerkschaftliche Wiederaufbau	44
Ein Ludwigsburger erinnert sich — Die Jahre nach 1933 — In Stuttgart in Haft — Vom Asperg nach Buchenwald	48
Der Fall KS	54
In Spanien gegen Franco und Hitler	55
Fritz Koch — Gefallen für die Republik	61
Ein Augenzeuge hat es festgehalten	
Otto Weldenbach —	63
Durch viele Länder Europas getrieben	
Richard Sieckfeld	63
Namensverzeichnis	65
Ortsverzeichnis	66
Sachregister	66
Literaturhinweise	67

Die ungeheure Not, in der sich das mit seinen Herren zusammengebrochene Deutschland in den ersten Maitagen des Jahres 1945 befand, fiel zusammen mit der größten Hoffnung, die Deutschland je empfunden hatte. Im Zusammenbruch des deutschen Faschismus offenbarte sich den vom Kampflärm, von Drohungen, von Hunger, von der Stille nach dem Sturm verstörten Deutschen das Bild einer Gegenwart, wie es wirklich ist, das ganze Panorama ihrer schrecklichen Irrtümer und unerhörten Möglichkeiten, die Summe der Leiden, die sie erfahren und zugefügt hatten, das wahre Gesicht der Welt in unserer Epoche, das bestimmt ist vom Kampf der Zukunft gegen die Vergangenheit, des Fortschritts gegen die Reaktion, der Befreiung gegen die sich unentwegt als Freiheit tarnende Unterdrückung.

STEPHAN HERMLIN

Der 1. Mai und das Gewerkschaftsverbot

Die Ereignisse im Kreis Ludwigsburg

Sofort nach der Machtübernahme am 30. Januar begann im ganzen Reich eine stufenweise Gleichschaltung auf allen Gebieten.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hat Reichspräsident von Hindenburg auch dem Willen der Banken und des Großkapitals entsprochen. Sie wollten die seit 1929 andauernde Wirtschaftskrise auf Kosten der unteren Schichten "lösen". Wer sich ihnen entgegenstellte, den versuchten sie auszuschalten.

In Ludwigsburg und zahlreichen Kreisorten begannen die Massenverhaftungen in der Nacht vom 5. zum 6. März 1933.

"Am 11. April meldete der 'Enz-Bote' (Vaihingen), auf dem Schloß sei 'eine größere Anzahl kommunistischer Funktionäre und Abgeordnete - man spricht von etwa 80 Leuten - eingeliefert worden (...)."¹

Was die Nazis bei den 8. Reichstagswahlen am 5. März 1933 nicht erreicht hatten, die Erringung der absoluten Mehrheit, wurde nun mit blutigem Terror bis in die kleinsten Gemeinden "nachgeholt". Den Verhaftungswellen konnten sich zwar manche Hitlergegner durch "Untertauchen" oder die Flucht entziehen. Es war ihnen aber nicht mehr möglich, ihre bisherigen Funktionen weiter wahrzunehmen.

In Gemeindeparlamenten "fehlten" sie und in den noch bestehenden Organisationen der Arbeiterschaft konnten sie ihren Einfluß nicht mehr im gleichen Umfang wie seither geltend machen. So auch in den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsspitze erlag der Versuchung, sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren.² Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) rief am 15. April 1933 zur Teilnahme an den Maikundgebungen auf und stellte fest: "Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat."

Vom ADGB in Kornwestheim wurde ein ähnlicher Aufruf in der "Kornwestheimer Zeitung" veröffentlicht. Die Nazis riefen dagegen zu ihrem "Tag der deutschen Arbeit" auf.

Sowohl der Bericht "Vorbereitungen für den 1. Mai 1933", der in der "Kornwestheimer Zeitung" vom 27. April 1933 veröffentlicht wurde, als auch in einem Programm, das am darauffolgenden Tag dort abgedruckt war, werden die Freien Gewerkschaften nicht mehr erwähnt. Da ist nur noch von "Belegschaften (der Betriebe)" die Rede.



VÖLKISCHER BEOBERACHTER

Die Brennessel
heute noch!

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Deutschlands

2. Abschnitt der nationalsozialistischen Revolution:

Säuberung der Freien Gewerkschaften und Aufbau einer Arbeiterorganisation

Begehung sämtlicher Gewerkschaftshäuser durch S.A. — 50 Gewerkschaftsführer verhaftet

In der "Ludwigsburger Zeitung" vom 26. April 1933 wird unter "Der Tag der nationalen Arbeit" vermerkt: "(...) Die sämtlichen Kapellen der hinter der Regierung der nationalen Revolution stehenden Vereine beteiligen sich am Umzug."

Im "Enz- und Metter-Bote", zugleich "Amtsblatt der Stadtgemeinde Bietigheim", wird im April 1933 eine ganze Artikelserie zum "Tag der nationalen Arbeit" veröffentlicht. "Der Reichsminister des Innern", so ist am 24. April 1933 im "Enz- und Metter-Bote" zu lesen, "hat in einem Rundschreiben an die obersten Reichsbehörden und die Landesregierungen Richtlinien über die Begehung des Feiertages der nationalen Arbeit in der öffentlichen Verwaltung erlassen."

Am gleichen Tag ist dort folgende Erklärung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände abgedruckt: "Die deutschen Arbeitgeber haben (...) sich der Regierung mit allen ihren Kräften zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt."

Am 25. April heißt es in einem "Aufruf zum 1. Mai": "Zur Festlegung der Einzelheiten werden Vertreter aller Behörden, Betriebe, Organisationen, Verbände und Vereine auf Donnerstag, den 27. April 1933 nachmittags 5 Uhr in den Saal des Gasthauses zum Adler eingeladen. (...)"

Gotthilf Holzwarth
NSBO-Kreisleiter "

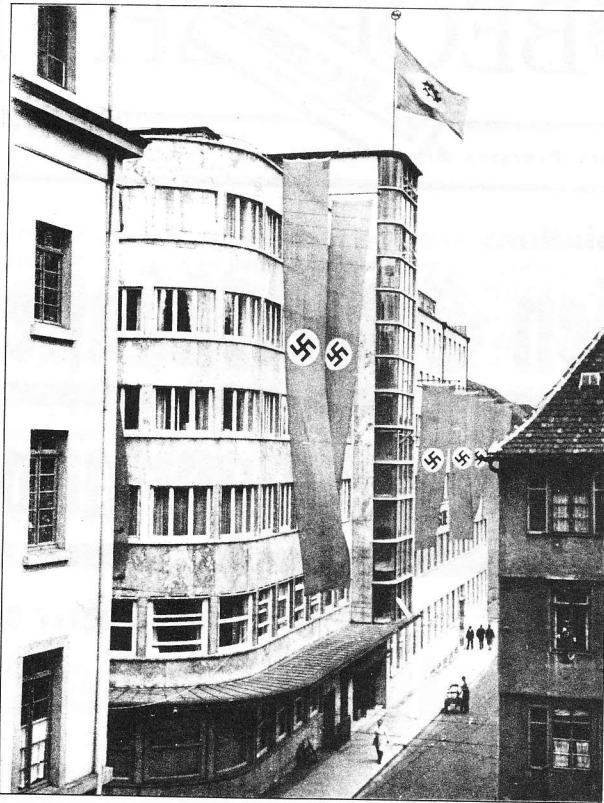
(NSBO: Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Der Verfasser.)

Im "Enz- und Metter-Bote" vom 28. April 1933 sind Aufrufe zum "Feiertag der nationalen Arbeit" der damaligen Gemeinden Großsachsenheim und Kleinsachsenheim abgedruckt. Die N.S.D.A.P. (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) Bissingen/Enz veröffentlichte unter dem 29. April 1933 folgendes Programm im "Enz- und Metter-Bote":

" Festzug Bissingen 13 Uhr

- 1.) Festreiter
- 2.) SA Musikkapelle Bietigheim
- 3.) SA Sturm 123
- 4.) Gemeinderat und Kirchengemeinderat
- 5.) Hitlerjugend und Jungvolk
- 6.) Festwagen 4-spännig (Dorfschenke und Spinnstube)
- 7.) Feuerwehrkapelle Bissingen/Enz
- 8.) Feuerwehr
- 9.) Turnverein
- 10.) Kriegerverein
- 11.) Bauernbund
- 12.) Arbeiter und Angestellte der hiesigen Betriebe
- 13.) Liederkranz
- 14.) Konkordia
- 15.) Handwerker und Gewerbeverein
- 16.) Schuljugend unter Führung der Lehrer

Der Festzug bewegt sich durch die Bahnhofstraße, Rathaus-, Brücken-, Kelter-, Garten-, Ludwigsburgerstraße und nimmt am Adolf-Hitler-Platz Aufstellung."



Am 2. Mai war es auch in Stuttgart soweit: Die Hakenkreuzfahne weht vom Gewerkschaftshaus.

Wie überall wurde auch in Marbach mit großem Aufwand der 1. Mai-Schwindel betrieben: "Flaggenhissen auf allen Betrieben; Kirchgang von SA, HJ und Stahlhelm; Lautsprecherübertragungen der Berliner Kundgebung am Rathaus; Platzkonzert der Stadtkapelle auf dem Marktplatz; Umzug mit Festakt vor dem Schillerdenkmal; Weitemarsch zum SA-Heim; weitere Rundfunkübertragungen und zum Abschluß Pyramiden mit bengalischer Beleuchtung durch Mitglieder des Turnvereins sowie ein Feuerwerk."³

Über die Feier in Kleiningersheim berichtet der "Enz- und Metter-Bote" am 4. Mai 1933 unter anderem: " (...) Weitere kurze Ansprachen hielten noch Herr Pfarrer Klein, Herr Bürgermeister Mollenkopf und Frau Gräfin Sekerka vom hiesigen Schloß. Zum Schluß wurde noch gemeinsam das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied gesungen." Die Veranstaltungen wurden überall nach dem gleichen Strickmuster durchgeführt.

Am 2. Mai holten die Nazis zum Schlag gegen die Gewerkschaften aus. Tausende Gewerkschaftsmitglieder wurden verhaftet. Unter dem Vorwand, den Arbeiter zu "schützen", werden die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Gewerkschaften unter Zwangsverwaltung gestellt.

Überall der gleiche Terror. Von Vaihingen/Enz, wo sich die Freien Gewerkschaften lediglich auf eine Bezirks-Organisation stützen konnten,⁴ über Bietigheim, Ludwigsburg und Kornwestheim bis nach Marbach.

"Ziel sind nach einem Geheimbefehl vom 21. April 1933 der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA). Der Befehl kommt von der NSDAP. Es ist eine direkte Weisung des Parteiführers Adolf Hitler, der mit Robert Ley an der Spitze ein 'Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit' einsetzt. Träger der Aktion ist die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO), ausgeführt wird sie von SA und SS."⁵

In der "Kornwestheimer Zeitung" am 3. Mai heißt es: "Der Zentralverband der Schuhmacher unter kommissarischer Leitung. Auf Befehl der Reichsleitung des NSBO wurden heute (...) die gesamten Freien Gewerkschaften unter kommissarische Leitung gestellt. (...) Der bisherige Leiter des Zentralverbands, Herr Karl Bühler sowie der Geschäftsführer Herr Sprenger wurden in Schutzhaft genommen."⁶

Wilhelm Keil (Ludwigsburg), einer der bekanntesten württembergischen Sozialdemokraten in der Weimarer Republik schrieb dazu später:

"Einer der ersten, die nach längerer Haft vom Heuberg zurückkehren, ist der frühere Sekretär des Schuhmacherverbandes, Karl Sprenger, in Kornwestheim. Nur in seiner Gemeinde, nicht in einer größeren Öffentlichkeit, ist er politisch tätig gewesen. Er hat als Gemeinderat großes Vertrauen auch außerhalb der sozialdemokratischen Gemeindegewählten genossen. Nichts hat er verbrochen. Einem örtlichen braunen Funktionär hat es gefallen,

GEWERKSCHAFTS-ZEITUNG

ORGAN DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Redaktion und Expedition: Berlin SW 19, Inselstraße 6, Fernspr.: F7 Jannowitz 6581
BERLIN 22. April 1933
43. JAHRGANG
Das Blatt erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1,00 Reichsmark

NUMMER 16

AN DIE MITGLIEDER DER GEWERKSCHAFTEN!

Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des 1. Mai habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgelbst unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des 1. Mai erglühete stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt ihr im Zeichen des 1. Mai auch den gesetzlichen Achtstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die Pioniere des Mäigedankens. Denkt immer daran und seid stolz darauf.

In herzlichster Kameradschaft mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Berlin, 15. April 1933.

Der Bundesvorstand

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

DER BUNDESAUSSCHUSS DES ADGB. ZUM 1. MAI

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 19. April folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Mäigedanken, für die Ehre der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschmälerung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.

seine Festnahme zu verlangen, und darauf ist er auf Monate der Freiheit beraubt worden. Bei seiner Entlassung ist ihm im Konzentrationslager unter Androhung schwerster Folgen die Pflicht des Schweigens auferlegt worden. Mir vertraut er sich unter dem Siegel der Verschwiegenheit an und erzählt von der bestialischen Behandlung vieler Gefangenen. Man kann's kaum glauben."⁷

Die Ludwigsburger Zeitung berichtet am 3. Mai 1933 über eine "Aktion gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den Holzarbeiterverband und den Gesamtverband der öffentlichen Betriebe und des Warenverkehrs unter Führung des Ortsgruppenleiters Seitz sowie des Propagandaleiters Hieber der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, Ortsgruppe Ludwigsburg."⁸

"Auch im Bezirk Marbach," so die dortige Zeitung, wurde "die Aktion gegen die Freien Gewerkschaften durchgeführt. Die Vertrauensleute der Gewerkschaften wurden von SA-Leuten aus den Betrieben geholt, damit sämtliche Schriftstücke, die Kasse, Formulare usw. sichergestellt werden konnten."

Ein Marbacher Kollege erzählt später: "Am 2. Mai kam der Kreisleiter und ein Landjäger zu mir in den Betrieb und holten mich heraus. (...) Vor meiner Wohnungstür wartete schon ein alter Obernazi (...) Ich mußte alle Gewerkschaftsunterlagen herausgeben, alle gesammelten Unterlagen, Mitgliedsbücher- und Listen, unsere Abzeichen und Fahnen, einfach alles. Einige Zeit später mußte ich dann auch noch alle Unterlagen unserer SPD-Ortsgruppe abliefern."⁹

In Marbach setzten die Nazis Karl Meißner als Kommissar für die Freien Gewerkschaften ein. Für Asperg ernannten sie Ernst Bischoff, für Kornwestheim Karl Siegle und für Ludwigsburg wurde der Ortsgruppenleiter der NSBO Seitz eingesetzt.¹⁰

Heute fragen wir uns: Wie konnte dies alles geschehen?

Die politische Szene im Jahr 1932/33 war ja nicht so, wie es manche Historiker darzustellen liebten, daß "das ganze deutsche Volk Hitler nachgelaufen" sei. Sie war geprägt von den Millionen-Wähler-Stimmen der NSDAP und der Deutschnationalen auf der einen Seite und von den Millionen-Wähler-Stimmen für die Sozialdemokraten und die Kommunisten auf der anderen Seite.

Rechnet man zu den Kräften, die die faschistische Diktatur ablehnten, die Gewerkschaften, die Millionen Mitglieder der Arbeiter-Kultur- und Sportorganisationen, liberale Intellektuelle und progressive Christen beider Konfessionen hinzu, so gab es ohne Zweifel, trotz aller Unterschiede und Schwankungen, in Deutschland ein Potential, das den Faschismus verhindern und den Weg in Krieg und Katastrophe hätte aufhalten können.

Doch es kam nicht dazu. Aus der großen Zahl von Dokumenten und Erklärungen dafür sei nur eine herausgegriffen - die der Landesgruppe

deutscher Gewerkschafter in Großbritannien vom 17. November 1945. Am Tage ihrer Auflösung und kurz vor der Rückkehr ihrer Mitglieder in ihre deutschen Heimatstädte stellte sie fest:"

"... Vor allem die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, das Fehlen der antifaschistischen Kampfeinheit der Arbeiterklasse die Unterschätzung des Nationalsozialismus, das mangelnde Verständnis für die Demokratie und die nicht ausreichende Bereitschaft, die zu verteidigen, das ständige Zurückweichen vor der Reaktion sowie schließlich die Kapitulation vor dem Faschismus, erleichterten die Errichtung der faschistischen Diktatur und die Vorbereitung und Durchführung des Krieges."¹²

Quellen- und Literaturhinweise

1. Ludwigsburger Geschichtsblätter 35/1983 S.31
2. Gewerkschaft, Organ des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs vom 18. März 1933
3. Von "Spartania" nach "Germania", Schriften der Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach und Umgebung, Bd. 1 S. 56
4. Ludwigsburger Geschichtsblätter 35/83 S. 23
5. ÖTV-magazin 5/83, S. 7
6. Kornwestheimer Zeitung vom 3. 5. 1933
7. Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten Band II, Seite 512
8. Streiflichter Nr. 1 S. 5
9. Aufstieg, Informationsorgan des Touristenvereins "Die Naturfreunde" Nr. 11/77 S. 24 ff
10. Ludwigsburger Zeitung vom 3. 5. 1933
11. Informationen 1-2/82, Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945 Frankfurt/M S. 5
12. Werner Röder: die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945. Hannover 1969, S. 294 (nach Informationen 1-2/82)

Die Nazis 1933:

„... soll man sich so etwas noch bieten lassen!“

In ihrem Organ "Hakenkreuz-Banner im Schwabenland", Herausgeber Hermann Reiner aus Ludwigsburg, zogen die örtlichen Nazis gegen den Arzt und Dramatiker Dr. Friedrich Wolf (1888 - 1953) zu Felde. Sie schreckten auch nicht davor zurück (in ihrer Hetze gegen Friedrich Wolf) Schiller für sich in Anspruch zu nehmen.¹

Nr. 3

21. Januar 1933

2. Jahrgang

Wolf in Marbach.

Der aus dem Kienle-Wolf-Prozess mehr als bekannte Dr. Friedrich Wolf aus Stuttgart meinte mit seiner Schauspielerguppe „Süd-West“ auch Marbach a. N., die Schillerstadt, auf- und heimzukehren zu müssen. Das Stück „Von New-York bis Schanghai“, hinter dem die Zuschauer ein Theaterstück mit irgendeiner Handlung erwarteten, war nichts als eine bewusste Hege mit den gemeinsten Mitteln. Wenn ein Staat soweit gefunken ist, daß er seinen Volksangehörigen solche Hege und Gemeinheiten bieten läßt, dann ist es reichlich weit gekommen. Ein General steht an der Spitze der Regierung und solch eine Sache wird erlaubt! Die ganze Industrie der Welt ist nichts anderes als Rüstungs- und Munitionsindustrie gegen Rußland! Jede Autorität, Staat, Religion, Wissenschaft usw. — wird abgelehnt und in den Schmutz gezogen. Besonders interessant war die Stellung der Frauen, die alles Weibliche und Heilige abgelegt haben und zu Teufelinnen in Menschengestalt wurden. Allen Volksgenossen, die an den Wehr- und Aufbauwille der Nation glauben, muß es als ein Schlag ins Gesicht gelten, wenn die Soldaten am Schlusse des Stückes ihre Waffen wegwerfen. Wie war es denn 1918? Hat nicht jener Schandtag Not, Elend und Jammer über unser Volk gebracht? Heute soll man sich so etwas noch bieten lassen? Wo sind denn die Taten jener Herrschaften von 1918, als sie die ganze Macht in den Händen hatten? Vom Bürgertum war natürlich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ebenso wenig wie von den Behörden jemand vertreten. Kleine und unwesentliche Veranstaltungen werden offiziell eröffnet und vertreten, wo aber das ganze Volk verheßt und den „Segnungen Moskaus“ zugeführt wird, dort ist niemand zu sehen. Würden die Bürgerlichen solche Stücke sich ansehen, dann wären Aufklärungs-Versammlungen von unserer Seite nicht mehr notwendig. Vielleicht kommt ein baldiges, aber rauhes Erwachen. Da bereits angekündigt wurde, daß die Gruppe wieder nach Marbach kommen wolle, so möchten wir schon heute bemerken, daß wir alles antworten werden, dies zu verhindern. Wir verbitten uns im Namen aller, die an einen Aufbau unseres Staates mit allen Volksteilen und Schichten noch glauben, solche Dorbbietungen in Schillers Geburtsstadt auf das Entschiedenste.

Schon in den Jahren zuvor hatte Friedrich Wolf mit vielen Veranstaltungen gegen den § 218, die auch in Ludwigsburg gut besucht waren, großes Aufsehen erregt.²

Wegen seines Beitritts zur KPD (1928) immer stärker aus dem bürgerlichen Theaterbetrieb hinausgedrängt, "suchte er (auch) von sich aus das Arbeiterpublikum und die Arbeit mit Laienschauspielern."³

Bereits im Vorfeld der braunen Diktatur hatte das Württembergische Polizeiamt Ludwigsburg mit Schreiben vom 14. Februar 1931 die Aufführung von Wolfs Schauspiel "Die Matrosen von Cattaro" nicht genehmigt.⁴

Mit seinem "Spieltrupp Südwest", der sich im Frühjahr 1932 formierte, hat dann Friedrich Wolf für einige Aufregung in den "nationalen Kreisen" gesorgt.

"Von New York bis Schanghai" war das zweite Agitpropstück von Friedrich Wolf. Bereits mit "Wie stehn die Fronten?" (Uraufführung am 6. 5. 1932 in Stuttgart), das den Lohn- und Gewerkschaftskampf im Betrieb zum Inhalt hat, zog er sich den Haß der Reaktion zu.

Noch 1935, Friedrich Wolf befand sich in der Emigration, schrieb der Stuttgarter NS-Kurier im Zusammenhang mit dem ebenfalls von Friedrich Wolf herausgegebenen Buch "Die Natur als Arzt und Helfer" (geschrieben 1926 und 1927): "Getarnte Volksvergiftung - Stuttgarter Verlag vertreibt noch immer Kulturbolschewismus. - Der Verfasser (...) ist nämlich (...) Friedrich Wolf, Verfasser von Cyankali und ähnlichem Zeug, ein Jude, der vor kurzem in Zürich ein Hetzstück gegen Deutschland aufführen ließ, (...) ein Jude, dem das neue Deutschland deshalb mit Recht die Staatsangehörigkeit aberkannte."⁵

Quellen- und Literaturhinweise

1. Dabei galt Friedrich Wolf seinem Zeitgenossen Lion Feuchtwanger als "ein literarischer Nachfahre Friedrich Schillers, und zwar hat der junge Schiller, der Dichter der 'Räuber' und der 'Luise Miller', ihn geformt." (Walter Pollatschek, "Friedrich Wolf", Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1974.)
2. Streiflichter 1 S. 14/15 (Bildseite)
3. die tat Nr. 35 vom 2. 9. 1983
4. Schreiben an den Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe, Stuttgart, Hauptstätterstr. 96 vom 14. Februar 1931
5. NS-Kurier vom 10. 5. 1935

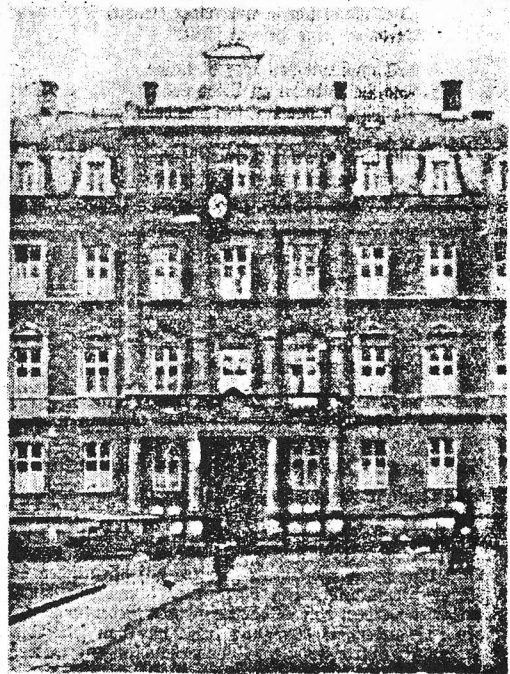
„Schicksalsjahr 1933“

Der ereignisreichste Monat des ganzen Jahres war zweifellos der

März.

der in seinem Witterungscharakter mit warmen Lüften und manchem Regenschauer schon eher dem April glich und uns gegen Ende schon Tagestemperaturen von 19 Grad bescherte. Das wichtigste Ereignis war die Wahl am 5. März, bei der es immerhin noch zehn Wahlvorschläge gab, die aber bei einer Wahlbeteiligung von 86 Prozent (trotz Regens!) der NSDAP eine Verdoppelung ihrer Stimmen brachte, während alle anderen Parteien mehr oder weniger einbüßten. In Ludwigsburg selbst konnten dabei die Parteien der Regierung nicht weniger als 56,6 Prozent aller Stimmen auf ihre Listen vereinigen, während die NSDAP. allein es auf 45 Prozent brachte. Es war für uns die sechste Wahl im Laufe von zwölf Monaten. Als unmittelbare Folge davon erlebten wir dann die nationale Revolution, die in Stuttgart am 7. März durch Professor Mergenthaler verkündet wurde und die Volk-Regierung hinwegsetzte. Noch am Abend des gleichen Tages wehte auch von unserem Rathaus die Hakenkreuzfahne — gewiß ein historischer Moment — und diesem Beispiel folgten in Kürze die übrigen Bezirksgemeinden; auch an den übrigen behördlichen Dienstgebäuden unserer Stadt wurden im Laufe der nächsten Tage die Fahnen der nationalen Erhebung aufgezogen. Der 8. März brachte die Ernennung v. Jagows zum Polizeikommissar für Württemberg, und am 10. übernahm das Oberamt die Polizeigewalt in Bissingen und tags darauf auch in Kornwestheim. Am 16. erfolgte die Neubildung der Landesregierung; an ihre Spitze trat Gauleiter Murr als Staatspräsident und gleichzeitiger Innen- und Wirtschaftsminister, Professor Mergenthaler wurde Kult- und Aufstigmünister und Finanzminister blieb Dr. Dehlinger; Landtagspräsident wurde Konstantin Schmid. Jeder weitere Tag lag nun dabei bei, der nationalen Erneuerung zum Durchbruch zu verhelfen, und als am 21. die Regierung das Volk aufrief, mit ihr den „Tag von Potsdam“, den Zusammenschluß des neuen Reichstages zu feiern, da waren es schon weite Kreise, die sich auch innerlich zum neuen Deutschland und seinen Führern bekannten. So wurde die große Kundgebung, die in Ludwigsburg am Vormittag mit einem Feldgottesdienst in der Exerzierhalle begann, die anschließend einen eindrucksvollen Appell unserer Reichswehrgarnison und der nationalen Verbände auf dem Arsenalplatz und einen Vorbeimarsch vor dem Rathaus brachte und abends mit einem Fackelzug und einer Ansprache des Landtagsabgeordneten Reiner beschloßen wurde, zu einem begeisterten Bekenntnis für die neue Zeit, die nun nach Jahren von Zorntracht und inneren Kämpfen für uns Deutsche ausgegangen war. Auch in den Bezirksgemeinden beging man diesen bedeutungsvollen Tag in erhebender Weise. Den Kampf gegen den Marxismus hatte die neue Regierung schon in den Tagen nach dem Reichstagsbrand mit den ersten Pausierungen bei Kommunisten und Sozialdemokraten aufgenommen, von denen bereits die ersten in Schutzhaft abgeführt wurden, und ihre Zeitungen hatte man beschlagnahmt und verboten; am 7. März erschien zum letzten Male die „Neckar-Post“ seligen Andenkens. Nach der Ernennung v. Jagows begann man mit der Aufstellung von Hilfspolizei und wenige Tage später kam das Verbot der Eisernen Front und der verschiedenen kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen, denen bald auch die Schließung der Schieß- und Sportplätze und die Beschlagnahme der Turnhallen folgte. Am 23. März erhielt Ludwigsburg einen Polizeikommissar in der Person des Sturmführers Freiherr v. Bindensels, dessen Dienstbereich als Unterkommisariat wenige Tage später auch auf das gesamte Oberamt und auf die Bezirke Marbach, Balingen und Maulbronn ausgedehnt wurde, eine Einrichtung, die allerdings nicht von langem Bestand war und später durch Sonderkommisariate ersetzt wurde. In die allgemeine Linie der Entwicklung fällt auch die Sitzung des Gemeinderats vom 24. März, in der dieser den Reichspräsidenten v. Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern ernannte und zu der schon bestehenden Hindenburg-Straße eine Adolf-Hitler-Straße und eine Hermann-Göring-Straße schuf. Im übrigen stellte der Gemeinderat selbst fest, daß er in seiner Zusammensetzung nicht mehr der neuen Zeit entspreche, und beschloß Neuwahlen. Dem Dank für die hochherzige Stiftung des Hauses Frand, das die Mittel für einen Handelschul-Neubau zur Verfügung gestellt hatte, verließ man in einer Robert-Frand-Allee sichtbaren Ausdruck, und im übrigen wurde die Hundesteuer in dieser Sitzung von 40 auf 30 RM. pro Jahr ermäßigt.

Der 7. März 1933 in Ludwigsburg



Das Rathaus im Schmuck der von der NS. geführten Hakenkreuzfahne

Aber auch sonst war der Monat März reich an Ereignissen. Am 13. und 14. erlebten wir den Ludwigsburger Pferdemarkt, der mit den Schaulagerungen der Reichswehr und dem Festzug weit über die Grenzen unseres Bezirks hinaus Beachtung und lebhaftes Interesse fand. Am 12. hielt der Schillergau des Schwäbischen Sängerbundes seine Goutagung in Bissingen, und am 8. März fand der erste Vereinskampf der Schwimm- und des Männerturnvereins statt. Sein 25jähriges Amtsjubiläum beging am 25. Bürgermeister Müller in Weibingen, nachdem am 13. Prälat Solzinger seinen 70. Geburtstag gefeiert hatte. Am 29. wurde in Eglosheim das neue umgebaute Schulhaus eingeweiht, und zwei Tage später fiellte das Staatliche Polizeiamt, dem es im

Was da bereits 1933 in der Form eines Wehrmachtsberichts zusammengeschrieben wurde, war auch das Eingeständnis, daß die Nazis nicht die Mehrheit hatten. Verbote und Verhaftungen waren die Begleitmusik zu ihrer "nationalen Revolution." Auch ein "Feldgottesdienst" und ein "eindrucksvoller Appell der Reichswehrgarnison und der nationalen Verbände" durften dabei nicht fehlen.

April 1933

Es wird weiter verhaftet. Auch im Kreis Ludwigsburg. Der erste Tote im Konzentrationslager Heuberg, Hermann Wissmann, stammt aus Hohen-eck. Die Nazis führen auf allen Gebieten ihre neue "Ordnung" ein, die sie "nationale Revolution" nennen.

Am 1. April fordert ein "Kampfausschuß der NSDAP (Nazipartei)" in Ludwigsburg zum Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte auf. Vor deren Häuser nehmen SA- und SS-Posten Aufstellung. "Deutsche kauft nicht bei Juden" und "Vertraut fremdrassigen Juden eure Gesundheit nicht an", waren die Hetzparolen der Ludwigsburger Nazis.

Schon einige Wochen vorher, am 17. Februar 1933 hatte der Antisemit Julius Streicher, Gauleiter von Franken und Herausgeber des "Stürmer" im Ludwigsburger Bahnhof seine Hetztiraden vom Stapel gelassen. Dabei bezeichnete er die Juden als "Pöpelvolk", das den heutigen Bolschewisten, der Eisernen Front und dem Zentrum entspreche, die hoffentlich bei dem "Auszug aus Deutschland" mitziehen würden.

Zum "politischen Sonderkommissar für den Bereich des Oberamts" wird am 18. April Nazikreisleiter Trefz (Kornwestheim) ernannt. Ein Sturmbannführer Motsch ist zu diesem Zeitpunkt bereits "SA-Sonderkommissar" und läßt einige Wochen später den SPD-Stadtrat Alfred Tischendorf in einer Gemeinderatssitzung verhaften.

Rechtsbrüche aller Art werden nun als "Gesetze" deklariert, Mord und Totschlag ist an der Tagesordnung.

Am 20. April wird der Geburtstag von Adolf Hitler mit einem Fackelzug gefeiert. Auf dem Ludwigsburger Marktplatz findet eine "Treuekundgebung für den Reichskanzler" statt.

Mai 1933

Die gleichgeschaltete Presse, am Ort ist es die "Ludwigsburger Zeitung", berichtet am 8. Mai über den Kampf gegen das "undeutsche Schrifttum".

Jedem Deutschen wird "anheimgestellt, seine Hausbibliothek von undeutschem Schrifttum zu säubern und die undeutschen Bücher der Deutschen Studentenschaft zur Verbrennung zur Verfügung zu stellen." Als "Gebrauchsanweisung" werden unter "Veränderungen in der Dichterakademie" gleich die Namen mitgeliefert. "Ausgeschieden (...) sind: Frank, Fulda, Georg Kaiser Kellermann, Thomas Mann, Alfred Momberg, Alfons Paquet, Rudolf Pannwitz, René Schickele, Fritz von Unruh, Jakob Wassermann und Franz Werfel."

Am 18. Mai tritt der Gemeinderat ohne Sozialdemokraten zusammen. Die SPD-Stadträte hatten auf die weitere Mitarbeit "verzichtet". Von den restlichen 21 Gemeinderäten gehörten 14 der Nazipartei an.

Die "Ehrungen" für die Obernazis beginnen. Zu "Ehrenbürgern" werden Reichsstatthalter Murr und Ministerpräsident Mergenthaler ernannt. Gleichzeitig wird dem früheren Reichswehrminister Gröner das Ehrenbürgerrecht aberkannt. Straßen werden nach Adolf Hitler, Horst Wessel und Wilhelm Murr benannt.

Am 25. Mai findet das "Oberstaffeltreffen der Motor-SA Württemberg" in Ludwigsburg statt. Mit 1 600 auswärtigen SA-Leuten und 1 250 Fahrzeugen demonstrieren die Nazis ihre neue Macht.

Zwei Tage danach, am 27. Mai, wird unter Beteiligung der Reichswehr eine "Schlageterfeier und Grenzlandkundgebung" auf dem Marktplatz durchgeführt. Der Standortälteste der Reichswehr, Oberst Hahn und ein Vertreter der "Vereinigung heimattreuer Oberschlesier" (Kalusche, Nürnberg) kündigen die neue Stoßrichtung an, für die wir nach 1945 alle bezahlen müssen. In der "Ludwigsburger Zeitung" wird ein "Aufruf" eines "Gaus Düsseldorf der NSDAP" zu einer Schlageterfeier abgedruckt. (Eine "Tradition", die die NPD mit ihren "Schlagetertreffen" in Schönau/Schwarzwald fortsetzt.)

Amtliches. Deutsches Reich. Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 480) erkläre ich im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen folgende Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verläßt, die deutschen Belange geschädigt haben:

- Dr. Apfel, Alfred, geb. am 12. März 1882;
- Bernhard, Georg, geb. am 20. Oktober 1875;
- Dr. Breitheid, Rudolf, geb. am 2. November 1874;
- Göpflein, Eugen, geb. am 25. Juni 1878;
- Gall, Alfred, geb. am 4. Februar 1896;
- Seudtmayer, Lion, geb. am 7. Juli 1884;
- Dr. Soerlter, Friedrich-Wilhelm, geb. am 2. Juni 1869;
- Verlady, Helmuth, geb. am 2. Februar 1866;
- Gohlte, Elfriede, gen. Ruth Sichter, geb. am 11. Dezember 1895;
- Großmann, Kurt, geb. am 21. Mai 1897;
- Grzelinski, Albert, geb. am 28. Juli 1879;
- Gumbel, Emil, geb. am 18. Juli 1891;
- Hansmann, Wilhelm, geb. am 29. Oktober 1886;
- Hedert, Friedrich, geb. am 28. März 1884;
- Holz, Max, geb. am 14. Oktober 1889;
- Dr. Kerr, Alfred, geb. am 25. Dezember 1867;
- Cebmann, Ruggold, Otto, geb. am 1. Januar 1873.
- Mann, Heinrich, geb. am 27. März 1871;
- Maslowski, Peter, geb. am 25. April 1893;
- Milnzenberg, Wilhelm, geb. am 14. August 1889;
- Neumann, Heinz-Werner, geb. am 6. Juli 1902;
- Pied, Wilhelm, geb. am 3. Januar 1876;
- Salomon, Berthold, gen. Jacob, geb. am 12. Dezember 1898;
- Scheidemann, Philipp, geb. am 26. Juli 1865;
- Schwarzchild, Leopold, geb. am 8. Dezember 1891;
- Sieners, Max, geb. am 11. Juli 1887;
- Stampfer, Friedrich, geb. am 8. September 1874;
- Toller, Ernst, geb. am 1. Dezember 1893;
- Dr. Tscholst, Kurt, geb. am 9. Januar 1890;
- Weiß, Bernhard, geb. am 30. Juli 1880;
- Weißmann, Robert, geb. am 3. Juni 1869;
- Wels, Otto, geb. am 19. September 1873;
- Dr. Werthauer, Johann, geb. am 20. Januar 1866.

Das Vermögen dieser Personen wird hiermit beschlagnahmt. Die Entscheidung darüber, inwieweit der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auf Familienangehörige ausgedehnt wird, bleibt vorbehalten.
Berlin, den 23. August 1933.

Der Reichsminister des Innern
J. D.: Pfundtner.

Quellen- und Literaturhinweise

1. Streiflichter 1 S. 14 u. 16
2. Ludwigsburger Zeitung vom 3. 5. 1933

Mittwoch, den 14. Juni 1933

Seite 7

Pflüger, Roßmann und Joh. Fischer verhaftet

200 Schutzhäftlinge entlassen - Eine Warnung für die Heher

Wie wir erfahren, sind gestern nachmittag der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und frühere Landtagspräsident Pflüger, sowie der frühere demokratische Landtagsabgeordnete Johannes Fischer und der sozialdemokratische Abgeordnete Roßmann verhaftet worden.

Dazu wird von der politischen Polizei im württembergischen Innenministerium mitgeteilt: In den Schreiben der Schutzhäftlinge des Schutzhaftlagers Heuberg kommt in den letzten Tagen immer und immer wieder die Klage, daß die Verführten gefangen gehalten werden, während diejenigen, die sie unmittelbar oder mittelbar verführt haben, in ihrer Freiheit noch nicht einmal angetastet worden sind. Da und dort kehrt die letzte Behauptung auch in den Bevölkerungstreifen des Landes wieder, zugleich mit den Anklagen, daß die Regierung sich nicht an die ehemaligen Parteigrößen herantraue. Das letzte ist falsch.

Schon lange wird nach den als Hehern bekannten Dr. Schuhmacher (Sozialdemokrat) und Albert Fischer (Kommunist) gefahndet. Sie haben es vorgezogen, die Flucht zu ergreifen und die von ihnen Verführten im Stich zu lassen. Insofern ist die weitere Klage der Schutzhäftlinge wohlverständlich und berechtigt. Die Regierung ist aber willens, nach allen Seiten hin Gerechtigkeit walten zu lassen und hat sich überzeugt, daß tatsächlich noch andere Persönlichkeiten, die in übelster Weise, sei es in gehässiger Form, sei es vorsichtig oder verschleiert, alles taten, um sich der Befreiung des deutschen Volkes entgegenzustellen, bis heute unangefochten geblieben sind. Da auch insofern die Klage der Schutzhäftlinge berechtigt ist, sind gestern folgende Personen listiert worden: Der Sozialdemokrat Albert Pflüger, ehemaliger Landtagspräsident, der Demokrat Johannes Fischer und der Sozialdemokrat Erich Roßmann, früherer Regierungsdirektor. Diese Maßnahme gilt zugleich als Warnung an alle übrigen ehemalige und gegenwärtige Heher und geistige Drahtzieher. Entgegen dieser Maßnahme sind gestern mit sofortiger Wirkung 200 Schutzhäftlinge der Stufe I vom Schutzhaftlager Heuberg in Freiheit gesetzt worden.



Mit solchen Pressemeldungen, die damals fast jeden Tag verbreitet wurden, versuchten sich die Nazis als die "Wahrer des Rechts" aufzuspielen. Auf Entlassungen folgten neue Verhaftungen. Unter den im September 1933 auf den Heuberg verschleppten politischen Gefangenen befanden sich dann auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Schuhmacher (schon vor 1933 in Ludwigsburg kein Unbekannter) und der kommunistische Landtagsabgeordnete Albert Fischer. Sie hatten es nicht "vorgezogen die Flucht zu ergreifen" (LZ vom 14. 6. 1933), sondern leisteten aus dem Untergrund gegen die Nazis Widerstand.

Abschrift.

Blatt 2

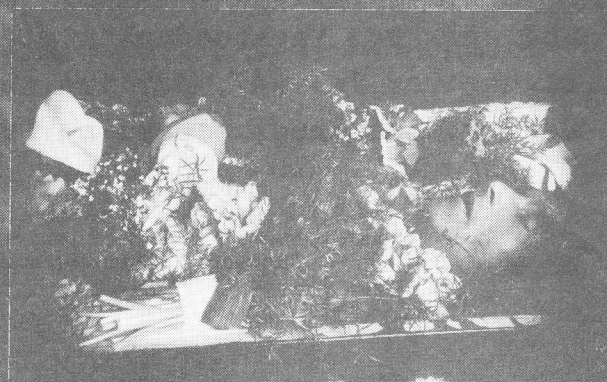
Lager Heuberg, den 24. Juni 1933

Besessen, Pflüger und Fischer wurden bei den Häftlingen in jedem Zimmer vorgestellt und mit Schmährufen empfangen. Einmal erlaubte sich Pflüger, seine Genossen mit "Grüß Gott, Kameraden" zu begrüßen, er wurde aber gleich eines Besseren belehrt.

Ein SA Mann überreichte Pflüger einen Strauß aus Bronnesseln den er dann während seiner ganzen Lagerbesichtigung mit sich führte. Nur einmal wurde der Versuch gemacht, ihm den Strauß abzunehmen und zwar vom Vagabundenkönig (von jener Stuttgarter Vagabundentagung vor Jahren), der ihn aber auf Veranlassung des stellv. Lagerkommandanten wieder an Pflüger zurückgab.



Aus dem Brief eines SA-Bewachers aus Asperg. Auch hier werden Lüge und Wahrheit geschickt vermengt. Kein Wort von den Entwürdigungen, Drohungen und Mißhandlungen, denen Gefangene im Konzentrationslager Heuberg ausgesetzt waren.



Hermann Wissmann

Der erste Tote auf dem Heuberg

Einer der Antifaschisten, die in der Nacht vom 5. zum 6. März 1933 in Ludwigsburg verhaftet wurden, war Hermann Wißmann aus Hoheneck. Vom Militärarrest in der Hindenburgstraße aus wurde er zusammen mit Karl Kunde, Wilhelm Eppinger (beide Ehrenvorsitzende der Kreisvereinigung der VVN-Bund der Antifaschisten) und vielen anderen Festgenommenen auf den Heuberg verschleppt. In der NS-Presse wurde das dortige Konzentrationslager als eine "normale Sache" dargestellt und Journalisten zu "Besichtigungsfahrten" eingeladen. Ihre Berichte sind entsprechend. Die wirkliche Lage war anders.

Einer der diese bittere Zeit nicht verkraftete, war Hermann Wißmann. Er war, wie Karl Kunde in seinen Erinnerungen schreibt, "ein ausgezeichnete Sportler" und hatte es sich zur Aufgabe gemacht, auch unter den denkbar schlechtesten Bedingungen durch sportliche Übungen den Zusammenhalt der politischen Gefangenen zu fördern.

Bei einer solchen Übung fiel Hermann Wißmann plötzlich um. "Wir bemühten uns um ihn. Es kam auch ein Arzt hinzu, der aber nur den Tod feststellen konnte. Wie war dies möglich?" schreibt Karl Kunde in seinen Erinnerungen weiter, "Ein junger Mann in den 30er Jahren, glücklich verheiratet, ein neugeborenes Kind, - fällt um und ist tot." Hermann Wißmann wird vom KZ Heuberg nach Ludwigsburg überführt.

Die Einäscherung fand am 11. April 1933 in Ludwigsburg statt. Viele Freunde der verbotenen KPD nahmen an der Trauerfeier im Krematorium teil, erwiesen Hermann Wißmann die letzte Ehre, obwohl selbst eine Beerdigung von den Nazis überwacht wurde. Auf dem Friedhof in Hoheneck wurde die Urne beigesetzt.

Heute trägt eine Straße in Neckarweihingen seinen Namen. Einige hundert Meter von der Stelle entfernt, wo Hermann Wißmann seine letzte Ruhestätte fand.

„Das Thema war verdrängt und vergessen“ – Aufregung in Stetten um die Erinnerung an das KZ Heuberg

Der elfte Gedenkstein erregte Anstoß

Sonntag Aktuell

STETTEN – In Stetten am kalten Markt, Garnisonstadt auf der Schwäbischen Alb, dort, wo es rauh, kalt und karg ist und häufig Soldaten in Marschkolonnen die Fahrbahn kreuzen, gibt es zehn Gedenksteine. Diese ermöglichen den Einwohnern ein umfassendes Gedenken: an die beiden Weltkriege, die Opfer und Helden, an die Kriegsgefangenen und an weitere wichtige Ereignisse. Für die gedenkwürdigen Übriggebliebenen, denen man keinen eigenen Stein widmen konnte, für die hat man den Volkstrauertag, denn „am Volkstrauertag wird sowieso aller Toten und Opfer gedacht“, sagt CDU-Bürgermeister Lupfer (42) aus Stetten. Er schrieb an den

Wie er wurden Hunderte in dieses erste Konzentrationslager in Württemberg verschleppt. Mit Beschimpfungen, Fußtritten und Prügelein wurden sie empfangen. Dem sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Pflüger drückten sie einen Brennesselstraß in die Hand. 500 SA-Männer quälten die Häftlinge, schlugen Köpfe gegen Mauern, bis Blut spritzte. Herbert Holtzauer und anderen, die im Trakt für Intellektuelle sa-

lager. „Weitere Gedenksteine sind nicht unbedingt erforderlich.“ Dies ist die Antwort des Gemeinderates und des Bürgermeisters auf den Plan der SPD, einen Gedenkstein für diejenigen zu errichten, die gequält und erniedrigt wurden, die Widerstand leisteten.

Drei Jugendliche warteten vor einem Lokal auf Einlaß. „Ja, ich hab' was gehört, da soll was aufgestellt werden“, meint der hoch-

Frau hinter der Kasse in der Tankstelle an. „Was soll denn der Gedenkstein, das ist doch ein Werk der Roten, da pinkeln doch nur die Hunde hin“, ereifert sie sich und rückt nervös ihre verschobene Brille zurecht. Zu diesem Thema gebe es ja nun weiß Gott genügend Bücher und Filme, bekräftigt ihre Tochter die Ablehnung.

Es gebe auch andere Meinungen, erzählt Pfarrer Lothar Wiest.

nen keinen Stein mehr in den Weg“) sind nicht mehr dagegen, aber auch nicht dafür. Sie halten den Gedenkstein weiter für überflüssig. Die Freien Wähler sind in dieser Frage gespalten, liberal eben. Auf kirchlichem Gelände wird die SPD im Juni 1983 diesen Gedenkstein errichten. Herbert Holtzauer wird zu der Feier auch nach Stetten reisen. Er ist nicht verbittert über diese Kontroverse. Er, der in diesem KZ 14 Wochen lang der Willkür der Nazis-Schergen ausgeliefert war. Er sagt, er verstehe die Leute in Stetten. „Eines Nachts haben uns befohlene SA-Leute rausgeprügelt. Es gab ein schreckliches Durcheinander, jeder rannte

„Weitere Gedenksteine nicht erforderlich“

Landesverband der baden-württembergischen SPD: „Die vorhandenen Gedenkstätten erlauben ein Gedenken für alle. Deshalb sind weitere Gedenksteine nicht unbedingt erforderlich.“ Die überwältigende Mehrheit des Gemeinderats – je elf Vertreter von CDU und Freien Wählern und zwei Vertreter der SPD – schloß sich der Bedarfsanalyse an.

„Freunde warnten mich, und so fuhr ich nach Fridingen, um mich bei einem Genossen zu verstecken. Aber die Gestapo hätte meine schwangere Frau eingesperrt, und deshalb stellte ich mich der Polizei.“ Herbert Holtzauer, 27 Jahre alt und Redakteur bei der sozialdemokratischen „Volksstimme“ in Schwennigen, kam als einer der ersten Ende März 1933, wenige Wochen nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, in das Konzentrationslager Heuberg bei Stetten am kalten Markt. Eines Morgens wurde er auf einen Planwagen gesteckt und nach Stetten gekarrt.



Die Lagerstraße 1916

BILD: Chronik des Truppenübungsplatzes und der Garnison Heuberg

Ben, raubten sie auch die Nacht: „Wochenlang strahlten riesige Scheinwerfer in unsere Buden rein. Es gab keine Nacht mehr für uns, immer war es taghell. Als ich kurz vor meiner Entlassung die Nacht wieder erleben durfte, habe ich gehüllt wie ein kleines Kind.“ Es gab Scheinerschießungen, ein Jude wurde zu Tode gequält.

Nichts, kein Gedenkstein, keine Tafel, gar nichts erinnert in Stetten an dieses Konzentrations-

geschossene 17-jährige. Mehr wisse er allerdings auch nicht. Das 15-jährige Mädchen lacht schon abwehrend, bevor es gefragt wird: „Ne, das interessiert mich nicht.“ Sie habe mal was gehört, wisse aber nicht, was damals war, und die Kundschaft rede auch nicht darüber, schildert die Verkäuferin im Textilgeschäft das Desinteresse. „Das war doch gar kein KZ, sondern nur ein Durchgangslager“, brüllt mich die kleine ältere

Viele Jugendliche würden ihn fragen, begehrten Informationen über diese Zeit. „Dieses Thema war hier in Stetten tabu, verdrängt und vergessen“, sagt der Rektor der Realschule, Wolfgang Schmidt, der auch bei den Stadt Vätern „eine erschreckende Unkenntnis über die damalige Zeit“ feststellte.

Der Sturm der Entrüstung und der Proteste hat sich gelegt. CDU und Bürgermeister („wir legen de-

Ehemaliger Häftling: „Bis heute nicht vergessen“

schnell zur Tür, um den Schlägen zu entkommen. Einer von uns kam nur sehr langsam von seinem Lager hoch. Er hatte eine Prothese, die er in der Nacht immer abschaltete. Als wir schon im Hof standen, mühte er sich immer noch verzweifelt ab, um die Prothese anzuschließen. Wir sahen durch das Fenster, wie einer der SA-Schläger sich auf ihn stürzte und ihm die Prothese wegriß. Unser Kamerad taumelte und umklammerte einen Holzpfeiler, um nicht zu fallen. Der SA-Mann verprügelte ihn unbarbarisch. Mit seiner eigenen Prothese. Bis er am Boden lag. Ich habe das bis heute nicht vergessen. Wir standen unten und taten nichts, wir konnten auch nichts tun. Mir kommt es heute noch hoch, dieses Schuldgefühl gegenüber diesem Mann. Und so geht es auch den Leuten in Stetten. Sie haben es gewußt und nichts getan. Sie konnten auch nichts tun, aber sie fühlen sich noch heute schuldig.“

Wolfgang Storz

Neckar-Post

**Tageszeitung des werktätigen Volkes
der Oberämter Ludwigsburg und Mark**

Organ für amtliche und private Bekanntmachungen

mit den Beilagen:

**Tägliches Unterhaltungsblatt / Aus dem Wirtschaftsleben / SV
Für unsere Frauen / Für unsere Jugend / Illust. Sonntagsbeilage
Ganzseitige Romanbeilage / Illustrierte Beilage Feld- und Ga.**

57

Sprechstunden der Redaktion:
Von 11 bis 12 Uhr und von 5 bis 6 Uhr

Freitag, den 8. Juli 1932

Geschäftsstunden der Exp.
Von morgens 1/8 Uhr bis abends

Ludwigsburg als Garnisonstadt bei einem künftigen Krieg besonders gefährdet — Schutzmaßnahmen werden vorbereitet — Bildung eines Luftschutzbeirats

Der hinter uns liegende Weltkrieg ist nicht zuletzt gekennzeichnet durch eine fabelhafte Entwicklung der Kriegstechnik, die inzwischen noch weitere gewaltige „Fortritte“ gemacht hat. In einem künftigen europäischen Kriege wird vor allem das Flugzeug eine außerordentlich große Rolle spielen. Die Reichweite der Flugzeuge, ihre Geschwindigkeit und Tragfähigkeit sind gewaltig gesteigert worden. Kann doch heute ein einziges Flugzeug eine Nutzlast von 25 Tonnen befördern und damit 25 000 Brandbomben mitführen. Außer Brandbomben kommen beim Luftangriff noch Sprengbomben und Gasbomben in Betracht, die alle zusammen ungeheure Zerstörungen anzurichten vermögen. Bei diesen Luftangriffen würde naturgemäß auch die Zivilbevölkerung in Mitleidenchaft gezogen. In einer ganzen Reihe von Ländern ist daher von Staats wegen längst ein ziviler Luftschutz organisiert. Auch bei uns in Deutschland wird von der Reichsregierung und den Länderregierungen schon seit längerer Zeit ermogelt, mit welchen Mitteln den Gefahren begegnet werden kann, die der Zivilbevölkerung bei einem überraschend kommenden Luftangriff drohen. Aus den Erfahrungen des Weltkrieges wissen wir schon, welche Erregung ein Luftangriff bei der Zivilbevölkerung verursacht und welche Personen- und Sachschäden mit ihm verbunden sind. Wenn auch gegenwärtig nicht mit kriegerischen Verwicklungen ernstlich zu werden braucht, so kann sich dies, wie die Erfahrung gelehrt hat, über Nacht ändern.

Am Beginn eines künftigen Völkerkrieges werden ganz sicherlich überraschende Luftangriffe stehen, die unter Umständen der formellen Kriegserklärung vorausgehen. Die deutsche Wehrmacht darf auf Grund des Versailleser Vertrag keine Kampfflugzeuge halten und die Abwehr eines Luftangriffs ist daher bei der überaus starken Ausrüstung der Nachbarländer mit Kampfflugzeugen gleich Null. Bei dieser ungünstigen Lage Deutschlands und angesichts der großen Gefahren, denen bei einem Luftangriff in erster Linie die Bevölkerung der Grenzbezirke, zu denen auch Süddeutschland gehört, ausgesetzt ist, ist es erklärlich, wenn auch bei uns Mittel und Wege gesucht werden, wie mit vorhandenen Einrichtungen und erzwingbaren Aufwendungen, die Gefahren eines Luftangriffs abgeschwächt werden können. Ein völliger Schutz kann natürlich auch unter Aufwendung erheblicher Geldmittel nie erreicht werden, wohl aber eine erhebliche Minderung der Gefahren, wenn die Bevölkerung über ihr Verhalten im Falle der Gefahr entsprechend belehrt ist. Da den Gefahren eines Luftangriffs die ganze Bevölkerung ausgesetzt ist, sind auch alle Kreise der Bevölkerung an der Schaffung der notwendigen und der Ausnützung der vorhandenen Einrichtungen für den Luftschutz interessiert.

Die Leitung der vorbereitenden Maßnahmen für den Luftschutz ist auf Anordnung des Innenministeriums in Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung dem Vorstand des Polizeiamts

übertragen, der mit der Stadtverwaltung eng Fühlung halten wird, zumal die Polizei die Mitwirkung technischen Aemter der Stadt, insbesondere der Feuerweh, nicht entbehren kann. Gleich wert ist die Mitwirkung der Sanitätsorganisationen wie Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz und der Arbeiter-Samariter-Kolonnen. Weiterhin ist die Mitwirkung der Industrie wegen des Schutzes lebenswichtiger Betriebe, der Post- und Bahnverwaltung, einer Vertretung der Ingenieure und Chemiker und nicht zuletzt der Presse, die durch Aufklärung über das Verhalten bei Luftangriffen viel zur Förderung Luftschutzes zu tun vermag, notwendig.

Unter dem Vorsitz des hiesigen Polizeiamtsvorstands fand gestern im kleinen Rathausaal eine Sitzung statt, in der Polizeirat Braun über die Notwendigkeiten und Aufgaben des zivilen Luftschutzes aufklärende Ausführungen machte. Im Anschluß daran wurde ein Luftschutzbeirat gebildet, der aus Vertretern der vorerwähnten Behörden und Organisationen besteht und aus seiner Mitte einen Arbeitsausschuß bestellte. Sowohl der Beirat als auch der Arbeitsausschuß können durch die Beiziehung sachverständiger Mitarbeiter erweitert werden.

Die Organisation des Luftschutzes bezweckt lediglich, Fälle einer überraschend drohenden Gefahr die Wirkung von Luftangriffen auf ein möglichst geringes Maß herabzusetzen, das Leben der Bevölkerung zu schützen, Störungen des öffentlichen Lebens und lebenswichtiger Betriebe auf eine möglichst kurze Zeit zu beschränken und eingetretene Schäden aller Art so schnell als möglich zu beseitigen. Dies soll erreicht werden, indem die Bevölkerung schon in Friedenszeiten in einem richtigen Verhalten bei Luftangriffen angeleitet wird.

Ausdrücklich sei dabei nochmals hervorgehoben, daß die beabsichtigten Vorbeugungsmaßnahmen nicht etwa wegen einer zu befürchtenden Kriegsgefahr getroffen werden. Es geht aber je einmal eine Kriegsgefahr da, dann bleibt bei der modernen Kriegstechnik und -taktik keine Zeit mehr zu vorbereitenden und aufklärenden Maßnahmen. Angesichts der leider vorhandenen Tatsache, daß alle Nachbarländer Deutschlands überaus stark mit Luftwaffen aller Art ausgerüstet sind, Deutschland selbst aber bei einem Konflikt abwehrunfähig dazwischen liegt, ist es einfach eine Selbstverständlichkeit, schon in ruhigen Zeiten vorbeugende Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung im Rahmen des Möglichen zu treffen.

Der beste Luftschutz besteht freilich in einer Politik, die jeden weiteren Krieg unmöglich macht. Auch dieser Luftschutz läßt sich aber nur organisieren, wenn das ganze deutsche Volk mithilft und sich die übrigen Völker der Welt mit seinen Bemühungen vereinigen.

Luftschutz im "künftigen Krieg"

Unter 'Vorbereitungen für den zivilen Luftschutz' berichtete die SPD-Zeitung NECKARPOST am 8. Juli 1932 über die Bildung eines "Luftschutzbeirates" und daß die Garnisonsstadt Ludwigsburg in einem 'künftigen Krieg' besonders gefährdet wäre.

Ein „Ehrenbürger“ besonderer Art

Bereits 1927 wurde in Ludwigsburg eine Straße nach Hindenburg benannt. Es blieb dann den Nazis vorbehalten, den Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten, der Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler machte, durch den Beschluß des Gemeinderats vom 24. 4. 1933 zum Ehrenbürger von Ludwigsburg zu ernennen.¹

In Bietigheim wird der "Sieger von Tannenberg" am 29. März 1933 und in Bissingen am 30. März 1933 durch die gleichgeschalteten Gemeindeparlamente Ehrenbürger.²

In Bissingen "wird von Gemeinderat Böhringer NSDAP, beantragt, (...) den Platz zwischen Ludwigsburger- und Tammerstraße beim Anwesen Scheible 'v. Hindenburgplatz' zu benennen und so zu kennzeichnen. (...) Der Hindenburgplatz existiert noch heute in Bissingen."³

Hindenburg- und Hitler-Straße in Erdmannhausen

* Erdmannhausen, 1. April. Bei der gestern abend stattgefundenen Gemeinderatsitzung wurde einstimmig zu Ehren der nationalen Regierung die Piemonteserstraße in Hindenburgstraße und die Schulstraße in Adolf Hitler-Straße umbenannt.

Quellen- und Literaturhinweise

1. Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten S. 550
2. Blätter zur Stadtgeschichte, Heft 1, S. 79 ff
3. wie 2., S. 83

Marbach 1933

* In Schutzhaft genommen. Gestern vormittag, kurz vor 12 Uhr, wurde Lehrer Eberle, der im Marbacher Volksschuldienst tätig war, in Schutzhaft genommen und ins Amtsgericht Marbach eingeliefert. Eberle gehörte bis vor kurzem der Kommunistischen Partei an. Die angestellten Erhebungen und Hausdurchsuchungen ergaben bis jetzt kein belastendes Material.

* Hausdurchsuchungen in Marbach. Gestern fanden in Marbach durch zwei Landjäger und den Führer des Sturmes 4./123 etwa 20 Hausdurchsuchungen, größtenteils bei Kommunisten, statt. Außer einer größeren Anzahl Flugschriften wurde eine unangemeldete Waffe beschlagnahmt.

die fristlose Entlassung zugestellt worden. Der Grund liegt in ihrer marxistischen Betätigung und feindseligen Einstellung gegen die nationalsozialistische Bewegung bis zum März ds. Js. Sie äußerten sich auch während Ausübung ihres Dienstes gehässig gegen den Nationalsozialismus. Da sie aber ihre Bezüge bis 31. Dezember ds. Js. erhalten, werden sie vorläufig weiter verwendet, um den geregelten Betrieb der Allgemeinen Ortskrankenkasse Marbach bis zur Erledigung des Einspruchs der Entlassenen bzw. bis zur Anstellung eines Ersatzes nicht etwa zu beeinträchtigen.

Umfangreiche Festnahmen

* Marbach, 26. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages wurden im Oberamtsbezirk Marbach, wie auch in anderen Oberamtsbezirken umfangreiche Festnahmen von früheren Funktionären und polizeibekannten Mitgliedern der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei vorgenommen. Insgesamt wurden 23 Verhaftungen, davon 12 in Marbach durchgeführt. Unter den Verhafteten befindet sich auch eine Frau.

Die Aktion wurde durch die Landjäger des Bezirks durchgeführt, die von den Polizeibeamten von Marbach und von der G.A. unterstützt wurden. Die Verhafteten wurden alle in das Amtsgericht Marbach eingeliefert.

Im Oberamtsbezirk Ludwigsburg wurden gestern insgesamt 67 Verhaftungen vorgenommen. In einigen Fällen waren auch die vorgenommenen Hausdurchsuchungen erfolgreich, da kleinere Mengen kommunistischer Drucksachen und sonstiges Material gefunden wurden.

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten

Mehrere Festnahmen

○ Marbach, 12. Okt. Gestern um die Mittagszeit rückte ein Sonderkommando von S.E.- und Schupo-Leuten aus Stuttgart in Marbach ein, um zu Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Kommunisten überzugehen. Es wurde nach verbotenen schriftlichen Material gefahndet. Dabei stellte sich heraus, daß ein Teil der hiesigen Kommunisten mit Gewehren und reichlicher Munition versehen war. Im Anschluß an die Hausdurchsuchungen wurden verhaftet und nach Stuttgart überführt: Wilh. Heußler, Mechaniker, Otto Weingärtner und Hans Gehler; letzterer ist erst vor einigen Wochen vom Heuberg entlassen worden.

Entlassungen

○ Marbach, 20. Sept. Den Krankenkassenangestellten Döbler und Thaler ist durch eine Verfügung des württ. Staatsministeriums an das Versicherungsamt Marbach

Marbach 1933

Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler Ehrenbürger von Marbach

Hindenburg-Straße und Adolf Hitler-Platz

Marbach a. N., 6. Mai. In der gestrigen ersten Sitzung des neugebildeten Gemeinderats wurde der Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall v. Hindenburg und der Herr Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern unserer Schillerstadt ernannt. Die Marktstraße wurde in „Hindenburgstraße“ und der Wilhelmsplatz in „Adolf Hitler-Platz“ umbenannt.

Marbach 1933:

„Besitzergreifung der Spielplatzhalle durch die SA“

Unter dem 17. März 1933 meldete die örtliche Presse, daß die Spielplatzhalle an der Poppenweiler Straße, die in der Weimarer Republik zum Zentrum der Arbeiterbewegung in Marbach geworden war, auf „höhere Weisung“ polizeilich geschlossen wurde. Bald darauf zogen die Nazis dort ein.

Besitzergreifung der Spielplatzhalle durch die SA.

○ Marbach, 10. April. Am Samstagabend sammelte sich hier, wie im ganzen Deutschen Reich, die SA. zum Appell des Führers Adolf Hitler. Vom Braunen Hause aus marschierte ein stattlicher Zug der SA. und SA-Reserve durch die Markt-, Wildermuthstraße, Wilhelmsplatz, Poppenweilerstraße mit wehender Sakentreuzfahne zur Spielplatzhalle. Hier hatten sich auch die SA. von Erdmannhausen, Venningen und Poppenweiler eingefunden, um gemeinsam mit den Marbacher Kameraden den Appell der Berliner SA. und SS. und die Rede des Führers Adolf Hitler durch den Lautsprecher zu erleben. Mit großer Anteilnahme und innerster Begeisterung folgten die Anwesenden den mitreißenden Ausführungen des Führers. Besonders warm berührte sie dessen Dank für die treue Hingabe und den unzerstörbaren Willen, der die SA. und SS. zu dem jahrelangen schweren und verlustreichen Kampfe gegen einen hinterlistigen und machtvollen Gegner befähigte. Nur der Geist unerhörter Disziplin, der sich auch während der jetzigen nationalen Revolution durchsetzte, ist die Quelle des in der deutschen Geschichte einzigen Sieges der nationalen Erhebung. Dem Appell des Führers, in den kommenden Kämpfen, die der inneren und äußeren Befreiung des deutschen Volkes dienen, die bewährte Treue und den unverbrüchlichen Glauben an den Endsieg der Bewegung zu bewahren, stimmten die hier versammelten Kameraden begeistert zu.

SA-Führer Krummed erteilte nun dem Pg.

Stadtrat Thumm

das Wort. Dieser wies noch einmal auf die markantesten Stellen der Rede Adolf Hitlers hin. Er bekannte, daß der große Führer durch sein eigenes Beispiel uns den Glauben an die Zukunft eines großen, einigen deutschen Vaterlandes wieder gegeben hat.

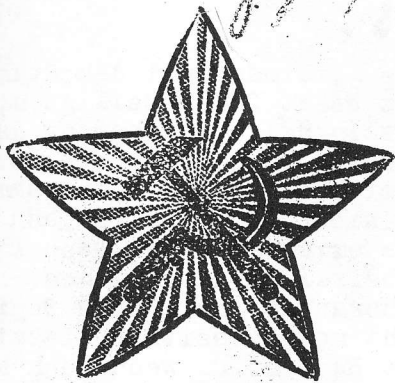
Dann machte er darauf aufmerksam, daß die Marbacher SA. sich nun ungehindert in dem Raume befindet, von dem aus sie verhöhnt, verleumdet und maßlos angegriffen worden sei. Die Spielplatzhalle sei nun der endgültige Aufenthalt der SA. Hier zeige sich für Marbach der große Sieg der nationalen Bewegung am deutlichsten nach außen. Hier in diesem Raume werde keiner mehr sein ungewaschenes Maul gegen die Bewegung Adolf Hitlers und das deutsche Vaterland aufstun. Man habe sich mit beinahe unverantwortlicher Geduld dieses unwürdigen Treiben hier in Marbach gefallen lassen. Die Kameraden der SA. und SS. sind nicht umsonst von der Stadt derer gefallen, die mit den jetzigen Besitzern dieser Halle geistes- und sinnesverwandt waren. Die Gegner haben durch ihren verbrecherischen Kampf ihr eigenes Grab gegraben. Das Blut der Kameraden sei der eiserne Kitt, der die Bewegung und jeden einzelnen Anhänger umklammere. Der alte Geist und jähre Siegeswille werde

durch den Zustrom neuer Anhänger nicht verwässert werden. Das Ziel und die Richtung des Kampfes seien von dem Führer Adolf Hitler klar und eindeutig gezeichnet. Diese Richtlinien werden auch hier in Marbach befolgt werden. Mit besonderer Beziehung erwähnte dies Herr Thumm in Bezug auf die neue Zusammensetzung des Marbacher Gemeinderats. Die hiesigen nat. soz. Parteigenossen dürften beruhigt sein, daß nichts geschehe, was der Bewegung schade oder ihr das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung rauben könne. Wenn der Bericht der „Marbacher Zeitung“ über das Jubiläum des Stadtvorstands etwa den Schluß zugelassen habe, als ob er (der Redner) gegenüber der Stadtverwaltung seine Selbstständigkeit nicht voll gewahrt hätte, so müsse doch berücksichtigt werden, daß seine Worte auszugsweise wiedergegeben worden seien. Er habe absolut nicht verschwiegen, daß die Marbacher Stadtverwaltung während der beinahe unbefruchteten Herrschaft der Sozialdemokratie dieser Tatsache oft sehr entgegenkommend Rechnung getragen habe. Das sei nicht vergessen. Wenn nun die Stadtverwaltung unter der Wucht der Geschichte nicht sich hinter die nationale Regierung stellen wolle, so sei das erfreulich. Und daß ein gewissenhafter Stadtvorstand während einer 25jährigen öffentlichen Gesamtdienstzeit viel Anerkennungswertes leiste, könne man nicht leugnen. Das habe er in seiner Ansprache auf dem Rathaus festgestellt und im übrigen habe er sich und der Bewegung völlige Freiheit bewahrt. Das zu erklären habe er als Ortsgruppenleiter der NSDAP. nach verschiedenen Gerüchten bei diesem Anlaß für notwendig gehalten. Er schloß seine Ausführungen mit dem Appell, den jetzigen Moment der Besitzergreifung der Spielplatzhalle durch die SA. richtig in der ganzen Tragweite zu würdigen und der nat. soz. Bewegung durch starken Zusammenhalt die Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe zu ermöglichen. Ein dreifaches Sieg-Heil auf den Führer Adolf Hitler bekräftigte die mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

SA-Führer Krummed erwähnte seine Kameraden zur strengsten Disziplin, Unterordnung und Kameradschaft. Abschließend gab der SA-Führer verschiedene Befehle bekannt, die streng durchgeführt werden. Dabei teilte er die festgelegte Ordnung mit, nach der die Spielplatzhalle von der SA. und ihren Abteilungen benützt wird; auch die Hitler-Jugend, und das Hitler-Jungvolk werden ihre Abende in der Spielplatzhalle halten. Ebenso wird der anschließende Spielplatz der SA. zur Verfügung gestellt. Der SA-Führer ließ zum Abschluß des Appells das Horst-Wessellied anstimmen.

Dann bewegte sich wieder unter Führung der SA. ein gewaltiger disziplinierter Zug zur Stadt zurück, der vor dem Braunen Hause seine Auflösung fand. Der Vorgang verlief den gewünschten Erfolg nicht.

Marbacher
Zeitung
vom 10.4.1933



Ludwigsburger Arbeiter-Zeitung

Nr. 3

Ende Februar / Anfang März 1933

4. Jahrgang

Hitler regiert, das Elend wächst!

"24 Stunden nach unserer Machtergreifung sind die Papenschen Notverordnungen restlos aufgehoben".

"Millionen Schaufeln und Spaten setzen sich sofort in Bewegung, die Arbeitslosigkeit hört in Kurzem auf".

(Naziführer Göbbels vor der letzten Reichstagswahl)

Nicht einmal 24 Stunden, nein, 24 x 24 Stunden sind verflossen und die Arbeitslosigkeit hat nicht abgenommen, sondern ist grösser geworden. Selbst das Stuttgarter Arbeitsamt meldet:

"Die Arbeitsmarktlage des Arbeitsbezirks Stuttgart hat sich in der 1. Hälfte des Monats Februar vorwiegend in den Aussenbezirken verschlechtert. Die Gesamtzahl der Stellungsuchenden betrug am Ende der Berichtszeit 40 630. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich um 1 301 erhöht."

Das ist bis jetzt die höchste Arbeitslosigkeit, die je im Bereich des Arbeitsamtes Stuttgart zu verzeichnen war. Die Millionen Schaufeln ruhen, die Betriebe stehen noch mehr als bisher still.

Aber nicht nur in Württemberg, sondern im ganzen Reich ist die Arbeitslosenziffer gestiegen. Seit Beginn der Kanzlerschaft Hitlers bis zum 15. Februar stieg die Ziffer um 33 000.

Am 7. Dezember 1932 erklärte der Naziabgeordnete Boerger im Reichstag: "Und nun fahren Sie ins Ruhrgebiet, da liegen die Kohlen auf den Halden und verwittern, Ehe Sie die Kohlen verwittern lassen, schenken Sie sie doch jetzt im Winter den Hungernden und Frierenden; dann haben Sie eine soziale Tat getan. Aber da werden Schupos an die Kohlenhalden gestellt und wenn ein Frierender sich einen Korb Kohle holt wird auf ihn geschossen". (Pfuirufe bei den Nationalsozialisten)

Nun, jetzt sind die Herren Hitler, Göring, Frick an der Regierung. Die Kohlenhalden der Herren Thyssen und Co., die überfüllten Speicher der Barone und Junker aber bleiben unangetastet.

Die "Ludwigsburger Arbeiterzeitung" wurde von der KPD herausgegeben. Für den Druck war Stadtrat Wilhelm Bader¹ zuständig und als Verantwortlicher war im Impressum der Ausgabe "Ende Februar/Anfang März 1933" (Nr. 3, 4. Jahrgang) Willy Pflugbeil² angegeben.

Beide wurden einige Tage nach Erscheinen dieser Ausgabe verhaftet. Willy Pflugbeil überlebte das Dritte Reich. Wilhelm Bader ist noch im März 1945 im KZ Dachau umgekommen.

Quellen- und Literaturhinweise

1. Streiflichter Nr. 1 S. 18
2. Streiflichter Nr. 1 S. 19

S.A. marschiert.

Nachdem schon am 1. ds. Mts. die Nazis gemeinsam mit dem Stahlhelm einen Fackelzug veranstalteten, der mit insgesamt 280 Beteiligten, darunter der Stahlhelm, mit 38 Mann, einen katastrophalen Leichenzug darbot, wollten sie die Sache nunmehr grösser aufziehen. Am Sonntag den 19. Februar wurden die SA-Massen aus dem ganzen Württemberger Ländle zusammengezogen, 4000 Mann waren angekündigt, aber noch nicht einmal 1000 Mann waren erschienen. Eine Zahl, die von uns mühelos erreicht wird, wenn wir von hier und den umliegenden Ortschaften die Arbeiter zusammenziehen.

Kein Wunder, dass, obwohl Hitler Reichskanzler ist, eine Depression unter den SA-Leuten herrscht, die sich nicht mehr beseitigen lässt. Von einer "Begeisterung" wie 1914 kann nicht die Rede sein, wenn auch Nazi Mergenthaler auf dem hiesigen Marktplatz so etwas behauptete. Die Kundgebung war nach den letzten Pleiten so raffiniert angelegt, um wenigstens einige Zuhörer zu bekommen, indem man die Kundgebung auf 11 Uhr Vormittags festlegte. Man rechnete damit, dass die Kirchenbesucher an dieser Kundgebung teilnehmen würden. Aber weit gefehlt. Ausser einigen Getreuen, sah man nur Zuhörer mit dem Abzeichen der Antifaschistischen Aktion und vereinzelt auch Reichsbannerleute. Das gab natürlich bei den Nazis ein Hälserecken.

Während der Rede von Nazi Mergenthaler fiel ein SA-Mann um. Er wurde in die Wohlfahrtsküche getragen und dort mit einem Teller Suppe wieder gestärkt. Man machte in diesem Falle wenigstens einmal eine Ausnahme, gewöhnlich ist es so, dass hungernde Arbeiter erst ein abgestempeltes Märchen beibringen müssen, um ein Essen zu bekommen.

Dann zogen sie durch die Strassen der Stadt. Aber nicht durchs Tal. Die Arbeiterschaft hatte dort den Schutz der Wohnungen des proletarischen Viertels übernommen.

Es war eine Trauerparade. Das glich nicht einem Siegeszug. Keine Blumen, keine Zurufe, kein Gruss, überall Eiseskälte. Die Strassen waren wenig belebt. Nur in den Strassen, in denen wenig Arbeiter wohnen, in den sogen. besseren Vierteln dort konnte man Grüsse und Rufe an die Nazis feststellen. Dort tauchten an den Fenstern die dickbauchigen Ausbeuter auf und begrüßten ihre Schutztruppen. Das war ein freudiges Winken von den pompösen Villen der Ausbeuter.

Von den Arbeitern abgelehnt, von den Kapitalisten begrüßt, so zog eine "Arbeiterpartei" durch die Strassen Ludwigsburgs, dem Exerzierhaus entgegen, in dem noch eine Freiheitskundgebung stattfand.

Ein SA-Mann, der anscheinend Kopfschmerzen hatte und ohne Mütze die Allee hinunterging, wurde von einem Führer vom Sturm 2/123 angehalten und wegen des nichttragens der Mütze angeschnauzt. Der SA-Mann musste stehen und trotz seiner Kopfschmerzen die Mütze wieder aufsetzen. Der Führer aber ging ruhig mit einer Frau am Arm weiter spazieren. So sieht der Drill innerhalb der SA-Formationen aus.

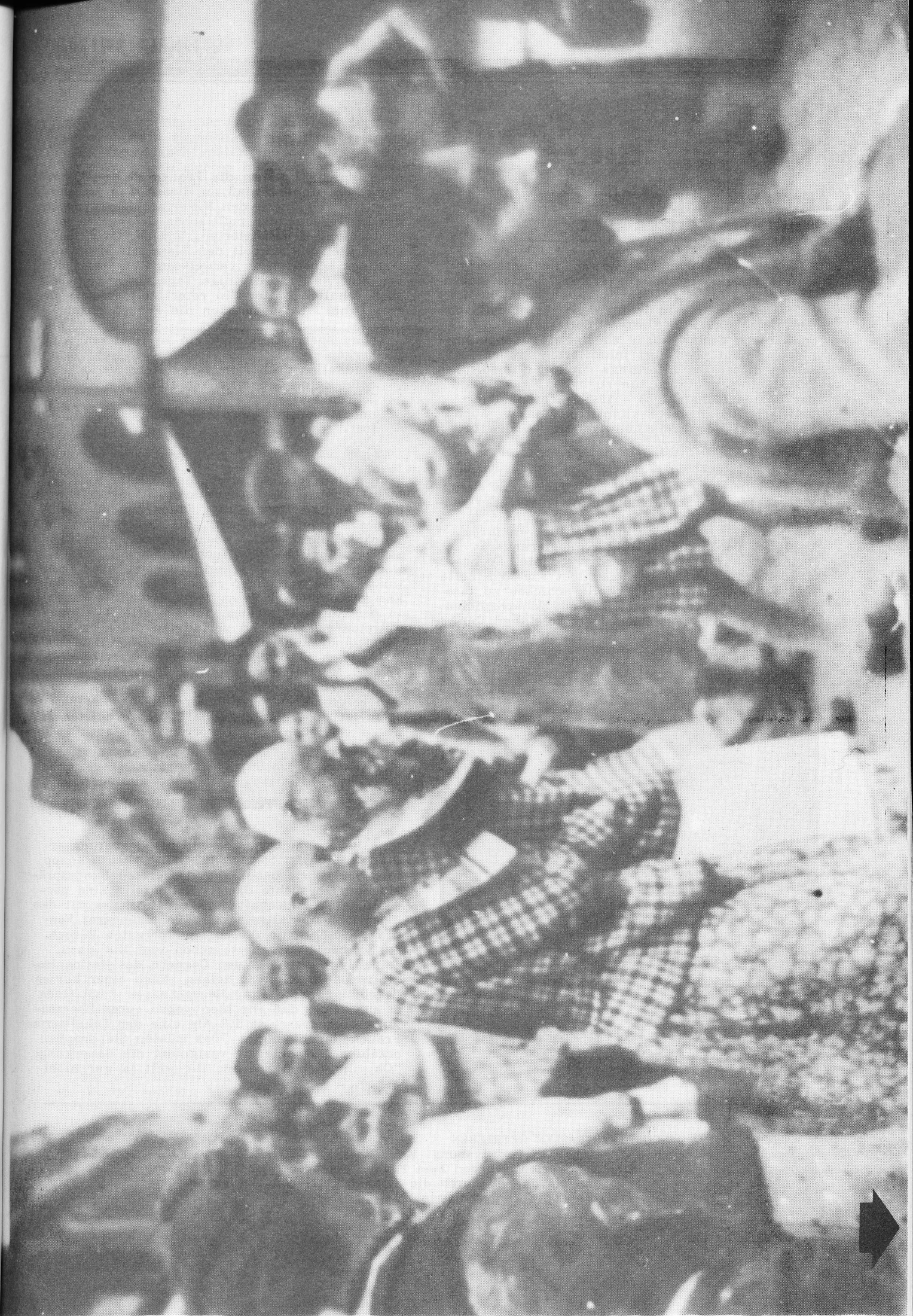
Abermals verboten!

Abermals ist die "Süddeutsche-Arbeiter-Zeitung" verboten worden. Mit allen Mitteln wird die Kommunistische Partei daran gehindert ihre Wahlpropaganda durchzuführen. Die breiten Massen sollen die Wahrheit über die wirkliche Tätigkeit der Hitler-Regierung nicht erfahren. Der Terror gegen uns steigert sich von Tag zu Tag.

Auch heute wieder bekommen wir die Mitteilung, dass in Ludwigsburg Arbeiter, die eine Mappe unter dem Arm tragen, von der Polizei angehalten werden, weil sie im Verdacht stehen, in der Mappe Flugblätter und Broschüren zu haben. Die Polizei tut dann immer erstaunt, wenn sie in der Mappe einen Laib Brot oder Rosenkohl vorfindet, und entschuldigt sich damit, dass sie sich in der Person geirrt haben. All diese Terrormassnahmen werden aber nicht verhindern können, dass die breite Masse der Bevölkerung trotzdem die Wahrheit über die Hitler-Regierung erfährt.

Druck und Verlag: W. Bader, Seestrasse 67.

Verantwortlich: W. Pflugbeil, Leonbergerstrasse 12.



Gotteszell —

Erstes Konzentrationslager für Frauen in Württemberg

"Im vorigen Jahrhundert hatten die Justizverwaltungen eine besondere Vorliebe für leerstehende Klöster. Ohne größere Umbauten konnten diese festen Gebäude in Gefängnisse verwandelt werden. Auch das alte Kloster "Gotteszell" bei Schwäbisch Gmünd wurde zu einem Frauengefängnis umgebaut. Den dort inhaftierten Frauen schien dieser Ort allerdings mit einer friedlichen Zelle Gottes wenig zu tun zu haben."¹⁾ Während der Nazierrschaft 1933 - 1945 machten viele politische Gefangene Bekanntschaft damit. Auch Frauen aus dem Kreis Ludwigsburg wurden in Gotteszell eingesperrt.

Zusammen mit Gefangenen aus Stuttgart und anderen Orten wurden dort "54 Frauen in zwei viel zu kleinen Schlafräumen interniert. Ein weiterer Raum diente für den Tagesaufenthalt. Die Frauen hatten noch einmal Glück in ihrem Unglück. Der Anstaltsdirektor, Regierungsrat Henning, war ein Beamter alter Schule. Er behandelte die Schutzhäftlinge nicht wie Kriminelle und erlaubte ihnen, sich Wolle schicken zu lassen. Mit Stricken und Häkeln, mit Schachspielen und Vorlesungen aus Büchern der Gefängnisbücherei durften sie so ihren Aufenthalt leidlich gestalten.



Die rote Fahne

Am 1. Mai 1933 waren die Frauen in bester Stimmung. Sie wußten, daß an diesem Tag Arbeiter in aller Welt gegen den Hitlerfaschismus und für die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland demonstrierten. Vor dem Frühstück schmückten sie schnell den Tisch mit einem allerdings schon etwas verwelkten Blumenstrauß, den eine Kameradin einige Tage zuvor beim Besuch erhalten hatte. Ein roter Stoff ersetzte die rote Fahne. Leise summten die Frauen dazu:

"Und sperrt man mich ein in finsternen Kerker
sind alles doch rein vergebliche Werke
denn meine Gedanken zerreißen die Schranken
und Mauern entzwei - die Gedanken sind frei."

Trotz aller Vorsicht blieb diese kleine Feier nicht geheim. Die Gefängnisverwaltung erfuhr davon und wollte die rote Fahne haben. Alle Räume wurden durchsucht, die Betten und Schränke durchwühlt, aber nirgends war das staatsgefährliche rote Tuch zu finden. Darauf wurden alle Frauen einzeln verhört, aber keine wußte etwas von einer roten Fahne. Zum Schluß kam die Drohung. Sechs Aufsichtsbeamte kamen in den Aufenthaltsraum, in dem alle Häftlinge antreten mußten, und verlangten die Herausgabe der Fahne, andernfalls alle mit einer Hausstrafe zu rechnen hätten. Schweigend verharren die Frauen. Plötzlich sprang die Kameradin Lotte Weidenbach auf den Tisch, hob den Rock hoch und zeigte ihren roten Unterrock mit dem Ruf: "Das ist unsere rote Fahne!" Die verdutzten Beamten verließen darauf wortlos den Raum."²⁾

Besuch von Frau Elly Heuss-Knapp

Eine Begebenheit von besonderer Bedeutung ereignete sich im Sommer 1933. Elly Heuss-Knapp, die 1952 verstorbene Frau des ersten Bundespräsidenten, besuchte damals Gotteszell. Eine persönliche Freundschaft der Familie Heuss mit dem damaligen Anstaltsdirektor, Regierungsrat Henning, ermöglichte diesen rein privaten Besuch. Im Sommer 1933 gehörte schon viel Mut dazu, seine Sympathie mit den Gegnern des Nationalsozialismus so offen zu zeigen. Nach einer kurzen Begrüßung sagte Frau Heuss-Knapp: "Ich finde es unerhört, daß ihr hier wegen eurer Überzeugung eingesperrt seid." Als eine der inhaftierten Frauen darauf sagte: "Das müssen Sie draußen erzählen", machte sie resigniert die Bemerkung: "Oh, ihr lieben Frauen, ihr wißt ja gar nicht



DURCH DIE STRASSEN GETRIEBEN

Auch das geschah in Ludwigsburg: Weil ihnen die Nazis "Umgang mit Ausländern" vorwarfen, wurden zwei Frauen entehrende Nazi-Hetzplakate umgehängt und sie danach durch die Straßen getrieben. Vorher wurden ihnen noch die Köpfe kahlgeschoren.

mehr, wie es draußen steht, vielleicht gehör' ich auch bald zu euch." Zwar blieb Frau Elly Heuss-Knapp auch später von der 'Schutzhaft' verschont, doch mußten Hunderte andere Frauen aus Baden und Württemberg den grausamen Weg in die großen Konzentrationslager für Frauen, Moringen, Lichtenburg bei Torgau und später Ravensbrück, gehen. Der Freund der Familie Heuss, Anstaltsdirektor Henning, ein anständiger Beamter, wurde bald darauf von seinem Posten in Gotteszell entfernt und durch einen Direktor Siebert ersetzt, der keine Skrupel kannte.

Tapfere Frauen

Zu verschiedenen Zeiten wurden zwischen 1933 und 1945 Frauen aus dem Kreis Ludwigsburg in Gotteszell eingesperrt. Unvollständig sind die Unterlagen.

Die Nazis kannten auch ihnen gegenüber keine Skrupel. Sie wurden einfach aus ihren Familien herausgerissen und ins Zuchthaus oder Konzentrationslager verschleppt.

Oft war der Ehemann bereits im Lager, so daß die Kinder bei Verwandten oder gar in Heimen untergebracht werden mußten.

So wurde Lina Herr³ aus Kornwestheim, die 5 Kinder hatte, der Ehemann kam noch 1945 im KZ um, 1933 in Ludwigsburg, Stuttgart und Gotteszell eingesperrt.⁴

Martha Münz aus Ludwigsburg, deren Ehemann 1936 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, war vom 11. Januar 1937 bis 11. Juli 1937 in Gotteszell.⁵

Acht Monate, vom Dezember 1933 bis Juli 1934, wurde Berta Stein aus Ludwigsburg wegen "Aufforderung zur Verteilung von Flugblättern" von den Nazis in Gotteszell eingesperrt.⁶

Wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" wurde Anna Halder aus Ludwigsburg 1935 und 1936 durch die Gefängnisse Rastatt, Karlsruhe, Bruchsal und Gotteszell geschleppt. Auch Anna Pape, die 1978 verstorbene Ehrenvorsitzende der VVN/Bund der Antifaschisten im Kreis Ludwigsburg wurde in Gotteszell festgehalten.⁷ Wie viele der überlebenden Mithäftlinge nahm sie in den sehr schwierigen Jahren nach dem 2. Weltkrieg am Aufbau teil.

Sie alle machten nach dem Krieg keine grossen Worte, sondern haben aus ihrer politischen Einstellung heraus auch nach 1945 "nur" ihre Pflicht getan.

Anna Pape

Eine dieser Frauen war Anna Pape, die 1978 starb. Dazu kam in der Presse folgender Bericht:

Letzte Ehrung für Anna Pape

In den vergangenen Tagen nahmen Freunde, Angehörige und Bekannte Abschied von der Ehrenvorsitzenden und Gründungsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten Kreis Ludwigsburg Anna Pape. Sie starb im Alter von 90 Jahren. Alfred Hauser, Landesvorsitzender der Vereinigung, hielt die Gedenkansprache. Ein Mitglied des Vorstandes der Kreisvereinigung Ludwigsburg sprach den Nachruf. Ein Vertreter der Stadt war ebenfalls zugegen. In Ludwigsburg, ihrer Wahlheimat, fand Anna Pape in jungen Jahren den Weg zur Arbeiterbewegung. Sie war vor allem tätig in der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH). Manches Kinderlager wurde von ihr betreut. Drei Verhaftungen mußte Anna Pape über sich ergehen lassen. Von den Nazis wurde sie in das erste Konzentrationslager für Frauen in Württemberg, Gotteszell, verschleppt. 1937 gelang ihr die Flucht nach Paris. Bei Kriegsbeginn wurde Anna Pape in verschiedenen Internierungslagern festgehalten und tauchte bis Kriegsende in Südfrankreich unter. Nach 1945 kehrte sie wieder nach Ludwigsburg zurück, wo sie beim Sozialamt tätig war und in den sehr schwierigen Jahren nach 1945 am Aufbau teilnahm.⁸

Aus den Akten des Oberlandesgericht Stuttgart ist weiter ersichtlich, daß Anna Pape vom Reichsanwalt beim Volksgerichtshof unter J 625/35 gesucht wurde. "Nach dem Melderegister (...) wurde sie am 16. 4. 1936 von Ludwigsburg nach Krefeld abgemeldet und war vom 7. 5. 1936 bis 9. 1. 1937 in Solingen als Hausgehilfin gemeldet. Von dort meldete sie sich nach Grünstadt (Pfalz) ab, wo sie sich aber nie anmeldete. Anscheinend ist es ihr gelungen, nach Frankreich zu entkommen."⁹

Quellen- und Literaturhinweise

1. Schätzle, Julius: Stationen zur Hölle. Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933 - 1945; Frankfurt/Main 1974 S. 25 f
2. wie 1.
3. Streiflichter Heft 1 S. 21 f
4. Archiv der VVN/BdA
5. wie 4.
6. wie 4.
7. wie 4.
8. Ludwigsburger Kreiszeitung vom 9. 5. 1978
9. Oberlandesgericht Stuttgart, II Strafsenat, Urteil vom 25. April 1938 gegen (...) wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens

Emma Greiner

Arbeiterin bei Salamander

Die am 10. 7. 98 zu Zuffenhausen geborene
und in Zuffenhausen wohnhafte ~~von~~ *Emma Greiner geb. Jermann* ist am 31. März 1933 als Schutzhäftling
hier eingeliefert worden. Auf Grund Verfügung des Württ. Innenministe-
riums (Württ. polit. Polizei) vom 26. 7. 33 Nr. 8/1406/33 gsh.
wurde die Obengenannte heute nach Zuffenhausen Zuffenhausen 5
entlassen. Sie hat sich alle Tage beim Oberamt - Polizeiamt diskret
in Zuffenhausen zu melden, erstmals nach dem Eintreffen ,

Gotteszell, den 29. Juli 1933.



Strafanstaltsdirektor : *Jenny*

Einer der Häftlinge in Gotteszell war Emma Greiner aus Stuttgart-Zuffenhausen, sie gehörte der KPD an.

Mit Datum vom 16. März 1933 teilte ihr die Salamander AG Kornwestheim mit: "Da Sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig sind, kündigen wir Ihnen Ihr Arbeitsverhältnis mit sofortiger Wirkung gemäß § 123 Abs. I, Ziffer 8 der Gewerbeordnung."¹

Zu diesem Zeitpunkt befand sich Emma Greiner bereits in Haft und wurde, nach Gotteszell "überstellt", bis zum 29. Juli 1933 dort festgehalten.²

Bereits 1932 hatte sie die Salamander AG, wo Emma Greiner auch Betriebsrat war, wegen ihres Eintretens für die Interessen der dort Beschäftigten - zusammen mit drei weiteren Kollegen - entlassen, mußte sie aber - nach einem Vergleich vom 19. April 1932 - alle wieder einstellen.

Emma Greiner hatte sich nach der Entlassung aus Gotteszell "(...) alle Tage beim Polizeidi- strikt in Zuffenhausen zu melden, erstmals nach dem Eintreffen."³

Sie setzte auch nach ihrer Entlassung die antifaschistische Arbeit fort. Von der Salamander AG trotz ihrer "Vergangenheit" wieder eingestellt schrieb ihr die Firma unter dem 25. Mai 1935: "Der Emma Greiner, geboren am 10.7.1898, wohn- haft in Zuffenhausen, wird hiermit bescheinigt,

daß sie vom 6. Januar 1935 bis 25. Mai 1935 in unserer Schuhfabrik als Stepperin gearbeitet hat."⁴

Am 17. November 1936 erfolgte eine neue Fest- nahme und eine Anklage wegen "Vorbereitung zum Hochverrat". Am 20. April 1937 vom Oberlan- desgericht Stuttgart verurteilt, war Emma Greiner bis zum 27. Oktober 1937 in Stuttgart und Gottes- zell eingesperrt.⁵

Über all die Jahre ist sie ihrer Gesinnung treu geblieben. Zusammen mit Willy Pflugbeil, bis 1933 Gemeinderat in Ludwigsburg, arbeitete sie 1945 im Arbeitsausschuß Zuffenhausen des Württembergischen Wohlfahrtsbundes (Arbeiter- wohlfahrt).

In einem Flugblatt vom 1. September 1945 heißt es dort: "Das Schlimmste des Krieges ist das, was nach dem Kriege kommt. (...) Die Not ist groß! Helft alle mit, durch freiwillige Gaben die Not zu überwinden!"⁶

Quellen- und Literaturhinweise

1. Schreiben der Salamander Aktiengesellschaft vom 16. März 1933
2. Vergleich zwischen der Salamander AG Korn- westheim und Emma Greiner (...) vom 19. April 1932
3. Ausweis der Württ. Strafanstalt Gotteszell vom 29. Juli 1933
4. Entlassungsschein der Salamander AG vom 25. Mai 1935
5. Entlassungsbescheinigung vom 27. Oktober 1937
6. Streiflichter Heft 1 S. 19

Lina Herr

Lina Herr, geborene Grießmayer, wurde am 1. April 1890 in Flein, Kreis Heilbronn, geboren, wo sie ohne ihre früh verstorbene Mutter aufgewachsen ist. Später war sie als Hausmädchen beschäftigt. Im Jahre 1912 heiratete sie Ludwig Herr, der als Mechaniker tätig war. Im Januar 1915 zog die Familie nach Kornwestheim. Fünf Kinder, drei Mädchen und zwei Söhne gingen aus der Ehe hervor.

Ihr Ehemann, 1922 und wieder 1931 auf der Liste der KPD zum Stadtrat gewählt, war infolge



seines politischen Einsatzes und der Verfolgungen viele Jahre von der Familie getrennt. Bereits im Februar 1933 ging er in den Untergrund und wurde am 6. April 1933 in der Wohnung eines Esslinger KPD-Stadtrates verhaftet. Die Konzentrationslager Heuberg, Kuhberg, Dachau und Neuengamme waren Stationen auf seinem Leidensweg.

In Dachau, wo Ludwig Herr sich für russische Kriegsgefangene eingesetzt hatte, wurde er über den "Bock" gelegt und bekam dreimal je 25 Schläge auf das nackte Gesäß.

Lina Herr mußte über all die Jahre die Last für die ganze Familie tragen.

In keinem Betrieb bekam Lina Herr Arbeit. Selbst die einfachsten Tätigkeiten, wie zum Beispiel als Putzfrau im Rathaus oder in einer Schule wurden ihr, dem eher aligen Mitglied der KPD, von den damaligen Machthabern verwehrt. Unterstützung für die des Ernährers beraubte Familie gab es nicht.

Gleich nach der Machtübernahme durch die Nazis sprach Lina Herr auch beim damaligen Kornwestheimer Bürgermeister Kercher wegen einer Arbeit vor. Seine Antwort (nach überlieferter

Zeugenaussage): "Seien Sie froh, daß man Leute Eures Schlages nicht an die Wand gestellt hat."

So lebte die Familie vom Verkauf von Teigwaren. Bei Wind und Wetter war Lina Herr mit ihrem Handwagen unterwegs, was ihr ein Nierenleiden einbrachte. Eine kaum vorstellbare Standhaftigkeit und Opferbereitschaft.

Bereits im April 1933 wurde Lina Herr von der Gestapo zu einem "kurzen" Verhör abgeholt, ins Blockhaus nach Ludwigsburg (Frauenarrest Schorndorfer Straße) gebracht und danach nach Gotteszell verschleppt. Erst nach vier Wochen kam sie – Mutter von fünf Kindern – wieder frei.

Anschließend wurde ihr 18jähriger Sohn Friedrich abgeholt. Vom April 1933 bis Mai 1934 wurde er in Konzentrationslagern (Heuberg und Kuhberg) festgehalten und in den Jahren 1935, 1936 und 1937 jeweils einige Wochen in das berühmte "Hotel Silber" – das Stuttgarter Gestapohauptquartier – verschleppt.

Ihr 21jähriger Sohn Willi mußte in die Emigration. Am 26. August 1939 tauchte die Gestapo wieder in der Wohnung der Familie Herr auf. Drei Beamte durchsuchten die Räume und wollten den Sohn Friedrich abholen. Doch dieser war, entgegen einem "Sperrvermerk", am 25./26. August 1939 von der Wehrmacht einberufen worden. So blieb ihm das Schicksal seines Vaters erspart.

Ludwig Herr durfte aus dem Konzentrationslager nur einmal im Monat an seine Angehörigen schreiben.

In einem Brief an Lina Herr aus dem Jahre 1944 heißt es: "Ja Mädels, diese Zeit kostet Nerven, Leben, Gesundheit und aber auch die Existenz ganzer Völker. Es bedarf schon eines Zusammenreißen, um in diesem Wirbel standzuhalten."

Im Januar 1945 erhielt Lina Herr die Mitteilung, daß ihr Ehemann an Bronchopneumonie im Konzentrationslager Neuengamme "verstorben" sei.

Lina Herr ist auch nach 1945 ihrer Gesinnung treu geblieben. Sie und ihr Sohn Friedrich gehörten mit zu den Gründungsmitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes im Kreis Ludwigsburg.

Ein schwerer Schlag traf Lina Herr 1962. Ihre 38jährige Tochter Charlotte kam bei einem Verkehrsunfall um. Mehrmals war sie danach im Krankenhaus.

Am 9. August 1967 starb Lina Herr.

Nach ihrem Ehemann wurde in Kornwestheim eine Straße benannt. 1979 erfolgte eine weitere Ehrung. An der Ruhestätte von Lina Herr und ihrer jüngsten Tochter (Charlotte) wurde durch den Stadtrat von Kornwestheim ein Kissenstein mit der Inschrift angebracht: "Ludwig Herr – Widerstandskämpfer – 8. 5. 90 – 24. 1. 45 – Die Stadt Kornwestheim."

Wenn es ein stilles Heldentum gibt, dann hat Lina Herr es verkörpert. Auch nach 1945 tat sie nicht nur ihre Pflicht. Ohne große Anerkennung ging sie ihren Weg, der bei der Verhinderung des Machtantritts der Nazis der einer glücklichen Familie gewesen wäre.



Gertrud Martin

Mehr als 40 Jahre danach sitze ich Gertrud Martin, Trägerin der Ehrenmedaille des deutschen Widerstandes, gegenüber. "Danach", das ist der 5. Januar 1940, als ihr Ehemann im Konzentrationslager Mauthausen nach über 4 Jahren Gefängnis und Konzentrationslager umgekommen ist.

Am 23. März 1903 in Heilbronn geboren, verlor Gertrud schon 1914 die Eltern. Als eines von 5 Geschwistern kam sie bei einem Onkel unter. Nach Abschluß der Volksschule war sie 1918 ein halbes Jahr in Riegenhof bei Mainhardt tätig, um dann bis 1921 in Heilbronn als Küchenhilfe zu arbeiten. Es schloß sich eine Beschäftigung in einem Zeitungskiosk in Hessental an, wo Gertrud ihren späteren Mann, Franz Martin, kennenlernte.

Nach einer weiteren Tätigkeit in Heilbronn (1926) zog Gertrud 1930 zu ihrer Schwester nach Ludwigsburg. 1932 heiratete sie Franz Martin, der bei einem Schreiner arbeitete. Auch nach dem Machtantritt der Faschisten setzte Franz Martin seine politische Tätigkeit fort und war, unterstützt von Gertrud Martin, als Kurier und Verbindungsmann zu verschiedenen Widerstandsgruppen eingesetzt.

Nach seiner Verhaftung (am 10. November 1935) hielt sie weiter zu ihm. Im Ludwigsburger Gefängnis durfte Gertrud Martin ihren Mann nur alle sechs Wochen besuchen. Sie freute sich auf seine Entlassung, als 1938 die Gefängnisstrafe zu Ende ging. Doch am Gefängnistor wurde er gleich in "Empfang" genommen und in das Konzentrationslager Welzheim gebracht. Dort war für Gertrud Martin kein Besuch mehr möglich.¹

Gertrud Martin hatte nach längerer Krankheit Arbeit in einer Nudelfabrik gefunden.

Franz Martin wurde vom Konzentrationslager Welzheim nach Dachau und weiter nach Mauthausen verschleppt. Mit einem Telegramm vom 5. Januar 1940 wurde ihr der Tod ihres Ehemannes mitgeteilt.

Mit einem Schwager fuhr sie nach Mauthausen, saß dem KZ-Kommandanten Ziereis gegenüber und stellte Fragen. Der hatte plötzlich "keine Zeit" mehr und schob vor, daß Franz Martin die "Diät" nicht eingehalten habe.

Bis Kriegsende war Gertrud Martin in einer Ludwigsburger Nudelfabrik beschäftigt. Zwei Jahre gehörte sie danach der Ludwigsburger Spruchkammer an.

Gertrud Martin ist eines der Gründungsmitglieder der VVN im Kreis Ludwigsburg und trat 1945, um das Werk ihres ermordeten Mannes fortzusetzen, der KPD bei.

Quellen- und Literaturhinweise

1. Streiflichter 1 S. 25

Else Meinholdt

Angehörige, Freunde und Bekannte nahmen am 13. Mai 1982 Abschied von Else Meinholdt, Trägerin der Ehrenmedaille für den Widerstand gegen das Naziregime.

Sie starb nach einem ereignisreichen Leben im Alter von fast 78 Jahren. Else Meinholdt gehörte dem Kreisvorstand der VVN/Bund der Antifaschisten an.

Am 4. Juni 1904 in Düsseldorf geboren, war sie durch ihre Eltern, die beide Mitglieder in der SPD waren, fest in der sozialistischen Arbeiterbewegung verwurzelt.

"Zusammen mit vier Brüdern ist sie", so Alfred Hausser in der Gedenkrede, "in der Industriestadt Düsseldorf aufgewachsen. Ihre Kindheit wurde vom 1. Weltkrieg überschattet und als der Kaiser gehen mußte, aber die Generale blieben, trat sie in das Berufsleben ein und lernte beim Konsum – einer Verkaufsgenossenschaft der Arbeiterbewegung – und wurde später Leiterin einer Verkaufsfiliale. In dieser Zeit fand sie auch den Weg zur sozialistischen Jugendbewegung und zu den Naturfreunden. Bei einer Sonnwendfeier im Jahre 1926 lernte sie ihren Lebenskameraden August als Gleichgesinnten kennen und ein Jahr später wurde die feste Lebensgemeinschaft begründet.

Im Jahre 1930 ist die um einen Sohn gewachsene Familie in die Heimat des Ehemannes nach Bad Lauterburg im Harz übersiedelt. Beide Partner hatten sich inzwischen der KPD angeschlossen und haben in deren Reihen für ihre sozialistische Überzeugung gegen den aufkommenden Faschismus gewirkt. Als es am 30. Januar 1933 Nacht über Deutschland wurde, gehörten Else und August zu den Verfolgten und Verfolgten. Sie wurden beide verhaftet und in Gefängnisse und KZ-Lager gesteckt. Else befand sich im März/April 1933 im Gefängnis in Osterode, kam wieder frei und wurde im September 1933 wieder eingekerkert. Im Dezember 1933 wurde sie in Kassel wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt und erst im September 1935 hat sie die Freiheit wieder erlangt.

Wer vermag die schwere zusätzliche Belastung nachfühlen, wenn eine junge Frau und Mutter auf so lange Zeit gewaltsam von ihrem Lebenskameraden und ihrem Kind getrennt wird. Erst 1936, als auch der Vater als Moorsoldat aus dem KZ entlassen wurde, war die Familie zwar wieder vereint, aber die berufliche Existenz zerstört.

Bei Verwandten in Düsseldorf fanden sie eine Bleibe bis zur Übersiedlung nach Stuttgart im Jahr 1939, wo sie vorübergehend wieder festen Boden unter die Füße bekamen. Was die Anti-



faschisten kommen sahen und durch ihren Widerstand verhindern wollten, wurde am 1. Sept. 1939 zur bitteren Wirklichkeit: der 2. Weltkrieg wurde vom Zaun gebrochen.

Kaum war der zweite Sohn geboren, wurde der Gatte und Vater als Strafsoldat zum Bewährungsbataillon 999 eingezogen und Else war mit den Kindern allein.

Die militärische Niederlage und der Zusammenbruch der Gewaltherrschaft war für die Familie Meinholdt zugleich die Befreiung von Verfolgung, Angst und Not. Man konnte wieder aufatmen.

Aus dem schwer zerstörten Stuttgart zog man wieder nach Bad Lauterberg. Wie überall waren auch dort aufrechte Männer und Frauen gefragt; August wurde dort die Leitung des Stadtbauamtes übertragen, Else wurde als Abgeordnete der KPD in den Stadtrat berufen und wachte darüber, daß die wenigen Mangelwaren gerecht verteilt wurden.

Dann wurde der Ehemann von seiner alten Firma in Stuttgart wieder als Mitarbeiter gewonnen und so kam die Familie 1949 wieder nach Stuttgart.

In der Mitte ihres Lebens hat Else hier in der Folgezeit alle ihre Erfahrungen in die demokratische Frauenbewegung für ein Leben in Frieden und sozialem Fortschritt eingebracht. Viele Jahre – bis zum Verbot im Jahr 1957 – hat sie verantwortliche Funktionen im DFD ausgeübt.

Anfang der 60er Jahre endet dann die durch Verfolgung und Krieg ausgelöste Wanderung im eigenen Heim in Möglingen. Man war etwas abseits der großen Stadt und ihrem Geschehen, aber kein Grund sich politisch abzusetzen und sich auf das Altenteil zurückzuziehen. Im Gegenteil!

Kontaktfreudig wie Else war, findet sie in Ludwigsburg schnell Anschluß und sieht in der VVN-BdA ein neues und dankbares Wirkungsfeld. Von einer noch älteren Kameradin übernimmt sie das Amt des Kassiers und verwaltet es zuverlässig. Viele Jahre war sie auch Mitglied der Revisions-Kommission beim Landesvorstand.

Und als wir vor mehr als 10 Jahren unsere Vereinigung für die junge Generation geöffnet haben, sah sie für sich eine neue Aufgabe. Wieder war es ihr freundliches und ausgeglichenes Wesen und ihre Fähigkeit zur Kommunikation, um der jungen Generation und ihren Anliegen mit großem Verständnis zu begegnen.

Sicher hat ihr dabei auch die enge Beziehung zu ihren Enkeln geholfen, den Zugang zu anderen jungen Menschen zu finden. Wenn heute junge Menschen in- und außerhalb unserer Vereinigung das antifaschistische Gedankengut übernommen haben und weitergeben, war es ein besonderes Verdienst unserer verstorbenen Kameradin. Auf diesen Erfolg war sie mit Recht stolz, das war die Krönung ihres Wirkens, hier fand sie die Bestätigung, daß alle ihre Opfer und Mühen nicht umsonst waren und deshalb trauern mit uns älteren auch junge Mitstreiter um den Verlust dieser tapferen Frau und Mutter.

Mit uns trauern auch unsere französischen Freunde aus der Resistance aus dem Oberelsaß, mit denen durch viele Begegnungen hier und jenseits des Rheines eine enge Freundschaft gewachsen ist.

Dieses Lebensbild der Verstorbenen wäre aber unvollständig, wenn man nicht neben ihrem Wirken nach außen ihren Sinn für Familie und Häuslichkeit hinzufügen würde. Die Freude und den Stolz, den sie für ihre Söhne empfand, hat sie auch auf ihre 5 Enkel und den Urenkel übertragen. Mit Frohsinn und Gelassenheit konnte sie auch schwierige Lebenslagen meistern. Von ihrer Wärme und Herzengüte haben wir alle, die mit ihr verbunden waren, gewonnen. Diese menschlichen Eigenschaften waren ihr Wesensmerkmal.

Mit welcher Freude hatte sie zu ihrem 75. Geburtstag ihre Familie und Freunde um sich versammelt. Wir alle sind jetzt um einen lebenswerten Menschen ärmer geworden. Else hat viel gegeben, und deshalb auch wieder viel empfangen. Ein erfülltes Leben ist zu Ende. Wir sind ihr einen tiefen Dank und eine bleibende Erinnerung schuldig.

Die Lebenswelle von Else Meinholdt ist verronnen. Wir nehmen Abschied in dem sicheren Wissen:

Mag Welle auf Welle verrinnen -
der Strom geht weiter."¹

„Polizeigefängnis“ Welzheim

Für "Staatsfeinde" richtete die Gestapo das Schutzhaftlager Welzheim ein.¹ Im Jahre 1935 wurde dann das dortige Amtsgerichtsgefängnis von der Geheimen Staatspolizei übernommen.

In einer Verordnung zur "Abwehr von Hetz- und Greuelpropaganda" wurde 1936 bestimmt, daß Welzheim als "Polizeigefängnis" zu bezeichnen sei. Mord und Totschlag waren im "Polizeigefängnis" Welzheim an der Tagesordnung. Im dortigen Steinbruch wurden Gefangene erhängt. Noch im März 1945 wurden aus Stuttgart fünf

russische Häftlinge nach Welzheim zur Erschießung "überstellt".²

Neben Kommunisten und Sozialdemokraten wurden viele andere Hitlergegner in dieses Lager verschleppt. "Fremdarbeiter (aus Frankreich, Belgien usw.)", "Ostarbeiter (aus der UdSSR)" und Kriegsgefangene kamen noch hinzu. Nach den bei der VVN Ludwigsburg vorliegenden Unterlagen wurden mindestens 11 Bürger aus dem Kreis Ludwigsburg in Welzheim festgehalten. Fast ohne Unterbrechung waren von 1936 bis Kriegsende politische Gefangene aus dem Kreisgebiet in Welzheim eingesperrt. So Reinhold Bechtle, Mitglied der KPD, aus Löchgau, der 1938 in Welzheim umgekommen ist. Dr. Ludwig Elsas aus Ludwigsburg, dessen Ehefrau am 4. August 1944 von den Nazis in Riga erschossen wurde,³ war ebenfalls im November und Dezember 1938 dort in Haft.⁴ Sein Bruder, Bernhard Elsas, festgenommen nach der sogenannten "Reichskristallnacht (1938)", war zur gleichen Zeit fünf Wochen in diesem Konzentrationslager.⁵

Quellen- und Literaturhinweise

1. Alfred Hausser, Landesvorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten in Baden-Württemberg

Sehr schlechten Bedingungen waren in den Kriegsjahren die "nichtdeutschen Häftlinge" unterworfen.

In Ludwigsburg gab es zu dieser Zeit eine Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener, die in Verbindung mit Wehrmachtsangehörigen antifaschistischen Widerstand leisteten.

Wie der sowjetische Historiker I. A. Brodski ermittelte, stand der Leiter dieser Gruppe, Dr. Jossif Alberdowski, mit zwei deutschen Militärärzten, Dr. Zeller und Dr. Glöckler, die in einem Kriegsgefangenenlager in Ludwigsburg tätig waren, in Verbindung.⁶

Der Kriegsgefangene Dr. Alberdowski wurde nach Welzheim gebracht und da er keine Angaben machte, solange ohne Essen und Trinken gelassen, bis er am 25. September 1944 starb.⁷

Quellen- und Literaturhinweise

1. Julius Schätzle: Stationen zur Hölle S. 54 f (Ein großer Teil der Welzheimer Bevölkerung war den Häftlingen gegenüber wohlgesinnt, und die ehemaligen Häftlinge sind der Bevölkerung wegen ihrer Hilfsbereitschaft bis heute dankbar verbunden geblieben.)
2. Aus der Anklageschrift gegen Gottfried Mauch vom 13. März 1950
3. Ludwigsburger Geschichtsblätter Heft 30/1978 S. 92
4. wie 3. S. 91
5. wie 3. S. 85
6. Streiflichter 1 S. 31 f
7. Schätzle, Stationen, S. 59 f.

Reinhold Bechtle

Reinhold Bechtle wurde am 28. März 1907 in Löchgau geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er den Beruf eines Schneiders und trat der Textilgewerkschaft bei. Am 1. Mai 1924 wurde er Mitglied der Kommunistischen Jugend, später auch der KPD.

Vom Machtantritt der Faschisten an beteiligte sich Reinhold Bechtle aktiv am Widerstandskampf. Vom 20. April 1933 an war er im Konzentrationslager Heuberg inhaftiert.

Vor und nach seiner Verhaftung war der Widerstandskämpfer an den verschiedensten Aktionen gegen die Nazis beteiligt. So nahm er an einer Sitzung von kommunistischen Funktionären in Prevorst teil und war Teilnehmer einer Beratung, bei der es um "die Besorgung eines illegalen Weges in die Schweiz" ging.

Am 28. Dezember 1937 fiel Reinhold Bechtle erneut in die Hände der Gestapo.²



Reinhold Bechtle war der Kopf einer antifaschistischen Widerstandsgruppe. Da er trotz aller Folterungen seine Freunde nicht preisgab, wurde ihm im Polizeigefängnis in Stuttgart eröffnet, daß er diesmal in das KZ Dachau komme und keine Aussicht habe, seine Heimat jemals wiederzusehen.

Als Bechtle in Welzheim ankam, konnte er kaum noch stehen und gehen. Trotzdem wurde dieser Antifaschist keinem Arzt vorgestellt, sondern kam sofort in den Arrestbunker.

Zu dem Kalfaktor der Arrestzelle, der ihm abends das Essen bringen mußte, sagte Bechtle noch: "Seit meiner Vernehmung im Silber (Polizeigefängnis in Stuttgart) kann ich nichts mehr essen, laßt mich in Ruhe."³

In der Nacht vom 12. zum 13. Januar 1938 ist dieser Antifaschist im Konzentrationslager Welzheim umgekommen.

Seine Schwester und sein Bruder Emil holten den Leichnam in Welzheim ab. "(...) In der Dunkelheit, wie verlangt, um ihn nach Ludwigsburg zur Einäscherung" zu bringen.⁴ "Bei der Feier stellte sich heraus, daß niemand bereit war, einige Worte zu sagen, so daß ich dies selbst übernehmen mußte."⁵

Aus Anlaß seines 40. Todestages nahm die VVN-Bund der Antifaschisten am 14. Januar 1978 an seiner Grabstätte auf dem Friedhof in Löchgau eine Ehrung vor, zu der zahlreiche Angehörige und Freunde erschienen waren.

"Wir gedenken in dieser Stunde", so wurde in der Rede am Grabe von Reinhold Bechtle betont, "auch der vielen Bürger aus Löchgau, die trotz Überwachung durch die Gestapo dem Toten bei der Einäscherung in Ludwigsburg das letzte Geleit gaben."⁶

Quellen- und Literaturhinweise

1. Brief von Emil Bechtle vom 10. 5. 1984
2. Julius Schätzle: Stationen zur Hölle S. 57
3. wie 2.
4. wie 1.
5. wie 1.
6. Aus Unterlagen der VVN/BdA Kreis Ludwigsburg

Totenehrung in der BRD

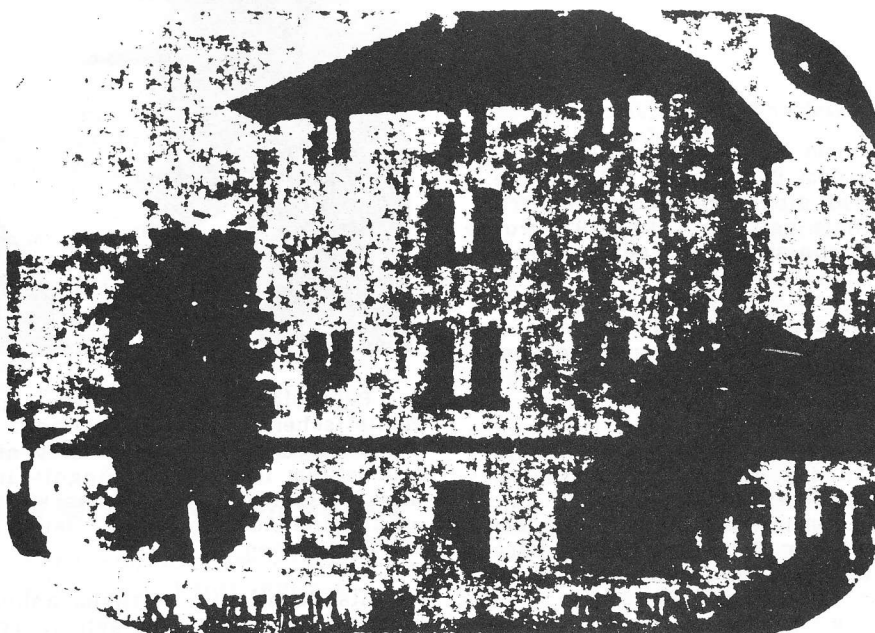
Von MARGARETE
HANNSMANN

Der Gemeinderat von Welzheim
nannte die Straße
in der das KZ stand
nach seinem Kommandanten Buck

Später wurde sie umgetauft
nach den Hingerichteten:
SCHLOTTERBECK-Straße

Dann sagte der Gemeinderat
alle Namen
hätten nicht befriedigt

Jetzt heißt die Straße
in der das KZ stand
Schillerstraße



Eines der Schlüsseldokumente der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft: der »Erlaß des Führers« vom 28. August 1942 mit dem Auftrag, »eine nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen«.



Die Karriere des Gottfried Mauch

Gottfried Mauch stand seit 1919 im Polizeidienst und gehörte der Nazi-Partei seit dem 1. Mai 1933 an. Am 23. April 1934 kam er zur politischen Polizei beim Württembergischen Landespolizeiamt und war ab dem 1. Januar 1937 bei der Geheimen Staatspolizei. Im August 1939 zum Kriminalobersekretär befördert, wurde er am 1. April 1944 (anlässlich seines 25-jährigen Dienstjubiläums) zum Kriminalinspektor ernannt. Von 1934 bis 1942 war Gottfried Mauch, den Ludwigsburger Antifaschisten in unliebsamer Erinnerung haben, "Ermittlungsbeamter im Kommunistenreferat (Hoch- und Landesverrat)". Ab dem Frühjahr 1942 war er Sachbearbeiter der sogenannten "Russendienststelle (Zwangsarbeiter aus der UdSSR)".

1. Nach Unterlagen der VVN/BdA Ludwigsburg

Deutsche Justiz

Rechtspflege und Rechtspolitik

104. Jahrgang

Berlin, den 28. August 1942

Ausgabe A Nr. 35

Erlaß des Führers über besondere Vollmachten des Reichsministers der Justiz

Zur Erfüllung der Aufgaben des Großdeutschen Reiches ist eine starke Rechtspflege erforderlich. Ich beauftrage und ermächtige daher den Reichsminister der Justiz, nach meinen Richtlinien und Weisungen im Einvernehmen mit dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei und dem Leiter der Partei-Kanzlei eine nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen und alle dafür erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann hierbei von bestehendem Recht abweichen.

Führer-Hauptquartier, den 20. August 1942.

Der Führer
Adolf Hitler

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

AUS STUTTGARTER ZEITUNG vom 1950(!)

Mauch in zwei Anklagepunkten freigesprochen

Verfahren wegen Aussage-Erpressung abgetrennt

Das Stuttgarter Schwurgericht hat am Donnerstag im Prozeß gegen den ehemaligen Gestapo-Beamten Gottfried Mauch in den bis jetzt verhandelten Fällen das Urteil verkündet. Die dem Angeklagten zur Last gelegte Aussage-Erpressung und Körperverletzung im Amt im Falle Martin wurde ebenfalls abgetrennt, weil ein gerechtes Urteil nur möglich sei, wenn diese Straftat im Zusammenhang mit den übrigen Fällen von Aussage-Erpressung behandelt werde. Von der Anklage des Mordes an dem russischen Arzt Albertowsky und von der Erschießung von fünf Russen im Steinbruch bei Weizheim wurde Mauch mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

In der Vormittagssitzung hatte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer darauf hingewiesen, daß das Schwurgericht seinem Urteil nur Tatsachen zugrunde legen könne. Es stehe fest, daß der russische Arzt in Weizheim einen grausamen Hungertod erlitten habe, es stehe aber nicht fest, ob Mauch dafür verantwortlich gemacht werden könne. Der Hauptbelastungszeuge Eberle sei tot. Seine Aussagen vor der Spruchkammer reichten für eine Verurteilung Mauchs nicht aus. Es bestehe der Eindruck, daß Eberle seine Taten auf Mauch habe abwälzen wollen. Das gelte auch für die Erschießung der fünf Russen. Keiner der übrigen Zeugen könne aus eigener Kenntnis sagen, daß Mauch an diesen Verbrechen schuldig sei.

Dagegen stehe im Falle Martin auf Grund der glaubhaften Aussagen der Frau des im KZ verstorbenen Herrn Martin fest, daß Mauch gesetzeswidrig

gehandelt habe. Der Staatsanwalt beantragte in diesem Fall eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monate.

Der Verteidiger beantragte die Freisprechung seines Mandanten in den ersten beiden Anklagepunkten wegen erwiesener Unschuld. Im Falle Martin müsse die Zeugin einer Erinnerungstäuschung unterliegen. Für die Verurteilung Martins am 10. Oktober 1939 ins KZ könne Mauch schon deshalb nicht zur Rechenschaft gezogen werden, weil er von Juli 1938 bis März 1939 krankheitshalber garnicht im Dienst gewesen sei. Daß Mauch als Beamter des Kommunistenreferats stets sachlich gearbeitet habe, beweise schon die Tatsache, daß man in letzter Zeit von gewisser Seite an ihn herangetreten sei, er solle wieder in dieser Richtung tätig werden. Mauch habe dies jedoch abgelehnt.

In seinem Schlußwort sagte Mauch: »Darüber, daß ich die Kommunisten bekämpft habe, empfinde ich keine Reue. Sie werden heute wieder bekämpft, und sie werden noch mehr bekämpft werden.« Er habe jedoch stets menschlich gehandelt. Nicht ein Kommunist, der in den acht Jahren seiner Tätigkeit mit ihm zu tun gehabt habe, könne behaupten, von ihm geschlagen worden zu sein. Mauch bat schließlich um seinen Freispruch.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, das Schwurgericht sei kein Sondergericht. Es müsse auch in politischen Prozessen an die Tatbeweise die größten Anforderungen stellen. Zwar lägen manche Verdachtsmomente gegen Mauch vor, zu einer Verurteilung reichten sie aber nicht aus.

In Ludwigsburg befanden sich vor dem Machtantritt der Faschisten zahlreiche Begegnungsstätten der Arbeiterbewegung. Einige haben wir aufgenommen.



GASTSTÄTTE 'EINTRACHT'

Wo sich heute der Buchladen 'Schwarzes Schaf' befindet (Reithausplatz 2), war früher die Gaststätte EINTRACHT. Dort trafen sich Sozialdemokraten und die Mitglieder des Reichsbanners. Die EINTRACHT war auch Übungslokal des Gesangsvereins "Vorwärts".



GASTSTÄTTE 'KRONE'

In der 'Krone' (zwischenzeitlich 'Piroshka' und heute 'Kronen-Stube', Kronenstr. 2, trafen sich Mitglieder der KPD, des Roten Frontkämpferbundes und der Ludwigsburger Schalmeyenkapelle. Im Hinterhaus befand sich während der Illegalität eine Anlaufstelle der KPD.



MILITÄRRARREST HINDENBURGSTRASSE

Sammelstelle von Verhafteten vor dem Transport in das Konzentrationslager Heuberg



GASTHAUS 'ENGLISCHER GARTEN'

Die heutige 'Bonboniere', Asperger Str. 49, war sozusagen das Gewerkschaftshaus. Viele Veranstaltungen fanden dort statt. Auch Streikunterstützung wurde dort ausbezahlt. Vorsitzender des Ortskartells des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war Albert Seyerle. Auch der "Volkschor" und der Gesangsverein "Vorwärts" hielten im ENGLISCHEN GARTEN ihre Übungsabende ab.

Willi Bohn „Hochverräter“

Im Zuchthaus Ludwigsburg

Die Niederlagen an den Fronten zwangen die Nazis zum letzten Aufgebot: Alles war tauglich ist, an die Front! Auch die Kriminellen und die Politischen. Im Zuchthaus Ludwigsburg wurde „gemustert“. Neben den Kriminellen wurden auch wir Politischen überprüft, gemustert und wenn irgendwie möglich für „tauglich“ befunden. Man bot uns die „Freiheit“ an, uns zu bewähren, zum Beispiel im Straf- und Bewährungsbataillon 999. Manch einer wählte diese Freiheit und starb den „Heldentod“. Auch ich, der ehemalige kommunistische Chefredakteur, wurde einer Kommission, bestehend aus SS und Militär, vorgeführt. Bei mir ging es recht schnell: „Ungeeignet! Raus! Abführen!“ Kurz darauf erhielt ich, Ordnung mußte ja sein, den schriftlichen Musterungsbescheid: „Wehrunwürdig im Frieden und im Krieg!“

Doch offenbar war ich zu einer Gefahr im Zuchthaus Ludwigsburg geworden. Nach langer Einzelhaft 1942 endlich in eine Gemeinschaftszelle verlegt, wurde ich nach dieser Musterung wiederum in eine Einzelzelle eingewiesen. Warum? Das klärte sich im Herbst 1943. Ich wurde aus dem Zuchthaus nach Schloß Kaltenstein bei Vaihingen an der Enz abgeschoben.

Auf der Burg Schloß Kaltenstein

„Arbeitshaus Vaihingen“ hieß dieser Kerker offiziell. Hier landeten Kriminelle nach Verbüßung ihrer Strafzeit, die zu „Sicherheitsverwahrung“ verurteilt worden waren. Jetzt wurden nach Schloß Kaltenstein auch Politische eingeliefert, deren Strafzeit noch nicht abgelaufen war, die man aber sicherer verwahrt sehen wollte, als in einem Zuchthaus.

Auf der alten Burg, die sich Schloß Kaltenstein nannte, herrschte der Direktor Christian Walther, Regierungsamtmann und NSDAP-Mitglied seit dem 1. Mai 1933, nach der Devise: „Arbeite oder verrecke“. Für ihn waren die eingekerkerten Straftäter ebenso lebensunwürdig, wie die Kranken in den Heilanstalten. Doch sollten sie dem Nazistaat noch nützlich sein, Arbeit für die „Volksgemeinschaft“ leisten. Unter seiner Leitung wurde diese Anstalt, so verteidigte er sich später, zu einem „gewinnbringenden Betrieb“. Verarbeitet wurden hier insbesondere Hanf und Sisal. Daraus wurden Matten, Einkaufstaschen und Hausschuhe geflochten. Mit Zuckerbrot und Peitsche, einem kleinen Stückchen Brot und einem Zipfelchen Wurst, ein paar Zigaretten preßte der Direktor aus den Gefangenen, insbesondere den Kriminellen, unmenschliche Arbeitsleistungen heraus.

Ich traf auf Schloß Kaltenstein alte Kameraden und Genossen wieder, die bereits vor mir aus anderen Strafanstalten eingeliefert worden waren. Gemeinsam fanden wir uns zurecht. Gemischt unter mehrere hundert Kriminelle, hielten wir Kontakt und schirmten uns entsprechend ab. Es gab aber auch unter den von den Nazis als Kriminelle Verurteilten Kameraden, die nur unter den unmenschlichen Lebensbedingungen mit den Gesetzen in Konflikt geraten waren. Auch unter ihnen fanden wir Verbündete.

Auf meinem Einlieferungsschein war vermerkt: „Guter Schneiderei-arbeiter“. So mußte ich zuerst Futter für Hausschuhe zuschneiden und nähen, die aus geflochtenem Sisal hergestellt wurden. Doch das Rohmaterial wurde knapp. Ich wurde aufgefordert: „Machen Sie das Oberteil zu den Hausschuhen aus Stoff.“ Und ich bekam eine alte, ausgediente Sofadecke mit Goldstickerei. Daraus schnitt und nähte ich nun die Oberteile für Hausschuhe. Die Arbeit fiel zur Zufriedenheit des Oberwachtmeisters aus, und auf Schloß Kaltenstein entstand eine neue Verdienstquelle für die Nazis. Es wurde bekanntgegeben: Wer starken Stoff bringt und zum Nähen geeigneten Bindfaden, der bekommt für 12 Mark ein Paar Hausschuhe genäht. Die Not und der Mangel unter der Bevölkerung waren sehr groß, und altes Zeug gab es in vielen Haushalten. So wurde das Angebot angenommen.

Ich hatte nun die Aufgabe, die Stoffe entsprechend der gewünschten Größe zuzuschneiden und zu nähen. Der Oberwachtmeister, der die Bestellungen annahm und meine Arbeit kontrollierte, meinte oft: „Da kann man doch noch ein Paar Kinderschuhe herauskrie-

gen.“ Meinem Einwand, das gehe schlecht, begegnete er im SS-Befehlston: „Das geht!“ So wurden aus den von den notleidenden Bürgern eingelieferten Stoffen nebenbei Kinderschuhe hergestellt, ich mußte sie zur Seite stellen, und dann waren sie fort, wurden offensichtlich verschoben.

Unsere Kleidung bestand hauptsächlich aus alten Uniformen. Auf den Rücken war mit Ölfarbe gemalt „A H V“, Arbeitshaus Vaihingen. Im Frühjahr 1944 beschlossen wir Politischen, uns mit relativ gutaussehenden Uniformstücken ohne das Zeichen „AHV“ zu versehen – für alle Fälle. Wir wußten, daß das Nazireich vor dem Zusammenbruch stand und daß uns dabei die Vernichtung drohte. So beratschlagten wir, so oft es ging, die Ereignisse.

Nackt in Ketten

Für das unmenschliche System auf der Burg ist ein Tag im Februar 1944 kennzeichnend. Es war naßkalt. Alle Gefangenen mußten im Burghof antreten. „In Fünfer-Reihen enger aufrücken!“, ertönte das Kommando. Der enge Burghof konnte die Hunderte von Gefangenen kaum fassen. Mit wüsten Schimpfereien, Stößen und Tritten wurden wir zusammengetrieben. Dann standen sechshundert Mann im engen Halbkreis um eine verdeckte Bahre. Die meisten standen geduckt, müde, abgemagert, gleichgültig. Nur wenige gerade und aufrechte Gestalten ragten aus der Masse auf. Doch in ihren Augen waren der Wille zum Leben und harte Entschlossenheit zu erkennen. Ringsum stand die Wachgarde, bewaffnet.

„Achtung! Stillgestanden!“, ertönte das Kommando. Der Direktor erschien. Im Bewußtsein seiner Macht, aus seinen Blicken war Hohn und Verachtung für die ihm ausgelieferten Menschen erkennbar, befahl er: „Das Tuch ab!“ Sein Adjutant riß das Tuch weg. Auf der Bahre lag ein junger, schlanker Mann. Die linke Kopfseite zeigte eine tödliche Verletzung. „Auf der Flucht erschossen“, verkündete der Herr Direktor. Er wollte weitersprechen, besann sich aber und befahl seinem Adjutanten: „Den anderen auch!“

Zwei Wächter sprangen die Stufen hinunter zum ehemaligen Bärenzwinger. Was wird nun geschehen? Die Wächter kamen zurück. In ihrer Mitte zerrten sie einen Leidensgenossen. Er war nackt. Um seinen Hals lief eine Kette zu den Handgelenken und von dort zu den Füßen. Der Nackte zitterte. Lächelnd betrachtete ihn der in einen dicken Mantel gehüllte Direktor. „So handeln wir!“, schrie er plötzlich. „Jeder, der zu fliehen versucht, bleibt auf der Strecke.“

Willi Bohn †

Im Alter von 84 Jahren ist unser Kamerad Willi Bohn am 23. Januar gestorben. Fast 70 Jahre stand er aktiv im politischen Leben. Schon im ersten Weltkrieg gründete er als 15-jähriger zusammen mit anderen Jugendlichen einen „Diskutierclub Freiheit“. Am 1. Mai 1918 wurde er in Gotha in die USPD aufgenommen, die sich 1920 mit der KPD zusammenschloß. Als 21-jähriger für die KPD ins Gothaer Stadtparlament gewählt, war Willi Bohn Deutschlands jüngster Stadtverordneter.

Mit seiner Berufung in die Redaktion des Gothaer Volksblatts begann seine journalistische Laufbahn. 1923 wurde er Redakteur und 1924 Chefredakteur der Neuen Arbeiter-Zeitung (NAZ) in Hannover. 1932 wechselte er als Chefredakteur zur Süddeutschen Arbeiterzeitung (SAZ) nach Stuttgart. Am 15. 2. 1933 gehörte er zu jenen Antifaschisten, die die Rundfunkübertragung einer Hitlerrede aus der Stuttgarter Stadthalle durch Kappen des Übertragungskabels verhinderten. Da die SAZ in Deutschland nicht mehr erscheinen konnte, organisierte Willi Bohn die Herstellung der Zeitung in der Schweiz und baute die „Transportkolonne Otto“ auf, die die SAZ und andere Schriften illegal nach Deutschland schleuste.

1934 wurde Willi Bohn von seiner Partei als ZK-Vertrauensmann nach Berlin gerufen. Doch schon im Oktober fiel er durch einen Zufall den Nazis in die Hände. Wegen Vorbereitung zum „Hochverrat“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde er im Zuchthaus Ludwigsburg und ab 1934 im KZ Kaltenstein/Vaihingen eingekerkert.

Nach der Befreiung setzte er seine journalistische Tätigkeit als politischer Redakteur der „Stuttgarter Zeitung“ fort. Für die KPD wurde er 1946 in den Stuttgarter Gemeinderat gewählt, dem er bis 1959 angehörte. Wegen seiner politischen Haltung auf Intervention der US-Besatzer 1947 von der politischen Redaktion in die Lokalredaktion der Stuttgarter Zeitung versetzt, kündigte Willi Bohn zwei Jahre später dort und wurde Chefredakteur der KPD-Zeitung „Volksstimme“ bis zu deren Verbot 1956.

Die Vermittlung der Erfahrungen und des Vermächnisses des antifaschistischen Widerstandes war seit 1945 Willi Bohns Hauptanliegen. Viele Jahre wirkte er dafür in der Geschichtskommission der VVN. Aus seiner Feder stammen vier Bücher über den Widerstand: „Stuttgart: Geheim!“, „Transportkolonne Otto“, „Einer von vielen“ und „Hochverräter“. Für Schulen und Jugendgruppen war er als Zeitzeuge ein begehrter Diskussionspartner.

... er der Gestapo übergeben wird.

Der Betrieb X in Kornwestheim.

"Vitale Specogna, Elektroschweißer i. d. Maschinenfabrik, erhält eine Verwarnung und wird darüber belehrt, daß er jede politische Äußerung zu unterlassen hat, widrigenfalls er der Gestapo übergeben wird." Dies teilte eine Kornwestheimer Firma einem "Gefolgschaftsmitglied" am 30. September 1943 mit.¹

Solche von "Betriebsführer" und "Betriebsobmann" ausgesprochenen "Verwarnungen" und "scharfe Verweise", die mit einer betrieblichen Geldbuße verbunden waren, wurden, je länger der 2. Weltkrieg dauerte, in immer größerem Umfang verhängt. Die Kriegswirtschaft sollte noch mehr angekurbelt werden, um zum "Endsieg" zu gelangen.

So war es den Nazis gelungen, durch immer weitere Massendeportationen ausländischer Arbeitskräfte die Kriegswirtschaft noch zu steigern. Der Anteil der beschäftigten ausländischen Zwangsarbeiter in Industriebetrieben mit Wehrmachtsaufträgen betrug im Jahre 1942 24,5 Prozent.

"Ende 1942 arbeiteten etwa sechs Millionen Kriegsgefangene und zivile ausländische Zwangsarbeiter in Deutschland."² Am 24. Januar 1944 schrieb die gleiche Kornwestheimer Firma: "Ich bestrafe den beurlaubten Kriegsgefangenen Paul Dubois mit einem scharfen Verweis und einer Geldbuße von RM 5.--, weil er ohne triftigen Grund eine dringende Reparaturarbeit außerhalb der normalen Arbeitszeit verweigert hat. Der Fall Dubois gibt Veranlassung, die beurlaubten Kriegsgefangenen darauf hinzuweisen, daß sie der ihnen von der Deutschen Regierung eingeräumten Vorteile verlustig gehen, wenn sie ihrer Arbeitspflicht nicht voll nachkommen. Den Umfang der Arbeitspflicht usw. bestimmt der Betriebsführer."³

Dabei betrug die durchschnittliche "normale" wöchentliche Arbeitszeit der männlichen Industriearbeiter im März 1941 49,1 Stunden.⁴ Der Lohn für Hilfsarbeiter betrug (1939), um ihn in den Vergleich zur Geldbuße zu stellen, in der höchsten Stufe 62,8 Pfennig pro Stunde.⁵ Bereits beim Machtantritt der Faschisten wurde in diesem Betrieb "aufgeräumt" und die Weichen für das "neue" Deutschland gestellt.

Dem Sitzungsbericht des sogenannten Betriebsrats vom 23. Juni 1933 ist zu entnehmen: "Es ist immer wieder zu betonen, daß das Jahr 1933 nicht das Jahr einer nationalen, sondern nationalsozialistischen Revolution ist und daß die nationalsozialistische Umwälzung noch nicht abgeschlossen ist, besonders nicht auf dem Gebiete der Arbeitsfront. Die heutigen Betriebsräte müssen ein Bindeglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein. Zur Verwirklichung der wahren und unbedingt notwendigen Volksgemeinschaft im Geist und Sinne unseres Führers Adolf Hitler. Deutschland und damit sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer standen dicht am Abgrunde, nur Hitler mit seiner Gefolgschaft hat uns vor dem Chaos des Bolschewismus bewahrt..."⁶

Wie 1933 mit politischen Gegnern verfahren wurde, beweist der Fall "K".

"Bescheinigung"

Wir bestätigen dem (.....) K..., daß er am 12. September 1933 bei uns aus politischen Gründen entlassen wurde und erst am 12. November 1934 die Arbeit wieder aufnehmen konnte.⁷

Je länger der 2. Weltkrieg dauerte, desto härter wurden die Maßnahmen der Betriebsführung. So erhielt der Arbeiter Sch. einen "ernsten Verweis" und wurde mit einer Geldbuße von 10 Mark bestraft, "weil er einem Russen einen Laib Brot gegen Überlassung eines Spielzeuges gegeben hat, trotzdem dies ausdrücklich verboten ist."⁸

Im August 1943 wurde in diesem Kornwestheimer Betrieb folgendes Schreiben ausgehängt:

"Wir bedauern bekannt geben zu müssen, daß die Gefolgschaftsangehörige (...) H (...) in Untersuchungshaft genommen wurde, weil sie in Verdacht steht, feindlichen Ausländern gegenüber nicht den nötigen Abstand gewahrt zu haben."⁹

Eine Geldstrafe in Höhe eines Wochenlohns (25 Mark) verhängte die Kornwestheimer Firma im Mai 1944. "Diese Geldstrafe kann", so heißt es in einem von Betriebsführer und Betriebsobmann unterzeichneten Schreiben, "nach Bewährung von 4 Wochen in Urlaub abgegolten werden. Wenn in der Zwischenzeit eine weitere Beanstandung eintritt, ist die Strafe sofort in bar fällig; außerdem wird die M(...) in diesem Fall sofort dem Arbeitsamt gemeldet, damit sie in ein Arbeitslager eingewiesen wird."¹⁰

Unter dem 14. April 1944 heißt es in einer letzten Verwarnung: "Die (...) Sch(...) erhält eine letzte Verwarnung nach der Richtung, daß sie unter keinen Umständen mit einem Franzosen irgend eine Verbindung anknüpfen darf, wenn sie nicht Gefahr laufen will, aufs schwerste als rückfällig bestraft zu werden."¹¹

Schon der "Tatbestand", daß er sich mit einem Kriegsgefangenen unterhalten und diesem Zigaretten geschenkt hatte, führte für einen Arbeiter im September 1940 zu einer Geldbuße und einem entsprechenden Aushang im Betrieb.¹²

Ein weiteres Schreiben:

"Der französische Zivilarbeiter Cassayre, Marcel, erhält eine Geldstrafe von RM 3.-- und zugleich eine ernste Verwarnung, da er trotz wiederholten, ausdrücklichen Hinweises die Arbeitszeit nicht genau eingehalten und sich vor der Zeit immer die Hände gewaschen hat."¹³

Der ganze Betrieb war - so wie im ganzen Reich - mit einem Spitzelsystem durchzogen. Spruchkammerverfahren in den Jahren 1946 und 1947 lieferten noch den nachträglichen Beweis. So wird in zwei Schreiben von Spruchkammern (Ludwigsburg und Stuttgart-Zuffenhausen) vom "überzeugten Nationalsozialisten" gesprochen¹⁴ und er wird im Betrieb als "fanatischer Parteianhänger" geschildert.¹⁵ Sie alle dienten dem System und waren als Zuträger zur Aufrechterhaltung des Naziterrors, der auch im Interesse des "Betriebsführers" lag, tätig. Aus einem weiteren Schreiben: "Hat seinen Untergebenen gegenüber öfters die Drohung ausgesprochen, in gewissen Streitfällen die DAF (Deutsche Arbeitsfront, d. Verf.) anrufen zu wollen."¹⁶

Im Jahre 1947 wurde in einem Spruchkammerverfahren gegen W. B. festgestellt: "Seine Arbeitskollegen waren sich bewußt, daß sie in Gegenwart von dem Betroffenen politische Unterhaltungen, die gegen das Naziregime gerichtet waren, nicht pflegen durften. Er hat unser jetziges Betriebsratsmitglied F... N.... zur Anzeige gebracht."¹⁷

In einem Schreiben an die Spruchkammer Ludwigsburg vom 17. Juni 1947 heißt es: "In Beantwortung Ihres Schreibens vom 29. 5. 1947 teilen wir Ihnen mit, daß der Betroffene von der Gesamtbelegschaft (...) als Aktivist bezeichnet wird. Er ist bei Betriebsappellen und sonstigen Veranstaltungen in Uniform erschienen. Die Belegschaft hatte stets das Gefühl in Gefahr zu kommen, wenn sie K(...) gegenüber über die NSDAP gegenteilige Äußerungen gemacht hätte. Unter anderem hat er in einem solchen Fall den Werksangehörigen D(...) bei der Direktion zur Anzeige gebracht und dort demselben gegenüber gewisse Drohungen ausgesprochen."¹⁸

Je länger der Krieg dauerte und die militärische Lage sich verschlechterte, so entschwand auch bei manchem vordem fanatischen Nazi der "Glaube an den Endsieg".

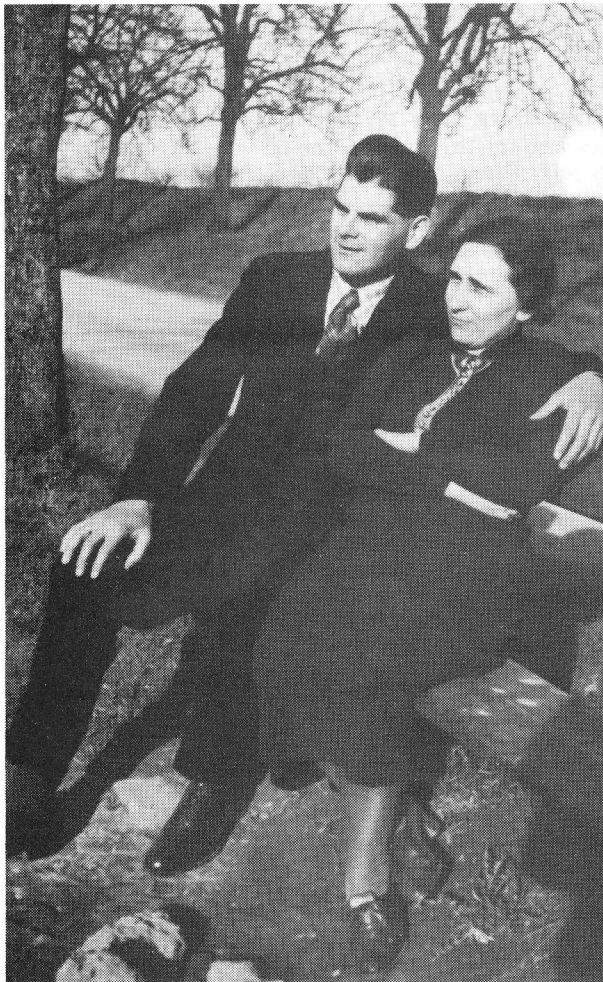
"Innerhalb des Betriebes ist er (der ab 1941 stellv. Organisationsleiter der DAF war, der Verf.) für die Partei nicht werbend aufgetreten", bescheinigt das "Entnazifizierungs-Comité" des Betriebes X 1946 einem Angestellten.¹⁹

Der Naziortgruppenleiter von Beihingen schrieb am 2. Oktober 1944 an einen Beschäftigten der Firma X: "Von Ihrem Betriebsobmann (...) wurde mir gemeldet, daß Sie immer noch kein Parteiabzeichen tragen. Ich habe geglaubt nach meiner letzten Aufforderung würden Sie ohne weiteres ein Parteiabzeichen anlegen. Wenn Sie nicht mit sofortiger Wirkung das Parteiabzeichen an Ihren Straßenanzügen anlegen, sehe ich mich verpflichtet, der Kreisleitung Meldung zu erstatten. Sollten Sie kein Parteizeichen mehr bekommen, so will ich mich bemühen, daß ich für Sie noch eines bekomme."²⁰



Quellen- und Literaturhinweise

1. Privatbesitz
2. Aus: Deutschland im Zweiten Weltkrieg Band 2 S. 315
3. Privatbesitz
4. Aus: Deutschland im Zweiten Weltkrieg Band 1, S. 235
5. Aus: Chronik der Deutschen S. 897
6. -16. Privatbesitz 6. - 16. Privatbesitz
17. Schreiben vom 5.6.1947 an die Spruchkammer des Internierungslagers 72 in Ludwigsburg
18. Schreiben vom 17. Juni 1947 an die Spruchkammer in Ludwigsburg
19. - 20. Privatbesitz



Oskar Mannheim

Unter den von Ludwigsburg nach Auschwitz verschleppten Bürgern befand sich Oskar Mannheim.

Am 21. Juni 1902 in Straßburg im Elsaß geboren, erlernte er nach dem Schulbesuch den Beruf des Kaufmanns. Da Oskar Mannheim keine Stellung fand, wurde er Soldat und war nach dem Ende des 1. Weltkriegs zuerst in Konstanz-Petershausen stationiert. Später zog er nach Ludwigsburg. Vor dem "Dritten Reich" stand Oskar Mannheim der SPD nahe. Nach 1933, er hatte inzwischen geheiratet, verlor er, da sein Vater Jude war, immer wieder seinen Arbeitsplatz. Als Kaufmann durfte er zudem nicht beschäftigt werden.

Im November 1939 fand er bei der Firma Bosch in Stuttgart-Feuerbach eine Stelle als Lagerarbeiter.¹

Am 17. Juni 1942 wurde er von der Gestapo Stuttgart festgenommen und nach dem Osten verschleppt. Einige Monate darauf, am 21. November 1942, ist Oskar Mannheim im KZ Auschwitz umgekommen. Seiner Ehefrau wurde dies nur mündlich mitgeteilt.²

Seine Firma, Bosch Feuerbach, zahlte Frau Mannheim 1942 noch das Weihnachtsgeld für ihren Mann aus.

Arbeitskollegen bei Bosch, die wußten was mit Oskar Mannheim geschehen war, drückten Frau Mannheim ihr Beileid aus.

Grafeneck 1940

Opfer der Unmenschlichkeit

Ein fast vergessenes Kapitel faschistischer Menschenvernichtung ist das "Euthanasie"-Programm, das unter dem Tarnnamen "Aktion T 4" durchgeführt wurde. Abgeleitet von Tiergartenstraße 4, der Büroadresse der "Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten",¹ der ab Sommer 1940 der Würzburger Professor Dr. Werner Heyde vorstand.

Eines der Opfer in Grafeneck war Florina (Sara) Ottenheimer aus Ludwigsburg, geboren am 10. 6. 1876, die sich nach den Unterlagen des Einwohnermeldeamtes Ludwigsburg am 20. 6 1939 nach Zwiefalten "abgemeldet" hat.

Quellen- und Literaturhinweise

1. Nach Aufzeichnungen der VVN/BdA Ludwigsburg vom 24. 11. 56
2. Beglaubigte Abschrift (Stadtverwaltung Ludwigsburg, Kommunalamt) vom 12. 2. 1947

Florina (Sara) Ottenheimer wurde danach 1940 im schwäbischen Grafeneck ermordet.²

Eine "Abmeldung" ist auch aus Großsachsenheim bekannt.³

Ein Schreiben ergab: Grafeneck gehörte damals zur Gemeinde Dapfen, jetzt Gomadingen.⁴ Es wurde seinerzeit ein Sonderstandesamt Grafeneck errichtet. Nach Beendigung der "Aktion" wurden die damaligen standesamtlichen Unterlagen in Berlin vernichtet.⁵

In Ludwigsburg wurde wohl in der gleichen Weise vorgegangen. Aus einem Schreiben: "Beim Staatlichen Gesundheitsamt Ludwigsburg finden sich keine Unterlagen über die genannte Vernichtungsaktion oder über Frau Ottenheimer. Auch die Nachforschung beim Staatsarchiv Ludwigsburg, das unsere Akten in Verwahrung nimmt, verlief ohne Ergebnis."⁶

Hadamar/Hessen, Sonnenstein bei Pirna/Sachsen, Brandenburg an der Havel, Bernburg/Saale, Hartheim bei Linz und Grafeneck bei Zwiefalten, das "bis zum Einbruch des Nazismus eine vorbildliche Anstalt zur Pflege Geisteskranker und zur Therapie heilbarer Nerven- und Geisteskrankheiten"⁷ war, dienten als Vernichtungsstätten. Etwa 80 000 Menschen wurden bei der "Aktion T 4" umgebracht.⁸ Darauf folgte die Phase der "wilden Euthanasie". KZ-Häftlinge (etwa 10 000), sowjetische und polnische Zwangsarbeiter, Juden und Zigeuner wurden dabei ermordet.

Im Rahmen der sogenannten Aktion 14 f 13 (das war ein Aktenzeichen des Inspektors der Konzentrationslager beim Reichsführer SS, d. h.

Der Polizeiamtsvorstand
— Einwohnermeldebeamter —

Fam.-Reg. Band 10 Blatt 86
Ludwigsburg, den 14. Juli 1939

Stadtamt II
14. Juli 1939
Ludwigsburg

An das
Standesamt
hier

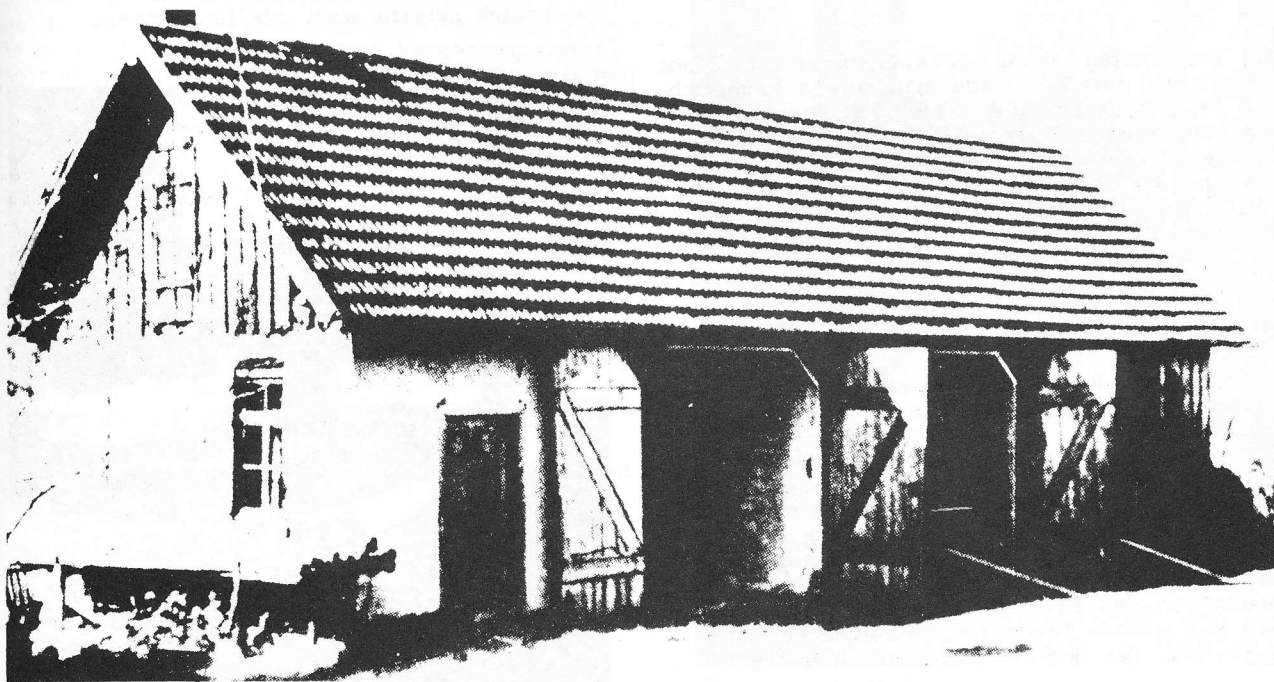
① Ottenheimer
Florina Karol geb. Bloch
Kriegsgefangener
hat sich am 20. 6. 1939 von hier nach
Zwiefalten Zwiefalten
abgemeldet.

Im Auftrag: [Signature]
Polizei-Büroassistent

Am 193 übergeben nach

Der Standesbeamte:

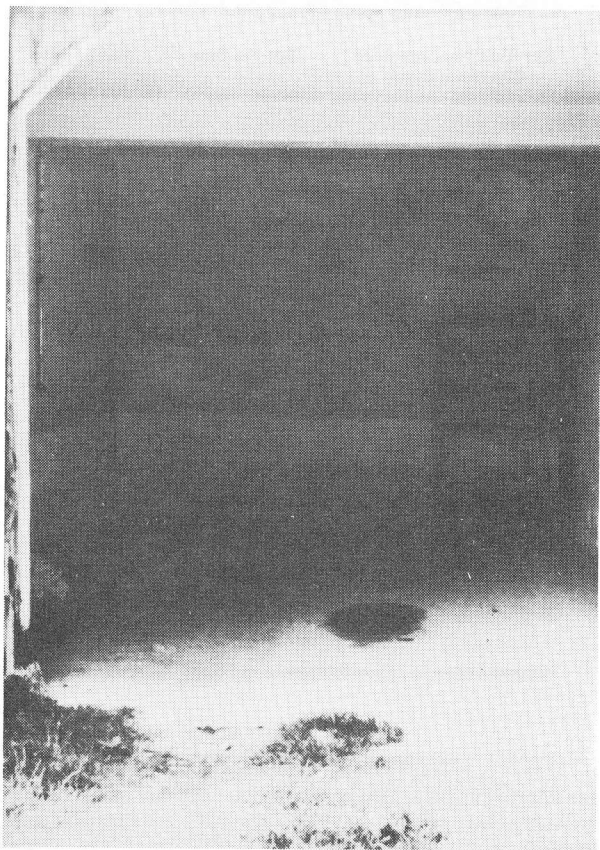
der Amtsgruppe D im SS Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt in Berlin und Oranienburg) setzten auch die Anstalten Hartheim und Bernburg ihre Tätigkeit fort.⁹ Bis zu 275 000 Menschen brachten die Nazis in den sogenannten Heil- und Pflegeanstalten um.



In diesem Schuppen wurden geistig Behinderte vergast

In dieser Holzbaracke in Grafeneck wurden rund 10 000 vorwiegend geistig behinderte Menschen im Jahr 1940 von den Nazis vergast. Der Schuppen war als „Duschraum“ getarnt. Neben der Baracke standen zwei fahrbare Öfen zur Verbrennung der Getöteten. Die „Euthanasie-

anstalt“ wurde offiziell „Landespflegeanstalt Grafeneck“ genannt. Unser Bild stammt aus dem Buch von P. Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der national-sozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945. Stuttgart 1945, Abb. 25



GRAFENECK. Gaskammer.

Die "Vorarbeiten" dazu begannen bereits 1933 mit dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" (14. 7. 1933). Die "Ämter für Rassenpolitik" leisteten dabei die ideologischen Vorbereitungen für diese Verbrechen. Auch bei der Kreisleitung Ludwigsburg der Naziartei bestand eine solche Stelle, die nach vorliegenden Unterlagen zumindest zeitweilig unter der Leitung eines Arztes aus einer Kreisgemeinde stand.

Was Hitler in "Mein Kampf" bereits 1925 geschrieben hatte, wurde blutige Wirklichkeit.

In Grafeneck, dem Samariterstift, ging im Oktober 1939 folgende Verfügung ein:

"Aufgrund von § 3a in Verbindung mit § 2a Buchstaben a des Reichsleitungsgesetzes vom 1. September 1939 (Reichsblatt I S. 1645) nehme ich das Krüppelheim Grafeneck - vorläufig ohne Gutshof - für Zwecke des Reiches in Anspruch. Das Heim ist spätestens am 14. Oktober 1939 abends von den Insassen und den Pflegepersonen - vorläufig ohne landwirtschaftliches Personal - zu räumen. Der Schlüssel ist mir zu übergeben..

gez. Alber (Landrat)"¹⁰

Eine Geheimermächtigung Hitlers

Durch einen Geheimerlaß Hitlers zur "Euthanasie", der auf den 1. September 1939 (Kriegsbeginn) zurückdatiert wurde, schufen sich die Nazis die "rechtliche" Handhabe für die Massenmorde.

Nach der Beschlagnahme am 14. Oktober 1939 wurden die rund 100 Behinderten von Grafeneck nach Reute bei Waldsee geschafft.

Die neuen Herren zogen in das ehemalige Schloß auf der Alb ein, das einst Herzog Karl Eugen für Franziska von Hohenheim erbauen ließ.¹¹

Am 1. Februar 1940 wurden die ersten Morde durchgeführt.¹² Ein grauer Omnibus der berüchtigten "Gemeinnützigen Transport AG" brachte die ersten 13 Opfer, die sofort vergast wurden.¹³

In dem hermetisch mit einem Bretterzaun umgebenen Gelände diente eine Garage, die als Duschraum getarnt war, als Gaskammer.



FRIEDHOF GRAFENECK. (Aufgenommen 1962)
Eines der beiden Urnengräber.

Aus ganz Württemberg, Baden und Bayern wurden Insassen von Heil- und Pflegeanstalten nach Grafeneck verschleppt. Unter ihnen auch Kriegsbeschädigte aus dem Weltkrieg 1914/18 und Heimbewohner von Anstalten, die, wenn auch chronisch leidend, dort als Handwerker und in der Landwirtschaft tätig waren.

Über die Vorgänge in Grafeneck gab Dr. Kraus, der Leiter der Heilanstalt Weisenau, von welcher Kranke nach Grafeneck gebracht wurden, nach 1945 folgendes gerichtlich zu Protokoll:

"Vor der Anstalt, in der ich mich zur Zeit befinde, führen immer wieder große graue und rote Omnibusse vor, d. h. man fuhr sie schließlich in den Garten, um sie von der Straße wegzubekommen. Die ganze Ortschaft horchte immer auf, Hunderte von Kranken warteten in notdürftigen Unterkünften, auf blankem Stroh, auf ihre letzte Fahrt. Eine Anzahl von ihnen starb meist schon während der Wochen des Wartens.

Von einem Augenzeugen (Arzt) wurde mir der Hergang der eigentlichen Exekution folgendermaßen geschildert:

Dann wurden die zur Vernichtung bestimmten Kranken sofort in den Raum verbracht, der mit einem Röhrensystem versehen und hermetisch abzuschließen war. Durch Gucklöcher in der Tür habe man aber die Vorgänge beobachten können. In diesen Raum brachte man ca. 75 Mann. Nach dreiviertel Stunden konnte der Raum bereits wieder geöffnet und die Leichen herausgeschafft werden. Der Tod war unterdessen durch Kohlenoxydvergiftung eingetreten. Die völlig nackten Leichen wurden dann auf Rosten verbrannt, und zwar schmorte man immer eine möglichst fette Leiche mit zwei mageren. Die Asche wurde in einer Urne den Angehörigen unter Angabe irgendeiner Todesursache zugesandt. Anfangs hatte man offenbar (ehe man zur Vergasung durch besondere Vorrichtungen übergang) alle möglichen Methoden auf toxikologischem Gebiet versucht, Injektionen usw."¹⁴

In Grafeneck wurden im Jahre 1940 10 654 Menschen ermordet.¹⁵

Zwei "Mitarbeiter" dieser "Aktion": Dr. Artur Schreck, bekannt als "Schreck der Heilanstalten", löste die Anstalt Rastatt auf. 577 Kranke wurden im Herbst 1939 nach Zwiefalten "verlegt". Die meisten kamen danach nach Grafeneck und sind dort umgekommen.¹⁶

Dr. Horst Schumann, der erste Leiter der Tötungsanstalt Grafeneck, "arbeitete" nach deren Schließung in Sonnenstein (Sachsen)¹⁷ und in den Konzentrationslagern Buchenwald und Auschwitz.

Ihm wurde in den 60er Jahren vorgeworfen "mindestens 15 314 Menschen - mitunter eigenhändig - ermordet (meist vergast) zu haben."¹⁸

Ende des 1971 begonnenen Prozesses ist der Angeklagte verhandlungsunfähig. Nach über zehn Jahren ist er vor kurzem in Frankfurt gestorben.

In Württemberg richtete Landesbischof Wurm am 19. Juli 1940 einen Protestbrief an Reichsinnenminister Frick,¹⁹ Graf von Galen, Bischof von

Münster, Kardinal Faulhaber, München, und andere kirchliche Würdenträger erhoben ihre Stimme.

Die Karlshöhe in Ludwigsburg verweigerte 1940 in einem Schreiben, das von Direktor Mössner unterzeichnet ist, die Mitwirkung an der "Euthanasieaktion".²⁰

In Heggbach bei Biberach versuchten die Schwestern der Franziskanerinnen-Kongregation Behinderte vor der Vergasung zu retten, was nur zum Teil gelang.²¹

"Als die Aktion anließ, versuchten viele Ärzte der Heilanstalten durch einen passiven Widerstand zu retten, was noch zu retten war. Die Kranken wurden massenhaft nach Hause entlassen, die Ärzte verwässerten und verfälschten zugunsten ihrer bisherigen Pfleglinge die Diagnosen. Schließlich half aber alles nichts."²²

Die Vergangenheit holt uns immer wieder ein.

1983 wurde die Stadtverwaltung von Konstanz im Zusammenhang mit dem Umbau der Leichenhalle auf 192 Urnen aufmerksam, die sich seit den Jahren 1940/41 dort befanden.



Grafeneck 1982

"In den Jahren 1940/41 sind", heißt es in einem Schreiben, "der Friedhofsverwaltung Konstanz Urnen mit den sterblichen Überresten von Euthanasieopfern zugegangen. Diese Urnen wurden seinerzeit in einem besonderen Raum des Hauptfriedhofes gelagert und sollen, nach Anlage eines neuen Urnenfeldes, würdig bestattet werden. Sofern noch Angehörige ausfindig gemacht werden können, werden diese befragt, ob eine Überführung auf einen Heimatfriedhof gewünscht wird. (...) Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß aus Ludwigsburg kein Opfer in dieser Liste enthalten ist."²³

Die Ermordeten, es handelt sich um Pfleglinge der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Reichenau,

Der Württ. Innenminister.
Nr. H 4015.

Stuttgart, den 23. September 1940

An
den Männerheim Salen
in Ludwigsburg.

Betreff: Erhebungen über Schwachsinnige,
Epileptische und Geisteskranke.
Beil.

Ich habe auf Veranlassung des Reichsministers des Innern meinen Berichterstatter Obermedizinalrat Dr. Mauthe und den Landesjugendarzt Medizinalrat Dr. Eyrich beauftragt, die Ausfüllung der Meldebogen in der dortigen Anstalt zu überwachen bzw. selbst vorzunehmen.

Ich ersuche die "Anstalten, zur Vorbereitung dieser Arbeit umgehend spätestens bis 5. Oktober 1940 unmittelbar an Obermedizinalrat Dr. Mauthe eine Liste der dort untergebrachten Schwachsinnigen, Epileptischen und Geisteskranken in zweifacher Fertigung vorzulegen; eine dritte Fertigung ist dort zu behalten. Die Liste hat Namen, Vornamen, Geburtstag und Krankheit zu enthalten; für Bemerkungen ist noch Raum offen zu lassen. In dieser Liste sind sämtliche Schwachsinnige, also auch die leichten Fälle (Hilfsschüler) sowie die aufgelaufenen Geisteskrankheiten (Endzustand) aufzunehmen. Die Meldebogen sind in ihrem ersten Teil bis einschließlich der Frage "Zwillinge" und "Geisteskranke Blutsverwandte" auszufüllen, jedoch nur für die Schwachsinnigen, epileptischen und geisteskranken Insaßen der Anstalt. Vollzug hierüber ist bei der Vorlage der Liste an Dr. Mauthe zu berichten; ein etwaiger Bedarf an weiteren Meldebogen ist bei diesem anzumelden.

Die Ankunft der genannten Beamten wird Ihnen noch unmittelbar mitgeteilt werden.

-/-

Soweit Ihnen ein Erlaß des Reichsministers des Innern und die zugehörigen Vordrucke noch nicht zugegangen sind, liegen 30 Meldebogen 1 bei; Merkblätter über die Ausfüllung und Meldebogen 2 werden Ihnen später noch zugehen.



Im Auftrag
(gez.) Dr. Stähle.
Beglaubigt
Ministerialsekretär.



Gedenktafel für die Opfer in Grafeneck

Diese schlichte Gedenktafel auf einer Grabplatte in Grafeneck bei Münsingen soll an die Euthanasieverbrechen der Nazis erinnern.
Bild: Abmayr

stammen aus dem ganzen Bodenseegebiet, aus Oberschwaben, dem Allgäu und Österreich. Sie wurden vermutlich in verschiedenen Anstalten, darunter auch Grafeneck, umgebracht.

Eine Gedenkplatte auf dem Friedhof von Grafeneck, wo nur noch 250 Urnen²⁴ an die Massenvernichtung von mehr als 10 000 Menschen erinnern, trägt neben einem Psalm die Aufschrift: "Zum Gedenken an die Opfer der Unmenschlichkeit - Grafeneck 1940".²⁵ Die Platte war erst nach langem Hin und Her im Jahr 1982 angebracht worden.



Aus der Antwort der Karlshöhe Ludwigsburg

Direktor Mössner schrieb am 5. Oktober 1940:

"Die Aufforderung zur Einreichung einer Liste der Schwachsinnigen, Epileptischen und Geisteskranken in unserem Männerheim Salon macht uns schwere Bedenken. Wir wissen von anderen Anstalten her so viel, daß auf die Liste hin Verlegungen in eine andere Anstalt stattfinden und daß auf diese Verlegungen hin bald die Todesnachrichten zu kommen pflegen. Wir dürfen nicht die Namen der Herren, die freiwillig zu uns gekommen sind, um bei uns Fürsorge und Pflege zu finden, auf eine solche Liste setzen, die ihr Leben gefährden kann. Das Verhältnis zwischen uns und unseren Herren steht auf Treu und Glauben, und wir würden uns der Untreue schuldig machen, wenn wir bei einem solchen Vorgehen mitwirken würden. Zutiefst fühlen wir uns in unserem Gewissen an Gott gebunden, der allein Herr über Leben und Tod ist. (...) mit Rücksicht auf unsere gewissensmäßige Bindung bitten wir, uns die Ausfüllung der Liste zu erlassen. (...) Wir sehen uns bei allem schuldigen Gehorsam und aller schuldigen Ehrerbietung, die wir unseren staatlichen Behörden willig darbringen, und die wir bisher immer bewiesen haben, in diesem Fall gezwungen, der geplanten Maßnahme unsere Mitwirkung aus Gewissensgründen zu versagen."

Alle Rechte bei Jürgen Wittenstein

Quellen- und Literaturhinweise

1. die tat Nr. 35 (vom 12. 8. 1981) S. 16
2. Ludwigsburger Geschichtsblätter Heft 30/1978
3. Sendung "Point" vom 5. 1. 1982
4. Schreiben des Bürgermeisteramts Zwiefalten - Standesamt - vom 27. 4. 1981
5. Nach einer Anfrage beim Samariterstift Grafeneck vom 12. 5. 1984
6. Brief des Staatlichen Gesundheitsamtes Ludwigsburg vom 4. 7. 1983
7. Schätzle, Julius: Stationen zur Hölle. Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933 - 1945; Frankfurt 1974 S. 70 f
8. wie 1.
9. die tat Nr. 32 (vom 12. 8. 1983) S. 8
10. wie 7.
11. Ludwigsburger Kreiszeitung vom 20. 11. 1979
12. wie 7.
13. wie 11.
14. wie 7.
15. wie 7.
16. wie 7.
17. wie 5.
18. die tat Nr. 50 (vom 10. 12. 1982) S. 13
19. E. Röhm, J. Thierfelder: Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz; Stuttgart 1983
20. Ludwigsburger Kreiszeitung vom 20. 9. 1983
21. Ludwigsburger Kreiszeitung vom 9. 2. 1983
22. wie 7.
23. Schreiben der Stadtverwaltung Konstanz - Der Oberbürgermeister - vom 28. 6. 1983
24. wie 11.
25. wie 18.



Hans (links) und Sophie Scholl mit Christoph Probst im Juli 1942.

Die Blätter der Weißen Rose riefen zum Widerstand auf

Der Krieg geht seinem sicheren Ende entgegen

Forchtenberg, Ludwigsburg, Ulm und München waren Stationen auf dem kurzen Lebensweg von Hans (geboren 1918) und Sophie (geboren 1921) Scholl.

Ganz in der Nähe der Kreissparkasse Ludwigsburg wohnte die Familie Scholl ab 1930 im Haus Schillerplatz 7.

Der Vater, Robert Scholl, war überzeugter Pazifist. Zuerst Bürgermeister in Ingersheim an der Jagst, war Robert Scholl in den folgenden Jahren nach einer Übergangszeit als Wirtschafts- und Steuerberater tätig.

Die Geschwister: Inge, geboren im Jahr 1917, Elisabeth, geboren 1920 und Werner, geboren 1922.¹

Durch die humane Erziehung im Elternhaus kamen sie in Gegensatz zur Hitler-Diktatur. Am Anfang waren sie von der "neuen Zeit" begeistert.

Hans Scholl, der kurz vor Kriegsausbruch (1939) mit dem Studium der Medizin in München begann, fand an der dortigen Universität Freunde, die wie er das Regime ablehnten. Dazu gehörten Wilhelm Graf, geboren 1918, Christoph Probst, geboren 1919, Alexander Schmorell, geboren 1917, seine Schwester Sophie (Scholl), geboren 1921 und den Universitätsprofessor Kurt Huber geboren 1893.²

Zusammen bildeten sie einen Widerstandskreis, der später nach dem Namen ihrer Flugblätter "Die Weiße Rose" genannt wurde. Sie riefen "zu einer klaren Entscheidung gegen Hitler und sein Regime" (...) "und damit - wie es in einem Flugblatt heißt - eine Erneuerung des schwer ver-

wundeten deutschen Geistes anzustreben."³ Ihre Flugblätter tauchten nicht nur in München, sondern auch in Stuttgart, Frankfurt/Main, Wien, Freiburg und Hamburg auf.⁴ Einige gelangten ins Ausland und wurden in den deutschsprachigen Sendungen der BBC verlesen. Britische Aufklärungsflugzeuge warfen sie in großer Zahl über Deutschland ab.⁵

"Der Krieg geht seinem sicheren Ende entgegen", heißt es in einem Flugblatt. "Hitler kann den Krieg nicht gewinnen, nur noch verlängern! (...) Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den Ihr um Euer Herz gelegt! Entscheidet Euch, eh' es zu spät ist!"⁶

"Während der Semesterferien 1942 wurden die Medizinstudenten zum Fronteinsatz in die Sowjetunion abkommandiert. Während dieser Monate wurde Vater Scholl von einem Sondergericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und inhaftiert. Von der Front nach München zurückgekehrt, waren Hans (Scholl) und seine Freunde noch mehr zum Widerstand entschlossen.

Doch die Weiße Rose produzierte und verbreitete nicht nur Flugblätter. Eines nachts malte sie in der Münchener Ludwigstraße an die 70 mal die Losung 'Nieder mit Hitler' und über den Eingang der Universität schrieb sie 'Freiheit'.⁷ Am 18. Februar 1943 wurden Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst bei einer Aktion entdeckt und vor den Volksgerichtshof gestellt.

Ein Teilnehmer der "Verhandlung" erinnert sich an "die tobende, bis zum Stimmüberschlag brüllende, immer wieder explosiv aufspringende Figur des Präsidenten des Volksgerichtshofs, Roland Freisler. Die Scholls nahmen", wie sich der damalige Prozeßbeobachter erinnert, "alles auf sich, versuchten besonders Christoph Probst, dessen Frau mit ihrem dritten Kindchen im Wochenbett lag, zu entlasten. Was sie sagten (...) war ruhig, sie waren gefaßt und klar. Dabei wußten sie, welche Strafe sie erwartete."⁸ Der Blutrichter Freisler war zu diesem Prozeß extra von Berlin nach München geflogen.

Am 22. Februar 1943 wurden Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde einige Stunden später vollstreckt.

Zu ihrer Mutter, die die beiden Kinder noch im Vollstreckungsgefängnis München-Stadelheim besuchen durfte, sagte Sophie Scholl: "Wir haben alles, alles auf uns genommen. Das wird Wellen schlagen."

Ihre Schwester habe, so Inge Aicher-Scholl in dem Buch "Die weiße Rose", frei, furchtlos, gelassen, mit einem unaufhörlichen Lächeln im Gesicht Abschied von der Familie genommen.

Alexander Schmorell wurde "wenige Tage nach der Verhaftung der Geschwister Scholl der Gestapo denunziert und ebenfalls zum Tode verurteilt." Er mußte am 13. Juli 1943 sterben.⁹ Professor Huber wurde ebenfalls zum Tode verurteilt. "Er starb am 13. Juli 1943 unter dem Fallbeil."¹⁰

Wilhelm Graf, aufgewachsen in einem katholischen Elternhaus, Mitglied des "Grauen Ordens" (1936), der im Gegensatz zur Nazidiktatur stand, wurde ebenfalls zum Tode verurteilt.¹¹ Er wurde

solange am Leben gelassen, wie die Gestapo hoffte, Namen von Mitwissern aus ihm herauspressen zu können.

Staatsanwaltschaft
Volksgerichtshof
Staatsumschiff
Nummer: 10 J 783/43
Kostenrechnung
Strafsache gegen: Opa M i e t h e wegen:
Verkräftzersetzung.

Gegenstand des Kostenantrags und Hinweis auf die angewandte Rechtschrift	Wert des Gegenstandes RM	Es sind zu zahlen RM	4
A. Gebühr gemäß §§ 49, 52 d. GKG. für Todesurteile:		300. —	
B. bare Auslagen: Postgebühren gemäß § 722 d. GKG. Zeugen- und Sachverständigengebühren gemäß § 724 d. GKG.		— 36	
Gebühr gemäß § 72 d. GKG. für den als Pflichtverteidiger bestellt gewesenen Rechtsanwalt Jarius in Berlin		252. —	
Haftkosten gemäß § 722 d. GKG. (10.-21.9.43 = 11 Tage zu 1,50) Kosten der Strafvervollstreckung		81. 88	
		16. 50	
		132. 18	
	Zusammen:	782. 92	

Kostenrechnung des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshof über eine Hinrichtung. Die Angehörigen mußten für die Ermordung jeweils 300 Reichsmark bezahlen, dazu Nebenkosten. Außerdem wurde ihnen stets verboten, eine Todesanzeige in die Zeitungen einsetzen zu lassen. Niemand sollte etwas vom Terrorregime der Regierung erfahren.

Seine Schwester, Anneliese Knoop-Graf, damals ebenfalls verhaftet, hatte Gelegenheit, im Zentralen Parteiarchiv der SED in Ostberlin die Prozeßakten einzusehen.¹² "Unter anderem hatte sie das vom damaligen Präsidenten des Volksgerichtshofs Roland Freisler eigenhändig geschriebene Todesurteil in der Hand. Der Vollstreckungsbescheid in einem Telegramm vom 12. Oktober 1943 heißt lapidar: 'Angelegenheit heute ohne Zwischenfälle erledigt.' Die Angehörigen erhielten keine amtliche Benachrichtigung. Es kam lediglich ein Brief durch die Post zurück, auf dessen Umschlag neben Willis Namen das Datum seines Todestages stand."¹³

Robert Scholl, dessen Familie im sog. "Dritten Reich" viel durchgemacht hatte, war nach dem 2. Weltkrieg Oberbürgermeister von Ulm. Er starb 1973 im Alter von 83 Jahren.¹⁴

In Stuttgart trägt seit 1983 das Gymnasium Sillenbuch den Namen der Geschwister Scholl. Die beiden Schwestern der Widerstandskämpfer, Inge Aicher-Scholl aus Leutkirch und Elisabeth Hartnagel-Scholl aus Stuttgart, nahmen an der Feierstunde zur Namensgebung (15. Dezember 1983) teil.¹⁵

Quellen- und Literaturhinweise

1. Ludwigsburger Kreiszeitung vom 2. 2. 1983
2. Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933-1945 S. 202
3. wie 2. S. 203 f
4. wie 2. S. 202
5. wie 2. S. 207
6. wie 2. S. 204
7. die tat vom 18. 2. 1983
8. Ludwigsburger Kreiszeitung vom 22. 2. 1983
9. wie 2. S. 203
10. wie 2. S. 207
11. wie 2. S. 206
12. DVZ/tat vom 25. 11. 1983
13. wie 12.
14. Ludwigsburger Kreiszeitung vom 22. 2. 1983
15. Amtsblatt der Stadt Stuttgart vom 22. 12. 1983 S. 5

Weitere Literatur:

Kurt Huber zum Gedächtnis, herausgegeben von Clara Huber (vergriffen)

Die Weiße Rose, Inge Scholl Fischer-Verlag.

Gewalt und Gewissen

Willi Graf und die "Weiße Rose", hrsg. v. Klaus Vielhaber, Herder Verlag.

Deutschland zuliebe, von Richard Hanser, DTV Taschenbuchverlag

Der lautlose Aufstand, von Günther Weißenborn, Röderberg-Verlag

Candidates of humanity, herausgegeben von Ursel Hochmuth, VVN Hamburg

Das kurze Leben der Sophie Scholl, von Hermann Vinke
Maier-Verlag Ravensburg

Kriegsende — Neubeginn?

Die Wochen vor dem "Endsieg", der bedingungslosen Kapitulation der Hitler-Wehrmacht am 8. Mai 1945

April 1945: In den damaligen Kreisen Ludwigsburg und Vaihingen/Enz wird noch gekämpft, sitzen politische Häftlinge im Konzentrationslager Vaihingen und im Zuchthaus Ludwigsburg. Tausende von Zwangsarbeitern aus Ost und West warten auf ihre Befreiung.

Die Kriegslage verschlechtert sich für die Machthaber immer mehr.

Im Osten: Am 13. April 1945 wird Wien befreit. In Ostpreußen kapitulieren die letzten Verbände der Wehrmacht am 25. April 1945.

"Im Westen gingen die alliierten Truppen (...) zur Offensive über. Bis Mitte März hatten sie den Rhein in seiner ganzen Länge erreicht und bei Remagen und Oppenheim Brückenköpfe über den Rhein gebildet."¹

Bereits am 2. April 1945 marschierten die Franzosen in Bruchsal und am 8. April 1945 in Vaihingen/Enz ein. Einen Tag zuvor, am 7. April 1945 wurde das Konzentrationslager Vaihingen von der 1. französischen Armee befreit.²

Rückblick

Der Krieg kehrte wieder zu seinen Ausgangspunkten zurück. Rückblick 1939: Unter dem Stichwort "Trommelwirbel" am 26. August 1939 beginnt in den Mobilmachungsorten zwischen Ludwigsburg, Heilbronn und Pforzheim die Aufstellung einer ganzen Division für den Angriffskrieg. Bereits am 22. August 1939 werden aus Ludwigsburg die aktiven Truppen in Richtung Westwall abgezogen.

Sie kehrten damals (1940) als "Sieger" zurück und der Chronist schrieb: "Es wurde gefeiert (4. Oktober 1940, d. Verf.), als ob die Deutschen den Krieg bereits gewonnen hätten. (...) Als Beitrag zur Zeche erhielt jeder Soldat aus der Stadtkasse 3.- Reichsmark."³

Fünf Jahre später: Kreisleiter Mauer verkündet in einem Tagesbefehl an den Volkssturm Ludwigsburg am 4. April: "Der Kreis Ludwigsburg ist Frontgebiet geworden. Die letzten Vorbereitungen zur Verteidigung der Städte, Dörfer und Straßen werden getroffen. (...) Wir wollen als Volk leben und für des Volkes Freiheit und Ehre bis zum Letzten kämpfen."⁴

Ludwigsburger Zeitung

Bezugspreis monatlich RM. 1,85; Halbjahrs-
ab. —,95 frei Haus einschl. Trägerlohn. Einzelpreis
der Zeitung 10 Pfg. Bestellungen werden jederzeit auch
von allen Postanstalten angenommen. Der Bezug
geht weiter, wenn bis 25. des jeweiligen Monats
Abmeldung nicht eingelaufen ist. Postfachkonto Stutt-
gart 5742. Geschäftsstelle: Ludwigsburg, Körnerstr. 10.

Gegründet im Jahre 1818



Fernruf Nr. 3343 u. 3344

Parteiamtliche Kreis-Zeitung

Amtsblatt aller staatlichen und städtischen Behörden

Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt
Textanzeigen (72 Millimeter breit) 80 Pfg.
Lohnstoff A. Ermäßigte Grundpreise (ohne Ab-
gaben) 5 Pfg., parteiamtliche An-
zeigen ufw. 4 Pfg. Kleine Privatanzeigen
für fernmündl. Aufträge abnehm. mit
aut. Beil. überb. Beil. überb. Beil. überb.

Nummer 205

Samstag, den 2. September

Die Welt soll es wissen:

Wir werden niemals kapitulieren

Die historische Rede des Führers vor dem Reichstag - Das ganze deutsche Volk kennt seine Pflicht

Polnische Grenze an allen Stellen überschritten

Flotte zerstört zahlreiche polnische Lufthäfen - Kriegsmarine sichert die Ostsee

Mittelpunkt des Weltinteresses

Siegesentschlossen

Berliner Schrittleitung
2. September

"In Groß-Sachsenheim wurde beim Näherkommen der Front der Flugplatz am 5. April gesprengt."⁵ Am 8. April 1945 marschieren die Franzosen in Groß-Sachsenheim ein und am 9. April 1945 wird die Altstadt von Bietigheim besetzt. Die Enz wird zur zeitweiligen "Reichsgrenze von Großdeutschland".

"Am 14. April 1945 demonstrierten etwa 100 Frauen vor dem Rathaus (in Ludwigsburg, der Verf.) und verlangten den Oberbürgermeister zu sprechen. Es war durchgesickert, daß sich die Männer an der Spitze der Verwaltung, der Partei, der Wehrmacht, des Sanitätswesens usw. nicht einig waren. Deshalb wollten die Frauen der Forderung, Ludwigsburg nicht zu verteidigen, Nachdruck verleihen. Die Demonstration wurde ohne besondere Anstrengungen der Polizei aufgelöst, nachdem sich die Frauen überzeugt hatten, daß Dr. Karl Frank während der Demonstration nicht im Rathaus war."⁶

In der Nacht vom 20. zum 21. April 1945 verläßt der Nazikreisleiter mit seinem Stab Ludwigsburg.

Die Oststadt von Bietigheim und "Orte des Ludwigsburger Kreises zwischen Enz, Glens und Neckar haben die Franzosen (...) in wenigen Tagen, 20. und 21. April, besetzen können."^{6a}

Marbach wird am 22. April 1945 von amerikanischen Panzern besetzt, die von Neckarweihingen her kamen.

Akten werden verbrannt

Allerorts werden im April 1945 Akten verbrannt und setzen sich NS-Größen ab.

"In dieser Zeit (anfangs April 1945, d. Verf.) verbrannten einzelne Dienststellen, hauptsächlich der Partei, eventuell belastendes Aktenmaterial."⁷

"Die prominenten Pg's (Mitglieder der Nazi-partei, d. Verf.) beginnen, mit Proviant üppig versorgt, sich in Sicherheit zu bringen."⁸

"Wie aus den Requirierungsakten (der Stadt Bietigheim, d. Verf.) vom 3.5.45 über städtische Fahrzeuge hervorgeht, wurden drei städtische Fahrzeuge eingesetzt, um "Flüchtlinge" nach Biberach zu verbringen: der PKW III C 10245 (Mercedes), vom Bürgermeister, dem Stadtpfleger und einem Arzt besetzt, wurde mit Lebensmitteln aller Art beladen und fuhr als Rotkreuzauto getarnt ins Oberland. Für den Personen- und Materialtransport wurden der Omnibus III D 8256 (Daimler-Benz) und der LKW III D 8007 (Daimler-Benz) eingesetzt. So verließ der Bürgermeister Bietigheim, die Stadt ihrem weiteren Schicksal überlassend."⁹

Aus dem Zuchthaus Ludwigsburg, in dem sich viele politischen Gefangenen befinden, dürfen Arbeitstrupps nicht mehr ausrücken. "Die Gefangenen müssen in den Schlafsälen und Zellen verbleiben. Von den Fenstern des Schlafsaales aus konnten wir sehen, wie ganze Bündel Akten über den Hof in das Kesselhaus geschleppt werden. Dort werden die Akten verbrannt. Ein Beamter steht daneben und paßt auf, daß kein Gefangener Aktenstücke verschwinden läßt. Der im abgeschlossenen Hof des 'Alten Zellenbaus' aufgestellte Galgen wird abgebrochen und das Beil mit dem Schneidbrenner in Stücke geschnitten.

München, Freitag, 19. Februar 1943

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Verlag: Fr. Eher Nachf., G. m. b. H., München 22, Thierschstraße 11—17, Sammelruf 2 21 31, nach H 12 21 34, Drahtschalter: Eher Verlag — Postlecher München 112 46, Fax 773 63, Preßburg 58 60, Bern 31 72 05, Budapest 135 32, Belgrad 602 37, Bukarest 249 08, Brüssel 350 292, den Haag 21 846, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München, Filiale Kaufingerstraße, Bayerische Kreditbank, Gieselerstraße München, Brienner Straße 49, Bank der Deutschen Arbeit AG, München, Deutsche Bank, Filiale München, Depositenkasse Maximilianstraße, Reichsbankgroschenkonti, Kreditanstalt der Deutschen, Prag, Kommerzialbank Krakau, Slovenská Banka, Bratislava.

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung
Großdeutschlands

Schreibf. München 13, Schellingstr. 30, Sammelr. 2 00 01 - Briefanschrift: München 2 BS, Schellingstr. 294 - Drahtanschrift: Beobachter München - Berliner Schreibung: Berlin SW 68, Zimmerstraße 40
 1. Tag 11 00 22 - Wiener Schreibung: Wien VII, Seidenasse 3-11, Ruf. 8 35 05 40 - Erreichungsweis:
 wöchentlich 7 mal - Bezugspreis in München durch Träger RM. 2 00 einschl. Zustellg., in Orten mit
 Adressl. RM. - einschl. Zustellg., durch die Post RM. 2 80 einschl. 83 Pf. Postgebühr, auswärtig
 42 Pf. Zustellgebühr - Anzeigen in München 22, Thiersbach 11-17, Ruf. 2 21 31, Anzeigenblatt 16 Uhr
 1 Tag vor Erscheinen - Gewünschte Einzelnummern und nur gegen vorher. Einlösung - 30 Pf. Lieferb.

7 Bfg.
.; Nach-
Nachlabl:
Inselgen.
5 Bfg.
tne Ber-
Nachlab.

1939

Nun, Volk, steh auf und Sturm brich los!

Volksentscheid für den totalen Krieg

Dem Führer geschworen

1a-Bericht unserer Berliner Schriftleitung

Zehn Fragen an die deutsche Nation

Am andern Tag wurde im Hof des Zuchthaus-
ses zwischen dem Schlafzellenbau und dem Drit-
ten Bau hastig ein Transport Gefangener zusam-
mengestellt. Hauptsächlich stark nazistisch ver-
seuchte Beamte - die sogenannten Parteibuchbe-
amten, die sich oft zu skandalösen Übergriffen
gegenüber den Gefangenen hinreißen ließen -
stellten sich als Transportführer zur Verfügung.
Der Zug setzte sich in Richtung Südwürttemberg-
Bayern in Bewegung." ¹⁰

Auch vom Konzentrationslager Vaihingen aus, wo ca. 1 600 Gefangene ermordet worden waren, werden Häftlinge zusammengetrieben. Ein Transport geht ins KZ Dachau.¹¹

Großdeutschland wird immer kleiner. In der Zeit vom 6. bis 22. April scheidet der Kreis Ludwigsburg Stück um Stück aus dem "Reichsgebiet" aus.

Tausende erleben ihre Befreiung: KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte. Sie alle waren, als der Kreis Ludwigsburg noch unter dem "Schutz" der Wehrmacht stand, die ein Teil des NS-Staates war, oft unter den menschenunwürdigsten Bedingungen in Lagern eingesperrt.

Mai 1945

Mai 1945: Nach der Befreiung regt sich in den Städten und Gemeinden wieder das demokratische Leben. "Bereits in den ersten Tagen nach dem Einmarsch waren in zahlreichen Gemeinden Arbeitsausschüsse, Aktionsausschüsse, antifaschistische Ausschüsse oder wie sie sich sonst nannten, entstanden."¹² Die Gewerkschaften formierten sich wieder. Politische Gefangene kehrten aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurück, Antifaschisten aus der Emigration.

Unter denen, die in solchen Ausschüssen mitarbeiten, befinden sich auch Hitlergegner, die zwar im 3. Reich nicht eingesperrt waren, die aber aus ihrer Gesinnung nie einen Hehl machten. So Wilhelm Keil in Ludwigsburg, 1921/23 Mitglied der Württembergischen Regierung, bis 1932 Mitglied des Deutschen Reichstags und bis 1933 Abgeordneter des Württembergischen Landtags.¹²

Keil berichtet später: "Im Benehmen mit einigen alten Parteifreunden (SPD, d. Verf.) ergriff ich (...) am 30. April die Initiative zur Bildung eines Kontrollausschusses, der nach seiner Konstituierung den Namen Antinationalsozialistisches Komitee, abgekürzt Antinazikomitee, erhielt. Dies Komitee bestand aus 15 Mitgliedern, darunter 5 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten, 2 Zentrumsanhängern, dazu noch einige Demokraten und parteilose Geschäftsleute. Als programmatisches Ziel des Komitees bezeichnete ich die Befreiung des öffentlichen Lebens von nazistischen Einflüssen und die Kontrolle der Verwaltung nach demokratischen Gesichtspunkten."¹³

"Seine Mitglieder waren hauptsächlich 1933 entlassene Stadträte. (...) Die vom Komitee gebildeten Ausschüsse (Wohnungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturausschuß) berieten die Stadtverwaltung in bestimmten Fragen.¹⁴

In der Geschichte des SPD-Ortsvereins Kornwestheim ist über die Zeit nach der Befreiung vermerkt: "Den Anfang machte in Kornwestheim ein engerer Aktionsausschuß, der die Geschäfte auf dem Rathaus übernahm. Vorsitzender: Friedrich Warthmann. Mitglieder: Otto Grosse, Friedrich Herr, Arthur Konzmann, Eugen Sprecher, Karl Sprenger, Wilhelm Weis.

Ein erweiterter Aktionsausschuß konstituierte sich am 15. Juni 1945, um als vorläufiger Gemeinderat zu fungieren." Ihm gehören an: 7 Sozialdemokraten, 1 Kommunist, 1 Vertreter des Zentrums, 4 Demokraten, 3 Vertreter der Bauern und 2 Parteiloze.¹⁵

In Bietigheim "konstituierte sich am 27. Mai 1945 im Rathausaal ein 'Antifaschistischer Ausschuß'. Er bestand aus 21 Mitgliedern der alten liberalen, sozialdemokratischen und kommunistischen Kräfte Bietigheims. Laut Gründungsprotokoll ist diesem Ausschuß die Aufgabe zugewiesen: 'die genaue Beachtung der Anordnungen der alliierten Militärregierung zu überwachen, die Arbeit der Stadtverwaltung zu unterstützen und mit allen Kräften dazu beitragen, all das, was durch die bekannten Nazi-Gewalttätigkeiten dem Verderben und Zerfall zugeführt wurde, wozu in unserer Stadt besonders viele Beispiele gegeben sind, wieder aufzurichten und gut zu machen.'

Kapitulation!

Das OKW unterzeichnet die bedingungslose Übergabe

Truman, Churchill, Stalin und de Gaulle verkünden Freudenbotschaft vom Triumph über das besiegte Deutschland
Nach der vorläufigen Übergabe in General Eisenhowers Hauptquartier wird die endgültige Kapitulation der gesamten Wehrmacht in Europa in Berlin von den Alliierten und Deutschen unterzeichnet

Das Dritte-Reich brach gestern zusammen, und der von Hitler entfachte Krieg endete mit der vernichtenden Niederlage der Wehrmacht durch die Hammerschläge der Alliierten.

Sämtliche deutschen Streitkräfte ergaben sich bedingungslos Montag morgen um 2.41 Uhr den Alliierten.

Der Krieg endete offiziell heute morgen um eine Minute nach Mitternacht.

Die Kapitulation aller deutschen Armeen erfolgte vor Vertretern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs in dem in der französischen Stadt Reims gelegenen roten Schulhaus, wo General Dwight D. Eisenhower der oberste alliierte Befehlshaber, sein Hauptquartier aufgeschlagen hat.

General Bedell Smith, der der Generalstabschef des obersten alliierten Befehlshabers ist, unterzeichnete für Großbritannien und die Vereinigten Staaten, General Susloparow zeichnete für die Sowjet-Union und General François Sevez für Frankreich.

Die endgültige Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulationsdokumente findet in Berlin zwischen den Alliierten und Deutschen statt.

Der neue deutsche Stabschef der Wehrmacht, General Alfred Guderian, unterschreibt in Reims die Kapitulation für Deutschland.

Bereits die Nachrichten unterzeichnet wurden, meldete General Eisenhower wiederholt die Presse an die deutschen Unterhändler: „Verstehen Sie auch die Tragweite und den Ernst dieser Erklärung!“

Die Deutschen antworteten: „Ja, wir verstehen die Bedingungen vollkommen.“

Präsident Harry S. Truman, Premierminister Winston Churchill und General Charles de Gaulle gehen mit Truman-

entschaft heute nachmittag um 3 Uhr mittellokalzeitlichen Zeit in London zusammen.

Die erste Nachricht von der deutschen Kapitulation kam um 1.48 Uhr gestern nachmittag, als das deutsche Kommando in Hamburg bekannt gab, daß alle deutschen Streitkräfte sich bedingungslos ergeben hätten. Der deutsche Außenminister Otto Grottel erklärte vom Reichstag aus, daß die Übergabe von Deutschland an die Alliierten in Kraft stehend anerkannt wurde.

Das britische Informationsministerium meldete gestern schon bekannt, daß Dienstag in England Morgen-Tag sein wird.

In London, New York, Moskau und Paris brach gestern ein allgemeines Freudenfest aus, als die Nachricht vom deutschen Zusammenbruch im Radio und in der Presse bekannt wurde.

König George VI. sandte gesternabend ein Telegramm an General Eisenhower, worin er ihm den Dank der britischen Völker für „den vollständigen und vernichtenden Sieg über Deutschland“ ausdrückte.

Premierminister Churchill besuchte gestern Nachmittag in seiner Funktion, als der alliierte Befehlshaber, General Eisenhower in Reims am Montag früh.

Er gab dann bekannt, daß die endgültige Unterzeichnung des Kapitulationsdokuments in Berlin erfolgt. Der amerikanische Kommandant für die deutsche Kapitulation, General Smith, unterschreibt für die Alliierten.

General Churchill kündigte an, daß der Krieg offiziell eine Minute nach Mitternacht heute morgen ausgetreten sei.

Er sagte hinzu, daß England einen Beitrag für das britische Reich und zu den anderen für die „alliierten Alliierten“ leisten werde.

Präsident Truman sprach aus ähnlichen Worten vor dem Rundfunk in Washington. Er drückte die Freude des amerikanischen Volkes über den Triumph der Alliierten über Deutschland aus, wünschte aber, daß der Krieg gegen Japan bis zur vollständigen Vernichtung des Feindes weitergeführt werden muß. Er prognostizierte einen Tag des Jubels für die alliierten Streitkräfte.

Die Wegbereiter des großen alliierten Sieges

Marschall Joseph Stalin



Winston Churchill



Franklin D. Roosevelt



Präsident Harry S. Truman



General Charles de Gaulle



Der deutsche Stabschef der Wehrmacht, General Alfred Guderian, unterschreibt in Reims die Kapitulation für Deutschland.

In der schweizerischen Stadt Bern, wo sich die britische Besatzungsbehörde befindet, ist das Land mit einer großen Menge an Kriegsgüter.

Der britische Informationsminister, Lord Halifax, hat heute in der britischen Unterhaus eine Rede gehalten, in der er den Sieg über Deutschland als einen großen Sieg bezeichnet.

Nach dem Sieg über Deutschland hat die amerikanische Regierung eine Erklärung abgegeben, in der sie den Sieg über Deutschland als einen großen Sieg bezeichnet.

Der französische Präsident, Charles de Gaulle, hat heute in der französischen Nationalversammlung eine Rede gehalten, in der er den Sieg über Deutschland als einen großen Sieg bezeichnet.

1. Vorsitzender wurde Willi Krieg, 1. Beisitzer war Erwin Widmaier und 2. Beisitzer Josef Kern (Kern gehörte der KPD an. Er war nach 1945 einige Zeit Bürgermeister in seiner Heimatstadt. Im 3. Reich war er in den Konzentrationslagern Heuberg, Kuhberg, Welzheim, Dachau und Mauthausen eingesperrt worden. Der Verfasser)

Der Ausschuß bildete mit seinen Mitgliedern einzelne Ressorts für Ernährungswissenschaft, Bauwesen, Arbeitseinsatz, Wohnungswesen, Ausländerlager, Landwirtschaft, Gartenbau. In Fragen der Religion wurde als Vertreter der Kirchengemeinde Stadtpfarrer Ziegler beratend und stimmberechtigt hinzugezogen. Mitglieder dieses Antifaschismusausschusses bildeten den Grundstock für die im Juli eingesetzte Bürgerversammlung.¹⁶

In Asperg findet am 26. Juli 1945 eine Besprechung statt, in der die 10 Mitglieder des Aktionsausschusses benannt werden. Vorsitzender wird Ernst Voß.¹⁷

Wilhelm Keil (Ludwigsburg) bereiste etwa 30 Ortschaften im Kreis, um "die Einsetzung von Arbeitsausschüssen, soweit solche nicht aus der Initiative der Einwohner schon entstanden waren,"¹⁸ ins Leben zu rufen.

Auch die Gewerkschaftsarbeit begann 1945 neu. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft wird verwirklicht. In den Betrieben im Kreis Ludwigsburg finden die ersten Versammlungen statt.

So am 20. Juni 1945 bei Streicher in Asperg. Die wiedergewonnenen demokratischen Rechte werden gewürdigt. Eine grundsätzliche Diskussion über den Neuaufbau der Wirtschaft wird nicht geführt. Der (alten) Betriebsleitung wird dort das Feld überlassen.¹⁹

Überall ist die Kontrolle (so auch bei der Genehmigung von Gewerkschaftsversammlungen) der amerikanischen Militärbehörden spürbar.

Ein Protokoll der Sitzung des Gewerkschaftskartells der Stadt Asperg vom 7. September 1945, das einen Einblick in die damalige Gewerkschaftsarbeit vermittelt, besagt: Kollege Voß erklärte eingangs, daß zu dieser ersten Kartellsitzung in Asperg die Obleute der Betriebe, ehemalige Funktionäre der Gewerkschaften und zwei ehemalige politische Gefangene, welche regen Anteil an der Arbeit nehmen, geladen wurden.

Sodann gab er einen Bericht der letzten Tagung der Gewerkschaften in Ludwigsburg. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die durch das Fehlen der zentralen Leitungen im gegenwärtigen Moment noch bestehen. Die Ortsverwaltung Asperg gehört zu Stuttgart. Später Zusammenschluß der Ortsverwaltungen im ganzen amerikanischen Gebiet und als Endziel einheitliche Gewerkschaften in ganz Deutschland. Der amerikanische Berater in Ludwigsburg empfiehlt nicht den Zusammenschluß mit Stuttgart, aber die Mehrheit hat sich selbstverständlich für den Zusammenschluß erklärt.²⁰

In einer Versammlung bei der Firma Streicher (20. August 1945) ergriff Albert Seyerle, später Vorsitzender des Ortsausschusses des Gewerkschaftsbundes in Ludwigsburg, das Wort. Ausführungen seiner Rede hat ein Gewerkschaftsmitglied in Stichpunkten festgehalten.

So: "Eintritt in die Gewerkschaften ist frei und ohne Zwang. Jeder soll sich organisieren, muß es aber nicht. - Wiedereinführung des Arbeitsrechts aufgrund der Weimarer Verfassung. Durch die Deutsche Arbeitsfront wurde ja das Arbeitsrecht aufgehoben. - Ferner betonte der Redner, daß bei allen Einstellungen und Entlassungen des Betriebs der Betriebsrat mitspricht. - Lohn, Gehalt und Urlaub bleiben gleich. 20% Lohnabbau nicht tragbar. - Sportausschuß für Sportgewerkschaft soll gegründet und dann dem Zentralsportverband gemeldet werden. - Vorläufer der politischen Parteien sind schon jetzt wieder da! - Ein KZ-Insasse aus Danzig sprach über seine Behandlung und Erlebnisse im KZ."²¹



LUDWIGSBURG
TREFFPUNKT DER ARBEITSLOSEN
Ein Treffpunkt der Arbeitslosen war die Städtische Volksküche (Marktplatz 13)

Gegen die "Bewegung von unten" setzten bereits in den ersten Monaten nach der Befreiung die Bestrebungen ein, die alten Kräfte, wenn auch noch verdeckt, in führende Stellungen zu bringen. Es begann der Weg, bei dem zuerst "die alliierten Truppen aus dem Untergrund oder den Lagern auftauchende Antifaschisten und bürgerliche Nichtnazis mit der Verwaltung der Gemeinden beauftragten - bis dann freilich nach kurzer Zeit die Kommunisten hinausgedrängt und sukzessive die 'sachverständigen' Unternehmer und alten Verwaltungsbeamten wieder eingesetzt wurden."²²

"Der erste Kreistag (...) wurde am 28. April 1946 gewählt. (...) Die Sitze waren (...) so verteilt: SPD 17, CDU 6, KPD 3, DVP14, Freie Wählervereinigung 2 Sitze."²³

In Ludwigsburg brachten die am gleichen Tag durchgeführten Gemeinderatswahlen folgendes Ergebnis: SPD 9, CDU 8, DVP 6, Freie parteilose Wählervereinigung 5 und KPD 2 Sitze.²⁴

Quellen- und Literaturhinweise

1. Deutschland 1939-1945, S. 428
2. Nationalsozialistische Konzentrationslager im Dienst der totalen Kriegsführung, S. 219 f
3. Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten, S. 417 f
4. Zusammenbruch - Besetzung - Neubeginn, S. 42
5. Der Einmarsch der Amerikaner und Franzosen im nördlichen Württemberg im April 1945, S. 213
6. Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten, S. 427
- 6a. wie 5. S. 216
7. Wie 4. S. 35
8. Erlebnisse eines Sozialdemokraten II. Band, S. 604
9. Blätter zur Stadtgeschichte, Heft 2, S. 68
10. Aus meinem Leben, S. 79
11. Wie 2. S. 217 f
12. wie 8. S. 671
- 12a. "An diesem Tage (4. Juli 1933, der Verf.) erschienen vier Polizeibeamte bei mir, um mein Haus vom Dach bis zum Keller nach sozialdemokratischen Schriften zu durchsuchen."
13. Wie 8. S. 672
14. Wie 4. S. 80
15. SPD Ortsverein Kornwestheim (1898 - 1946), S. 38
16. Wie 9. S. 99 f
17. Privatarhiv (Ausfertigung aus der Niederschrift, Teil 47 S. 204)
18. Wie 8. S. 675
19. Privatarhiv (Bericht über die Sitzung vom 20. 6. 1945)
20. Privatarhiv (Protokoll der Sitzung des Gewerkschaftskartells der Stadt Asperg vom 7. 9. 1945)
21. Privatarhiv (Zweite Betriebsversammlung bei der Firma Streicher)
22. Deutsche Volkszeitung/die tat Nr. 32/84 S. 12
23. Wie 3. S. 475
24. Wie 3. S. 453

Der gewerkschaftliche Wiederaufbau

Im April 1945 befreien die französisch-amerikanischen Alliierten-Truppen Baden-Württemberg von der 12jährigen faschistischen Herrschaft. Damit war das Ende des "Dritten Reiches" gekommen.

Die Arbeiterbewegung hatte lange Zeit der Verfolgung und Entbehrung, aber auch des Widerstandes und des Kampfes gegen den Faschismus hinter sich gebracht. Die schlimmen Erfahrungen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern hatte die Kollegen gelehrt, daß nur eine starke Gewerkschaft den Frieden und ein demokratisches Deutschland sichern konnte.

Hans Böckler, der erste Vorsitzende des DGB formulierte die geschichtlichen Erfahrungen aus dem Faschismus so:

"Ein zweites 1933 darf und wird es nicht mehr geben. Darin sind sich die gewerkschaftlich organisierten Männer und Frauen und Jugendlichen einig."

Einigkeit bestand darin, die alten Richtungsgewerkschaften nicht mehr aufzubauen. Vielmehr sollte ein neues Gewerkschaftsprinzip geschaffen werden, das gleich welcher Weltanschauung, religiöser oder parteipolitischer Bekenntnisse alle Arbeitnehmer, ob Arbeiter, Angestellte oder Beamte, in einer einzigen Gewerkschaft organisieren sollte. Der Wille zur Einheitsgewerkschaft war geboren.

Die neue Gewerkschaftsorganisation sollte so aussehen, daß ein Gewerkschaftsbund nach Branchen nach dem Prinzip "ein Betrieb - eine Gewerkschaft", aufgebaut wird.

Damit sollte erreicht werden, daß branchenübergreifende Tarifverträge erkämpft werden können.

Diese Stärkung der Arbeitnehmer und ihrer Organisation lag nicht im Interesse der Alliierten. Sie verhinderten diese Form der Gewerkschaften. Bis zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollten noch vier Jahre vergehen.

Die Alliierten verzögerten auch die Bildung von über-regionalen Verbänden. Dagegen konnten sich Arbeiterverbände ungehindert formieren.

Erst 1949 konnten sich in München die 16 Einzelgewerkschaften unter dem "Dach" des DGB zusammenschließen.

In der Absage an Standesorganisationen und weltanschaulich orientierte Gewerkschaften liegt die Stärke der Einheitsgewerkschaft. Sie hat sich bis heute bewährt.

Wiederentstehen von Betriebsvertretungen

Die ersten Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretung nach 1945 waren die zum Teil aus der Widerstandsbewegung hervorgegangenen Betriebsausschüsse. Die auf betrieblicher Ebene arbeitenden Ausschüsse hatten die Aufgabe, die Lohnabhängigen an der Arbeitsstelle zu vertreten. In der Übergangszeit arbeiteten sie in der örtlichen Verwaltung, in der Lebensmittelversorgung und bei der Behebung sozialer und wirtschaftlicher Notstände mit. Diese Betriebsausschüsse setzten sich auf örtlicher Ebene als Arbeitsausschüsse fort. Mitglieder dieser Ausschüsse waren meistens Personen, die als nicht belastet angesehen wurden, eine antifaschistische Vergangenheit hatten und deshalb dazu geeignet schienen, mit Unterstützung und Anerkennung durch die Bevölkerung den Wiederaufbau einzuleiten.

Gleichzeitig sollte eine neue Gesellschaft geschaffen werden. Der Sozialismus war Gegenwartsaufgabe. So hatte es Hans Böckler formuliert. Dieser Wille schlug sich auch in allen bis 1949 herausgegebenen Parteiprogrammen nieder.

Aalener Programm der CDU 1947:

"Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen."

Solidarität und Einheit

Die Arbeitsausschüsse waren parteipolitisch unabhängige Arbeitsgemeinschaften, d.h. sowohl Kommunisten und Sozialdemokraten als auch Christen arbeiteten in ihnen zusammen. Bedingt durch die Not und die gemeinsame Erfahrung des faschistischen Terrors gab es durchaus Aktions-einheit zwischen Christen, Sozialisten und Kommunisten. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Träger der betrieblichen und gewerkschaftlichen Reorganisation im wesentlichen alte Kräfte der Arbeiterbewegung waren, die die Nazi-herrschaft überlebt hatten.

In den Gewerkschaften waren die wichtigen Funktionen z.T. doppelt besetzt. Diese Aktions-einheit zerbrach an dem politischen Willen der Alliierten, an den Spannungen zwischen den Siegermächten und an den neu aufbrechenden Gegensätzen über die Inhalte und Formen gewerkschaftlicher Arbeit.

Das Selbstverständnis der Arbeitsausschüsse charakterisiert ein Ausschnitt aus der Erklärung des Stuttgarter Arbeitsausschusses vom August 1945:

"Die Arbeitsausschüsse sind das lebende Reservoir des berufstätigen, fortschrittlichen und zur Demokratie strebenden Volkes selbst. Sie sind der tätige Ausdruck der Mittlung zwischen Behörden und Volk, der Selbsthilfe des Volkes in der Richtung auf die Wiedereingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker".

Der Neuaufbau der Arbeitnehmervertretungen und die praktische Arbeit der Interessenvertretungen war mit großen Schwierigkeiten verbunden

Noch über ein Jahr nach Ende des Krieges behielten sich die Alliierten vor, über die Tätigkeit der Betriebsräte zu wachen. Aktivitäten mußten genehmigt werden. So zum Beispiel die Durchführung einer Betriebsversammlung.

(gekürzt aus: 1955 - 1980
25 Jahre IG Metall, Verwaltungsstelle Ludwigsburg, S. 43 f.)



NECKAR-POST

Die Redaktion und die Geschäftsstelle der SPD-Zeitung NECKAR-POST (Untertitel: "Tageszeitung des werktätigen Volkes der Oberämter Ludwigsburg und Marbach") befanden sich bis zum Verbot im Jahre 1933 in der Lindenstr. 23.

Ein Ludwigsburger erinnert sich

Viele Jahre danach sitze ich ihm am Wohnzimmer-tisch gegenüber. "Ihm", das ist Wilhelm Eppinger, Jahrgang 1902, geboren in Kirchberg/Murr, Ludwigsburger, lange Jahre Arbeiter bei Bosch in Feuerbach.

Die Jahre rollen vorüber:¹

1924 Eintritt in den Metallarbeiterverband und die KPD. Erinnerungen werden wach. Die Bemühungen, es nicht "soweit kommen zu lassen", daß die Nazis zur "staatstragenden Partei" werden.

Es fällt der Name Otto Weidenbach,² Stadtrat und Kreistagsabgeordneter, der bis 1933 in Ludwigsburg eine bekannte Persönlichkeit war und Deutschland verlassen mußte. Weitere Namen fallen: Karl Weipert³ und Willy Pflugbeil,⁴ die ebenfalls Mitglieder der KPD-Rathausfraktion waren.

an der Beibehaltung zweite Auflage. **Sudetendeutsche**
Tages-Zeitung

ersch. täglich, ausgenommen an Tagen nach Sonn- u. Feiertagen — Geschäftsstelle:
Hrsg. L. Gensbittler & Co. — Fernruf 80.014 — Schriftleitung:
Eilchen, Fernruf 100. — Unverlangte Beiträge werden nicht zurückgeleitet.
Anzeigen sind nur an die Schriftleitung und nicht an Privatpersonen zu richten.

Bezugspreise: Vierteljährlich 45 K., monatlich 16 K., bei Vorauszahlung 2 K. monatlich mehr, vom Beginn zu bezahlen. — Einzelpreis 80 H., Sonntags 1.20 K. — Tagespreis: Die 35 mm breite Millimeterzeile — 75 K., die 35 mm breite Zeile 3 K. — Bei Wiederholungen Nachh. — Verwaltung: Teilschen a. d. G. Marktplatz, Fernruf 2.

Illustrierte Sonntagsbeilage: „Gilder der Woche.“

Folge 116.

Donnerstag, 18. Wonnemonat (Mai) 1933.

11. Jahrgang.

Hitler spricht zur Welt!

Friedensverträge, die den Keim des Unfriedens in sich bergen. — Volksfront gegen Abrüstungsbetrug.

Deutschland will Frieden und Gleichberechtigung.

Berlin, 17. Mai. In Berlin tagt der Reichstag. Die ganze Welt hat ihre gespannteste Aufmerksamkeit an diesen Abend-Redezeitung nach Berlin gerichtet auf die große politische Rede des Reichskanzlers, wohl die bedeutendste, die je gehalten hat, denn es geht um die außenpolitische Gleichwertigkeit Deutschlands, um die Gleichberechtigung, um den Frieden der Welt.

Das Reichskabinett war vollständig erschienen. Neben den Herren sah man Staatssekretär Reichner und in der ersten Reihe den Kronprinzen.
Im 15. Uhr eröffnete das Reich zum Beginn der Sitzung. Reichskanzler Hitler in der SA-Uniform, gefolgt vom Reichsminister Dr. Frick, schritt, während sämtliche Abgeordnete und die Tribünenbesucher sich von den Plätzen erhoben, zu einem Platz auf der Regierungsbank.

Reichspräsident Hindenburg eröffnete die Reichstags-Sitzung mit folgenden Erklärungen:

zu Lösungen, die den Keim neuer Konflikte schon in ihrer Unlogik und Unbilligkeit tragen.

Folgende waren die wichtigsten Aussagen:

Unfrieden stifteten, prisen in ihrer deutschsprachigen Tageszeitung den „Friedenswillen“ Hitlers.

Ausgerechnet die Hitler-Anhänger im Sudetenland, die in der Tschechoslowakei

den „Friedenswillen“ Hitlers.

Die Zeit vor 1933 wird wieder wach

Da war der "Arbeiter Turn- und Sportbund" mit seinem Vorsitzenden Karl Weipert,³ der "Radfahrerbund Solidarität", der "Gesangsverein Vorwärts", der "Volkschor", die "Internationale Arbeiterhilfe" und der Arbeiter-Samariter-Bund.

Die Uneinigkeit der Arbeiterparteien kommt zur Sprache, die Wilhelm Eppinger mit Bitternis erfüllt.

Dann die Nazis an der Macht. Alles wird verboten oder gleichgeschaltet. Auch die Arbeiterpresse.

Viele Mitglieder von SPD und KPD wurden in der Nacht vom 5. zum 6. März 1933 in Ludwigsburg verhaftet.

Unter denen, die im Militärarrest in der Hindenburgstraße und danach in der Lazarettstraße eingesperrt waren, befanden sich die SPD-Mitglieder Emil Schuler⁴ (Redakteur der "Neckarpost") und Alfred Tischendorf⁵ (Geschäftsführer dieser SPD-Zeitung).

Eines Tages mußten die Gefangenen antreten. Ludwigsburger SA-Bewacher, der Stahlhelm und die Landespolizei überwachten den Abtransport in das Konzentrationslager Heuberg.

Über Kornwestheim führte die Fahrt in Richtung Lager. Unterwegs, auf der Alb, läßt der SA-Führer Motsch⁶ (Ludwigsburg) anhalten.

Straßenarbeiter, die wußten wohin die Fahrt der Gefangenen ging, hatten den Omnibus mit "Rotfront" begrüßt. Sie wurden einfach verhaftet und mit auf den Heuberg verschleppt.

Vier Monate Heuberg

Der Truppenübungsplatz, der zum Konzentrationslager umfunktioniert wurde, ist mit Stacheldraht umgeben.

Nach der Ankunft im Lager geschah zunächst "nichts". Wilhelm Eppinger kommt in den "Normalbau". Für prominente politische Häftlinge richteten die Nazis den "Strafbau" ein.

Nach einiger Zeit wird Wilhelm Eppinger zum Arbeitsdienst eingeteilt. Schmale Kost.

Der Mithäftling Adolf Bausch, bis 1933 KPD-Gemeinderat in Neckarweihingen und als Werkmeister tätig, mußte besondere Strafarbeit verrichten: Steinetragen. Von einem Haufen zum anderen und wieder zurück. In eine Hundehütte, so Wilhelm Eppinger, mußten politische Gefangene den Kopf stecken. Dann schlugen die SA-Schergen zu.

Vier Monate Heuberg hat Wilhelm Eppinger ertragen müssen. Danach arbeitslos, nahm er die politische Arbeit unter "strengster Verschwiegenheit" wieder auf.

Quellen- und Literaturhinweise

1. Aus den Tonbandaufzeichnungen vom 17. Juni 1981: Von Ludwigsburg bis Buchenwald. Gespräch mit Wilhelm Eppinger, Ehrenvorsitzender der Kreisvereinigung der VVN-Bund der Antifaschisten.
2. Streiflichter 1 S. 24
3. Streiflichter 1 S. 24
4. Streiflichter 1 S. 19
5. Streiflichter 1 S. 19
6. Streiflichter 1 S. 14 u. 16
7. Streiflichter 1 S. 16 u. 29

Die Jahre nach 1933

Wir hatten eine Pause eingelegt. Wilhelm Eppinger erzählt weiter: Vom Heuberg zurück (21. Juli 1933), wurde versucht, alte Verbindungen wieder anzuknüpfen. In Dreier- und Fünfergruppen,¹ die unabhängig voneinander arbeiteten, sowohl in Ludwigsburg als auch im Kreisgebiet, wurden die Mitglieder kassiert, Spenden gesammelt und illegale Zeitungen verteilt, die von Stuttgart kamen.² Frauen von Eingesperrten wurden unterstützt.

Neue Verhaftungen erfolgten.

"Wurde einer erwischt (1934)," so Wilhelm Eppinger, "kam er auf den Kuhberg".³

Fast nach jeder Aktion, die Verteilung von Flugblättern erfolgte oft in Hausbriefkästen, gab es Festnahmen. Auch an den einzelnen Aktionen unbeteiligte Mitglieder und Sympathisanten wurden zur Polizei vorgeladen und zum Teil von dieser festgenommen.

Bei Vorladungen wußte man eben "von nichts" und sagte einfach, daß es "Auswärtige" gewesen sein mußten.

Doch zwei Gruppen flogen im Kreisgebiet auf. Unter den Verhafteten, die später umgekommen sind, befanden sich Franz Martin⁴ und Reinhold Bechtle.⁵

Weitere Namen fallen, unter ihnen Mitstreiter, die im KZ zu Tode geschunden wurden, lange Zeit im Zuchthaus eingesperrt waren, oder aus Deutschland fliehen mußten. So Ludwig Herr,⁶ (Stadtrat in Kornwestheim), Paul Münz und Anna Pape,⁷ die vor 1933 manche Kinderferienaktion leitete.



Der Hitlerfaschismus war kein Betriebsunfall. Er hatte mächtige Führer. Unser Archivfoto zeigt Hitler mit den Industriellen Thyssen und Borchers.

Der 10. November 1938 ist Wilhelm Eppinger noch in "guter" Erinnerung. An diesem Tag hatte er, der in der Zwischenzeit wieder Arbeit gefunden hatte, Frühschicht bei der Firma Bosch in Feuerbach.

"Oben im Ölwerk kamen mir die Kollegen entgegen und sagten, in Stuttgart-Bad Cannstatt brennt die Synagoge."

Eine Bekannte rief in Ludwigsburg an, doch dort war alles ruhig.

"Nachmittags um halb 3 Uhr hatte ich Feierabend. Ich fuhr (...) nach Ludwigsburg zurück." Die Synagoge stand noch in hellen Flammen.⁸ Der seit 1933 systematisch geschürte Judentum haß führte dazu, daß, wie Wilhelm Eppinger sich ausdrückte, die Bevölkerung tatenlos zusah. ...Kinder hätten mit Kultgegenständen der Synagoge Fußball gespielt.

Quellen- und Literaturhinweise

1. Streiflichter 1, S. 23
2. ebd.
3. ebd. S. 27
("Karl Kunde: Ein Spitzel hört mit")
4. ebd. S. 25 ("Kein Wort verraten")
5. ebd. S. 23
6. ebd. S. 21
7. ebd. S. 23
8. ebd. S. 6 f.

In Stuttgart In Haft

Damals (1938) wurde Wilhelm Eppinger wieder verhaftet.¹ Die Gestapo brachte ihn nach Stuttgart.

Im Gefängnis in der Büchsenstraße, kurz: Büchsen-Schmiere² (einem ehemaligen Kloster)³ wurde er festgehalten. Im Polizeipräsidium in der Dorotheenstraße wurde er vernommen. "Tätig" war dort der Kriminalbeamte Gottfried Mauch.⁴

Dabei wurden Wilhelm Eppinger Abrechnungsunterlagen der KPD Ludwigsburg vorgelegt und Schriftproben abgenommen. Mit einem Blick in eine Kassiererabrechnung konnte er feststellen, daß die Unterlagen nicht von ihm stammten. "Aber sie suchten eben, um den Betreffenden zu finden. Der Kriminalbeamte Mauch, ein aggressiver Bursche, sagte zu mir: 'Wir werden dich schon kriegen.' Aus seiner Schreibtischschublade zog er dabei eine Pistole."⁵ Als alles nichts nützte, wurde Wilhelm Eppinger in eine Zelle im Keller des Polizeipräsidiiums gesperrt.

Auch ein Polizeispitzel, der auf ihn ange-setzt wurde und Namen von Ludwigsburger Antifaschisten nannte, erfuhr nichts. (Er nahm sich in einer Nebenzelle das Leben.)

Am nächsten Tag erfolgte ein weiteres Verhör. Man warf Eppinger vor, "Gelder der KPD im Besitz zu haben". Doch alle Vernehmungen blieben ohne den von der Gestapo gewünschten Erfolg.

So wurde Wilhelm Eppinger nach 12 Tagen Haft entlassen und konnte wieder seine Arbeit bei der Firma Bosch aufnehmen.

Dabei hatte der Kriminalbeamte Mauch, als er den Antifaschisten bei der Polizei in Ludwigsburg⁶ abholte, gesagt: "Seht euch den Lumpen an, der hat uns lange genug angelogen, den seht ihr jetzt zum letzten Mal."⁷

**Wir schwören
deshalb vor aller Welt
auf diesem Appell-
platz, an dieser Stätte
des faschistischen
Grauens:
Wir stellen den Kampf
erst ein, wenn auch
der letzte Schuldige
vor den Richtern
der Völker steht!
Die Vernichtung des
Nazismus mit
seinen Wurzeln ist
unsere Losung.
Der Aufbau einer
neuen Welt des
Friedens und der
Freiheit ist unser Ziel.
Das sind wir
unseren gemordeten
Kameraden, ihren
Angehörigen schuldig.**

Aus dem Schwur von Buchenwald.
19. April 1945

Quellen- und Literaturhinweise

1. Nach Tonbandaufnahmen vom 13. 2. 1982
2. Ausstellungsreihe "Stuttgart im Dritten Reich" - Die Machtergreifung - Von der republikanischen zur braunen Stadt S. 400
3. Julius Schätzle: Stationen zur Hölle S. 25
4. Streiflichter 1 S. 33
5. Aus den Tonbandaufzeichnungen vom 13. 2. 1982
6. Streiflichter 1 S. 14-15 (Bildseite)
7. wie 5.

Vom Asperg nach Buchenwald

Unter den Verhafteten, die bei Ausbruch des 2. Weltkrieges festgenommen wurden, befand sich wieder Wilhelm Eppinger.

"In der Nacht zum 1. September 1939 hatte ich Nachtschicht bei der Firma Bosch", berichtet er. "So gegen 7 Uhr fuhr ich heim, da haben die Glocken geläutet. Zu Hause erwarteten mich zwei Kriminalbeamte. Sie brachten mich in das Blockhaus (Frauenarrest in der Schorndorfer Straße).¹ Drei Tage war ich dort eingesperrt. Zusammen mit Alfred Müller² und August Spielmann³ kam ich auf den Hohenasperg. Dort wartete SS in Zivil auf uns. Die Oberaufsicht hatte ein Polizeiwachtmeister. Von Münsingen, Karlsruhe, von vielen Orten wurden politische Gefangene auf den Asperg gebracht. Es waren über 100 Mann.

Am 26. September, so gegen morgens 4 Uhr, ging der Transport mit einem Polizeilastwagen zum Bahnhof Asperg. In einem Eilgüterzug wurden wir in Richtung Weimar verfrachtet. Das waren noch Wagen, wo die Türen seitlich ange-

bracht waren. Einzelne Coupes - zwischen den Gefangenen - waren mit Kriminalbeamten besetzt, so daß keine Flucht möglich war. Um Mitternacht kamen wir in Weimar an."

Wilhelm Eppinger erzählt weiter: Von der Abgabe der Zivilkleider, der Einweisung in einen Block, dem Wecken um 4 Uhr, dem Appell um 6 Uhr in der Frühe und dem "Glattscheren der Haare".

Zum "Kommando Steinbruch" eingeteilt, das keinen guten Ruf hatte, gelang es ihm, sich in das "Schachtkommando 4" einzuschmuggeln, das aber, wie er rückblickend feststellte, nicht besser war. Bis zum Frühjahr 1940 mußte er dort ausharren. Es war eine sehr schwere Zeit.

Durch Vermittlung des Mitgefangenen Otto Hornischer (nach dem 2. Weltkrieg Stadtrat in Ulm) kam Wilhelm Eppinger zum Kommando Elektrizität, wo die Arbeit leichter war. Danach wurde er zum Kommando Krankenbau "versetzt". Beinahe wäre ihm dies (wegen Rivalitäten zwischen den verschiedenen SS-Größen) zum Verhängnis geworden. Revierkapo war, wie Wilhelm Eppinger feststellte, Walter Krämer, der im November 1941 zusammen mit seinem nächsten Mitarbeiter Peix von der SS erschossen wurde.⁴

Glück im Unglück hat Wilhelm Eppinger trotzdem gehabt. Wenn man ihn so erzählen hört, kann man es kaum glauben.

Rivalitäten zwischen den einzelnen SS-Größen wurden geschickt ausgenutzt, um überleben zu können. Anderen Gefangenen wurde geholfen. Und das alles, ohne seine politische Überzeugung aufzugeben und vor der SS zu Kreuze zu kriechen. Wilhelm Eppinger erzählt von den Untaten des SS-Obersturmführers Dr. Eisele, der, "wenn er einem Häftling begegnet ist (auf der Lagerstrasse), der nur noch aus Haut und Knochen bestand, er dessen Nummer aufschrieb und ihm befahl: 'Du mußt dich morgen im Häftlingskrankenbau, im Revier, melden.' Hatte er eine Anzahl beisammen, dann hat er sie abgespritzt."⁵

Wilhelm Eppinger erzählt weiter von dem Eintreffen der sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Buchenwald, der Genickschußanlage (Kommando 99) im Pferdestall, wo viele Kriegsgefangene (aber auch Zivilisten) umgebracht wurden. (Sämtliche SS-Angehörige des Kommando 99 haben das Kriegsverdienstkreuz erhalten.)⁶

Über die illegale Arbeit der KPD berichtet er: "Die einzelnen Landsmannschaften hatten ihre eigenen Vertrauensleute. So zum Beispiel die Badener, die Bayern und wir Württemberger. Walter Vielhauer (Heilbronn) war lange Zeit für uns Württemberger zuständig.

Wir versuchten Gefangene, die aufgefallen waren, vor Strafe zu schützen, bekamen von Walter Vielhauer Nachrichten über die Außenwelt und besprachen die allgemeine politische Lage."

Ein besonders tragisches Ereignis spielte sich am 24. August 1944 ab, wo bei einem Luftangriff unbeabsichtigt, neben Zielen im SS-Bereich, auch die Internierungsbaracken für Prominente getroffen wurden. Dazu Wilhelm Eppinger:

"Die Insassen (der Prominentenbaracken) befanden sich in sogenannten Splittergräben. Der Reichstagsabgeordnete Rudolf Breitscheid (SPD) kam bei diesem Angriff um. Seine Ehefrau und die Prinzessin Malfalda, Tochter des italienischen Königs Viktor Emanuel III., wurde mit Toten und Verwundeten zusammen auf einen Pritschenwagen geladen und in unser Revier gebracht. Dort stellte ich fest, daß Frau Breitscheid nicht verletzt war. Prinzessin Malfalda hatte dagegen schwere Verletzungen erlitten. Wir wußten anfangs nicht, wo man sie hinbringen sollte. Ich habe mich natürlich bemüht und zuletzt hat man dann festgestellt, wir haben ja auch einen Sonderbau. Dort gab es noch Platz. Wir brachten die beiden Frauen dort unter. Prinzessin Malfalda wurde ein Notverband angelegt. Mit einem Lagerkameraden, der Arzt war, verständigten wir uns wegen einer notwendigen Amputation des Armes.



So war Wilhelm Eppinger auch nach 1945 in der KPD und wurde 1984 für 60-jährige Mitgliedschaft in der Metallgewerkschaft ausgezeichnet. Neben Karl Kunde ist er einer der beiden Ehrenvorsitzenden der VVN-Kreisvereinigung Ludwigsburg.

Da kam SS-Hauptsturmführer Dr. Schiedlausky dazwischen. Seit Herbst 1943 Lagerarzt. Ein Mann, der den Häftlingspflegern die Behandlung der Schwerverletzten im Revier verbot. Vom Frauen-KZ Ravensbrück brachte dieser 'Arzt' einen schlechten Ruf mit. Schiedlausky, der mit Menschenexperimenten der SS zu tun hatte, zog den 'Fall' an sich. Wir wußten damals, daß dies für Prinzessin Malfalda das Todesurteil bedeutete. Sie überlebte die Nacht nicht. 'Blutverlust' lautete die 'Todesursache'. Aber normalerweise, das erkläre ich heute noch, hätte man die Frau durchbringen können."⁷

Bis zu seiner Befreiung war Wilhelm Eppinger in Buchenwald eingekerkert. Er befand sich unter den am 19. April 1945 zum Schwur von Buchenwald angetretenen ehemaligen Häftlingen.⁸

Still und bescheiden wirkte er nach seiner Rückkehr - wie vor seiner Verschleppung ins Konzentrationslager. Auch als er 1951 aus dem Justizdienst "aus politischen Gründen" entlassen wurde, blieb er sich und seinen Idealen treu.

Quellen- und Literaturhinweise

1. Streiflichter 1 S. 14-15 (Bildseite)
2. Streiflichter 1 S. 26
3. Streiflichter 1 S. 47
4. Eugen Kogon: Der SS-Staat S. 144 f, S. 305
5. wie 4. S. 144, 146, 213 f, 242 u. 259 f
6. wie 4. S. 168 f.
7. wie 4. S. 193, 196
8. Streiflichter 1 S. 44 (Buchenwald 1945: Bild mit Widerstandskämpfern aus Württemberg)

Dazu: Rede Hitlers am 10. 11. 1938

Literatur zu Buchenwald

Apitz, Bruno, Nackt unter Wölfen. Frankfurt a.M 6. Auflage

Buchenwald, Mahnung und Verpflichtung. Berlin (DDR) 4. Auflage 1983

Drobisch, Klaus, Widerstand in Buchenwald. Frankfurt/Main 1978



Die Häftlinge von Buchenwald haben den Zaun des Lagers durchbrochen: indem sie sich selbst befreiten, verhinderten sie letzte Massaker der SS. Die einrückenden Amerikaner werden von den Häftlingen begrüßt. (Aus: Illustr. Volksztg.)

Ausweis - Certification

Herr **E p p i n g e r** Wilhelm
Mister

geb. am **24.5.02** in **Kirchberg**
born at

zuletzt wohnhaft **Ludwigsburg**
last domicile

wurde vom **1.9.39** bis

in nationalsozialistischen Konzentrationslagern gefangen
gehalten und vom Konzentrationslager Buchenwald
bei Weimar in Freiheit gesetzt.

was kept in captivity from **1.9.39** to
in Nazi-German concentration camps and was liberated from the
concentration camp of Buchenwald.



Lagerkomitee
Camp-Committee

Unterschriften und Stempel
signatures and stamps

Military Lagerkommandant
Camp Commandant

Weimar-Buchenwald, am **13. MAI 1945**

Provisional identification card for civilian internee of Buchenwald.

Vorläufige Identitätskarte für Buchenwälder Zivilinternierte.

Current number **1685** Internee number **6600**
Laufende Nr. Häftlings-Nr.

Family name **E p p i n g e r**
Familiennamen

Christian name **Wilhelm**
Vorname

Born **24.5.02** at **Kirchberg**
geboren in

Nationality **Deutscher**
Nationalität

Address **Ludwigsburg**

Fingerprint:
Fingerabdruck



Signature
Unterschrift

Eppinger Wilhelm
Eppinger Wilhelm
Weimar-Buchenwald, am

Polizeidirektion
der Stadt Ludwigsburg
-Kriminalabteilung-

Ludwigsburg, den 23. Novbr. 1948.

Bestätigung.

Herrn Wilhelm E p p i n g e r, geb. am 24.5.1902 in Kirchberg
Krs. Backnang, wohnhaft in Ludwigsburg, Alleenstr. 13,
wird hiemit bestätigt, daß er am 1.9.1939 auf Anordnung der Geheimen
Staatspolizei Stuttgart aus politischen Gründen durch die Kriminal-
polizei Ludwigsburg festgenommen werden mußte. Herr Eppinger be-
fand sich bis zum 27.5.1945 in Haft.



J.A.

Kriminal-Sekretär.
(S c h u m m).



Weitere Literatur zu Buchenwald

Hartung, Hans-J., Signale durch den Todeszaun.
Berlin 1974

Kogon, Eugen, Der SS-Staat. Mehrere Ausgaben
seit 1946

Kühn/Weber, Stärker als die Wölfe. Berlin 1976

Pieck, Henri, Zeichnungen aus Buchenwald.
Frankfurt 1981

Plojhar, Josef, Buchenwald mahnt. Berlin 1975

Poller, Walter, Arztschreiber in Buchenwald.
Offenbach 1960

Salomon, Ernst von, Das Schicksal des A.D.
Hamburg 1960

Vogel, Prof.Dr. Hch., Der Prediger von Buchen-
wald. Berlin 1953



Im KZ



Aufnäher auf der KZ-Kleidung

Deutscher politischer Schutzhäftling	Spanischer politischer Schutzhäftling	verhaftetes Emigrant
rot	rot S	blau
Jüdischer politischer Schutzhäftling	Bibelforscher	Zigeuner
rot gelb	violett	braun
Jüdischer „Rassenschänder“	Homosexueller	Krimineller
gelb weiß	rosa	grün

Das erste offizielle KZ richteten die Nazis am 22. März 1933 in Dachau ein. Himmler hatte bereits in einer Pressebesprechung angekündigt, hier würden die gesamten kommunistischen, und soweit dies nötig wäre, Reichsbanner- und sozialdemokratische Funktionäre zusammengezogen. Die Presse berichtete am 21. März über die Errichtung des Lagers. Über 206 000 Häftlinge gingen durch Dachau. 32 000 Tote sind nachgewiesen. Unter ihnen Wilhelm Bader, Stadtrat aus Ludwigsburg, der noch am 10. März 1945 dort umkam.



Volksgerichtshof, 1944

Der Fall KS

An 38 Todesurteilen mitgewirkt

Wer kennt schon das unscheinbare Haus in der Ludwigsburger Seestraße? Bis vor wenigen Jahren war es der "Ruhesitz" eines Oberstaatsanwalts beim Oberreichsanwalt des Volksgerichtshofes (VHG).¹

Die "Arbeit" von KS bis 1945: Mitwirkung an mindestens 38 Todesurteilen.²

Zwei seiner Opfer waren die Gebrüder Steigleiter, die in der Frühe des 6. November 1940 im Berliner Gefängnis Plötzensee zur Hinrichtung geführt wurden.

"Die Ermordung der Brüder Hugo (20) und Hermann Steigleiter (23) leitete der Staatsanwalt beim NS-Volksgerichtshof K... S..." Sie waren angeklagt, "von 1933 bis 1938 fortgesetzt das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern, vorbereitet zu haben..., indem sie sich mit dem Schmuggel kommunistischer Schriften auf Rheinschiffen von den Niederlanden nach dem Elsaß befaßten und dem kommunistische Ziele verfolgenden Kanal- und Rheinschifferverband als Mitglieder beigetreten waren..."³

"Diese 'Verbrechen', so der Ankläger, ließen sich nur aus der 'tiefen Verworfenheit ihrer Gesinnung' erklären."⁴

Einige Jahre danach: Der Oberstaatsanwalt beim Oberreichsanwalt des Volksgerichtshofes arbeitet wieder. So wie viele seiner Kollegen ist er wieder Jurist im Justizdienst. Unerkannt von "Nichtwissern" ist er eben "ein Landgerichtsrat". Unerkannt bis zum 3. Dezember 1980. Dort stellte das Präsidium der VVN/Bund der Antifaschisten Strafanzeige wegen Mordes gegen 12 Freisler-Juristen, die 236 Todesurteile auf dem Kerbholz haben.⁵

Unter ihnen 'unserer Mann', der Oberstaatsanwalt a.D. aus Ludwigsburg.

Das Schuldkonto dieser Art von Juristen ist beträchtlich. In einem Film, der 1982 in München vorgestellt wurde, weist die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten auf die 1400 namentlich bekannten Richter und Staatsanwälte hin, die an 16000 Todesurteilen des Volksgerichtshofs und anderer Sondergerichte zwischen 1933 und 1945 beteiligt waren.⁶

So ist der "Fall KS" keine Ausnahme.

Kein Haar wurde ihnen nach 1945 gekrümmt, obwohl der größte Teil von ihnen einer terroristischen Vereinigung, der NSDAP, angehört hatte.

Bei den Landgerichten in Niedersachsen betrug der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, die wieder als Richter tätig waren, 1948 80 bis 90 Prozent.⁷

Die Ausnahme in der NS-Zeit waren Juristen, die sich gegen das zum Recht umfunktionierte Unrecht stellten. So wie der preußische Amtsrichter Lothar Kreyssig, der Strafanzeige wegen Mordes gegen den Nazi-Reichsleiter Bouhler stellte. Ihm geschah nichts. (Er wurde lediglich 1942 bei voller Gewährung der Pensionsbezüge in den Ruhestand versetzt.)⁸

Den Sprung vom Blutrichter in Mannheim (1944) zum Amtsgerichtsdirektor in Weinheim (1945) vollführte Dr. Mohr. Vom September 1943 bis Oktober 1944 verurteilten die beiden NS-Blutrichter Dr. Mohr und Dr. Seitz zwölf Hitler-Gegner zum Tode.⁹

"Richter entsprachen freiwillig den Wünschen der NS-Machthaber" schrieb das ÖTV-Magazin in Nummer 8/83.¹⁰

"Unser Mann", Landgerichtsrat KS, geboren am 7. August 1904, bis 1962 in Stuttgart tätig, muß zu dieser Art von Juristen gerechnet werden.

Als er am 20. Januar 1981 starb, war in der Todesanzeige zu lesen: "Leben und Wohltat hast Du an mir getan (Hiob 10,12)".¹¹

Quellen- und Literaturhinweise

1. die tat Nr. 49 vom 5. 12. 1980
2. wie 1.
3. die tat Nr. 45 vom 6. 11. 1981
4. wie 3.
5. wie 1.
6. Ludwigsburger Kreiszeitung Nr. 160 vom 16. 7. 1982
7. Sonntag aktuell Nr. 29 vom 18. 7. 1982
8. wie 7.
9. die tat Nr. 24 vom 11. Juni 1982
10. das magazin ÖTV Nr. 8/83
11. Ludwigsburger Kreiszeitung Nr. 18 vom 23. 1. 1981

In Spanien gegen Franco und Hitler



Mit dem Sieg der Nationalsozialisten 1933 verstärkten die faschistischen Kräfte vieler Länder ihre Aktivitäten.

In Spanien erfolgte im November 1933 durch die neugebildete Regierung Lerroux ein Rechtsruck. Alle Zugeständnisse, die die Arbeiter- und Bauernschaft seit dem Sturz der Monarchie 1931 errungen hatte, sollten rückgängig gemacht werden. Streiks und Aufstände gegen diese Entwicklung wurden blutig unterdrückt, wobei sich neben anderen auch ein General Franco hervortat.

Die wachsende faschistische Gefahr führte zur Bildung einer starken, demokratischen Einheitsbewegung, die für den 16. Februar 1936 Wahlen durchsetzen konnte.

Das Ergebnis dieser Wahlen und das Programm der danach gebildeten Regierung sind besonders auch in einer Hinsicht interessant: Das Eingreifen Hitlers in Spanien wird heute noch in der BRD damit entschuldigt, er habe dort eine kommunistische Machtübernahme verhindern wollen. Folgerichtig wurde der Kampf der in der BRD lebenden Spanienfreiwilligen bisher von keiner Bundesregierung als Widerstand gegen den deutschen Faschismus anerkannt, da jene - so

BEKANNTMACHUNG AN DIE MITGLIEDER DER DEUTSCHEN ARBEITSFRONT

Vor 160 Jahren verschachteten deutsche Fürsten 30.000 Soldaten nach Amerika in die englische Söldner-Armee zur Niederschlagung des Freiheitskampfes der Nordamerikaner. *Die Freiheit aber siegte!*

Heute verkauft Hitler zehntausende deutscher Soldaten an Franco, den Henker des spanischen Volkes, damit sie gemeinsam mit Fremdenlegionären und Marokkanern das spanische Volk niederwerfen!

Mit Menschenleibern bezahlt: Hitler die Konzessionen Francos an die deutschen Kapitalisten, mit Menschenleibern statt Devisen das marokkanische Erz für die deutschen Rüstungen! Jetzt, wo mit Hilfe Hitlers und Mussolinis, mit Hilfe von Fremdenlegionären und Marokkanern ein Volk in die faschistische Barbarei geworfen werden soll, ist von »Rassenschande« und »schwarzer Schmach« in der deutschen Presse nicht mehr die Rede — der beste Beweis dafür, wie wenig ernst die Nazi-Führer ihre ganzen »Theorien« nehmen!

In der deutschen Armee, in der Marine, in der SS wird für Francos Landsknechtsheere geworben, werden Truppenteile nach Spanien geschickt. Den Angehörigen lügt man vor, dass ihre Söhne zu »Spezialkursen« abkommandiert wurden; ihre Post wird über das Kriegsministerium und andere Militärbehörden geleitet, damit die Angehörigen den Menschenhandel nicht merken sollen.

Fällt der verkaufte Soldat im fernen Spanien, so wird den Angehörigen vorgelegen, ihr Sohn sei bei dem »Sonderkursus« tödlich verunglückt.

Der internationale Faschismus wird trotz aller dieser Verbrechen nicht imstande sein, gegen die heldenmütige Volksarmee der Freiheit durchzukommen. Madrid und das spanische Volk werden siegen! Die deutschen Soldaten werden für eine verbrecherische Sache in den Tod gejagt.

Die deutsche Regierung aber läßt mit jedem neuen Schiffstransport von Soldaten und Waffen neue Schande auf das deutsche Volk. Mit Verachtung spricht die ganze Welt von dieser Schande!

Durch diesen Menschenhandel, durch die Waffenlieferungen an die rebellischen Generäle, durch die Angriffe deutscher Flieger auf Madrid (bei denen tausende wehrloser Frauen und Kinder barbarisch und feige ermordet wurden), durch seine ständigen, die ganze Welt immer wieder in Unruhe versetzenden Kriegsprovokationen stürzt Hitler unser Vaterland immer wieder in die Gefahr eines neuen fürchterlichen Krieges, der mit einer neuen, noch furchtbareren Niederlage als der von 1914—1918 enden muss!

Deutsche Seeleute! Helft mit, die Schande von unserm Volk zu nehmen! Reiht Euch ein in die grosse Einheitsfront der Arbeiter, in die gewaltige Volksfront Europas, die dem überfallenen spanischen Volk schon jetzt tatkräftige Hilfe leistet!

Wiederholt hat der Internationale Gewerkschaftsbund und hat die Internationale Transportarbeiter-Föderation (I.T.F.) die Arbeiter und die Seeleute alle Länder aufgefordert, mit allen Kräften und einheitlich das heldenmütige spanische Volk zu unterstützen und keine Waffenlieferungen an Franco zuzulassen.

Skandinavische Transportarbeiterverbände haben darüber hinaus alle ihre Mitglieder aufgefordert, auch alle Transporte von Lebensmitteln, Kohlen, Rohstoffen, usw. an die Franco-Banditen zu verweigern. Auf vielen Schiffen, in vielen Häfen Europas haben die ausländischen Kameraden schon entsprechende Aktionen durchgeführt.

Deutsche Seeleute! Auch an uns ist der Ruf des IGB und der ITF gerichtet. Aus Hamburg, Stettin und anderen Häfen wird Franco mit Truppen, Flugzeugen, Artillerie, Tanks, Geschützen und Munition versorgt.

Meldet jeden einzelnen Fall des Hitlerschen Waffen- und Menschenhandels euren ausländischen Kameraden und ~~der~~ Organisationen! Macht die Transporte von Truppen und Mordwerkzeugen an Franco im deutschen

Volke bekannt! Klärt unsere Kameraden in Heer und Marine auf, damit sie verstehen dass unsere Brüder in den heldenmütigen Internationalen Brigaden nicht nur für Spaniens, sondern auch für Deutschlands Freiheit und nationale Würde kämpfen.

Seeleute, Kameraden! Tragt die Wahrheit über Spanien ins deutsche Volk! Erzählt überall, warum die deutschen Arbeiter keine höheren Löhne, warum ihr keine höheren Steuern bekommt: Weil Hitler an Franco Kredite gibt, weil mit den Mordwerkzeugen und Truppen auch die durchaus mögliche Lohnerhöhung nach Spanien schwimmt!

Erzählt, dass in den deutschen Konsulaten in Spanien Dokumente gefunden wurden, die es beweisen: mit deutschen Geldern, darunter mit Beiträgen und Spenden der DAF, der Winterhilfe usw. wurde der Aufstand der Generäle vorbereitet, während Hitler sich im 3. Reiche feiern lässt, dass er Deutschland vor »spanischen Zuständen« bewahrt habe.

Erzählt, dass Goebbels und seine Presse lügen, wenn sie behaupten, dass in Spanien der Bolschewismus einen Aufstand organisiert habe — erzählt, dass sich in Spanien die bürgerlichen Republikaner, die Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten, Arbeiter, Bauern, Intelligenz, Angestellte, Gewerbetreibenden zu einer brüderlichen Volksfront zusammengeschlossen haben, um die Rebellion faschistischer Generäle niederzuwerfen dass diese Volksfront das von den Marokkanern, Fremdenlegionären, italienischen und deutschen Truppen seit Monaten bestürmte Madrid heldenmütig verteidigt!

Erzählt von den deutschen Massengräbern vor Madrid, die die mitte Januar stattgefundene erfolglose Blomberg-Offensive im Nordwesten von Madrid hinterlassen hat!

Das spanische Volk hätte ohne die Hilfe der faschistischen Staaten für Franco schon längst gesiegt — und auch so wird es siegen, den Menschenhändlern und Kriegstreibern zum Trotz!

In Spanien hat Hitler den Krieg begonnen. Er will ihn ausdehnen gegen die sozialistische Sowjet-Union, gegen Frankreich, gegen die Czecho-Slowakei — zu Gunsten der Aktionäre der I. G.-Farben, Thyssen, Krupp, Blohm und Co., zu Gunsten der oberen Zehntausend! Das deutsche Volk soll hungern, bezahlen, bluten, schweigen. Lasst das nicht zu, verbreitet überall die Nachricht:

Täglich spricht in deutscher Sprache der Barcelona-Sender, und zwar um 11 Uhr der Sender der Vereinigten Sozialistischen Partei, Welle 42,08, um 11,45 Uhr der Regierungssender, Welle 377,4!

Alle, die ihr unser Volk, den Frieden und die Freiheit liebt, wehrt euch in Deutschland gegen den faschistischen Interventionsfeldzug in Spanien! Kämpft an Bord der Schiffe, in den Betrieben und Massenorganisationen für die deutschen Volksfront-Forderungen:

Wir wollen höhere Löhne statt Millionen an Franco! Wir wollen Lebensmittel und Butter statt Kanonen für den spanischen Faschismus!

Wir wollen keinen Krieg — daher fort mit den deutschen und italienischen Kriegsschiffen aus den spanischen Gewässern! Zurückziehung aller deutschen Soldaten aus Spanien!

Nieder mit dem hitlerschen Interventionskrieg in Spanien!

Nieder mit den Kriegstreibern und Rüstungsgewinnlern des 3. Reiches!

Brüderliche Hilfe dem Freiheitskampf des spanischen Volkes!

Seeleute, tut Eure Pflicht gegenüber der spanischen und der internationalen Arbeiterschaft!

Gesamt-Verband (I.T.F.)



Verteidigungsstellung der republikanischen Volksarmee an der Aragonfront in Katalonien (1938).

die Begründung – nicht im Auftrag einer deutschen Regierung, sondern gegen Deutschland gekämpft hätten. Dagegen werden die ehemaligen Mitglieder der Hitlerschen Legion Condor für ihren Einsatz gegen das republikanische Spanien mit Pensionen honoriert. Wie sahen nun die Wahlergebnisse von 1936 im einzelnen aus? Das Volksfront-Bündnis errang mit 268 Mandaten (56,7%) einen klaren Sieg. In diesem Bündnis nahmen nach der Sitzverteilung die bürgerlichen Republikaner mit 158 Mandaten mit Abstand den ersten Platz ein. Ihnen folgten die Sozialisten mit 80 und die Kommunisten mit 17 Sitzen. Den Rest teilten sich liberale Parteien.

Im Rechtsblock (205 Mandate) hatte sich der militanteste Flügel, die faschistische Falange, unter Primo de Rivera durchgesetzt. Dieser General hatte bereits am 13. September 1923 durch einen Militärputsch die demokratische Verfassung aufgehoben. Nun war er mit seinem Ziel, in Spanien einen Faschismus nach deutschem oder italienischem Vorbild einzuführen, vorerst gescheitert.

Unter dem liberalen Ministerpräsidenten Manuel Azaña wurden nun längst fällige Reformmaßnahmen eingeleitet wie eine Verteilung von Land an 100 000 arme Bauern, Schaffung einer Sozialgesetzgebung und Beschneidung des Einflusses der katholischen Kirchenhierarchie.

Die Faschisten gaben sich mit dieser Niederlage nicht geschlagen. Bereits einen Monat nach den Wahlen schickten sie General Sanjurjo nach Berlin. Im Juli 1936 von Hitler empfangen, wurden die Weichen für die Unterstützung eines faschistischen Putsches gestellt. Am 17. Juli 1936 begann die offene Verschwörung gegen die Republik. Am 18. Juli putschten die Garnisonen in den spanischen Provinzen. Nachdem das Haupt der Verschwörer, General Sanjurjo, bei einem Flugzeugabsturz umgekommen und der Putsch in fast allen größeren Städten Spaniens gescheitert war, übernahm General Franco von Spanisch-Marokko aus die Führung des Aufstandes.

Die spanischen faschistischen Generale selbst hätten sich angesichts des politischen Kräfteverhältnisses in Spanien nicht zum Krieg gegen die Republik entschlossen, wenn sie dazu von den faschistischen Staaten nicht inspiriert und mit modernen Waffen und regulären Truppenverbänden unterstützt worden wären. Für diese Staaten war die Eroberung Spaniens eine wichtige Vorbedingung für die Entfesselung des zweiten Weltkriegs und zugleich ein Test der eigenen militärischen Schlagkraft. Dies macht eine Aussage Görings vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg aus dem Jahre 1945 deutlich: "Ich sandte

mit Genehmigung des Führers einen großen Teil meiner Transportflotte und sandte eine Reihe von Erprobungskommandos meiner Jäger, Bomber und Flak-Geschütze hinunter und hatte auf diese Weise Gelegenheit, im scharfen Schuß zu erproben, ob das Material zweckentsprechend entwickelt wurde. Damit auch das Personal eine gewisse Erfahrung bekam, sorgte ich für einen starken Umlauf, das heißt immer wieder Neue hin und die anderen zurück."



Die Stimme der Freiheit in der Welt – auf Welle 29,8

Fotomontage: John Heartfield

Ludwigsburger Zeitung

Ludwigsburger Tagblatt

Bezugspreis monatlich: RM. 1,80;
halbjährlich: RM. 9,50 frei Haus einschl.
Trägerlohn. — Einzelpreis: 10 Pf.
Bestellungen werden jederzeit auch
von allen Postämtern angenommen.
Geschäftsbesorgung: 16. Fernspr.:
343 u. 344. Postfach 344/345.

Amtsblatt für Stadt und Kreis Ludwigsburg

Verkundigungsblatt der NSDAP. / Das Heimat- und Familienblatt seit 1818

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen
12 Spalten = 1
teil 7 1/2, Zeit
30 1/2 Nachmitt.
preise (ohne Be
NSDAP, Son
Kleine Preise

Nr. 75

Mittwoch, den 29. März

Das Ende des roten Spuks in Spanien:

Madrid feiert seine Befreiung

Die alte Hauptstadt Spaniens von 200 000 Franco-Soldaten völlig besetzt - Widerstandsloser Rückzug

Der Führer an General Franco

— Berlin, 29. März. Anlässlich des Einmarsches und der Befreiung Madrids durch die nationalspanischen Truppen hat der Führer an Generalissimo Franco nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Zum Einmarsch Ihrer Truppen in Madrid und dem damit errungenen Endsieg des Nationalen Spaniens über den völkerverfürenden Bolschewismus spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus. Deutschland gedenkt heute mit mir in aufrichtiger Bewunderung der hervorragenden Leistungen Ihrer tapferen Truppen und ist überzeugt, daß nunmehr für Spanien eine Zeit des Aufbaues anbricht, welche die großen Anstrengungen und Opfer der Jahre des Kampfes rechtfertigt.“

— Burgos, 29. März. Am Dienstag um 12 Uhr MEZ. wurde über den sowjetspanischen Madrider Sender die Uebergabe von Madrid an Franco bekanntgegeben. Gleichzeitig hat der Befehlshaber der bolschewistischen Truppen an der Madrider Front, „Oberst Prada“ den Befehl zum Rückzug gegeben. Die Divisionen 15, 16 und 81 unter dem Befehl der Obersten Rios, Capape und Soja drängten am Dienstag mittag 12,30 Uhr in die Außenstadt von Madrid ein. Die drei Divisionen unter dem Befehlshaber der Besatzungsarmee des Generals Espinosa de los Monteros. Gleichzeitig setzten sich sämtliche Kolonnen mit Lebensmitteln und Train auf Madrid in Marsch.

Die Nachricht von der Uebergabe Madrids an General Franco löste bei der gesamten Bevölkerung der spanischen Hauptstadt ungeheure Begeisterung aus die rot-goldenen Fahnen des nationalen Spaniens wehen.

die innerhalb
10000

Madrids Fall
Zu

„Madrid ist
eines“

In der Tat spielten die kriegserfahrenen Offiziere der Legion Condor bei Beginn des zweiten Weltkrieges und in seinem ganzen Verlauf eine außerordentlich wichtige Rolle. Ein geradezu typisches Beispiel ist die Karriere von General Heinz Trettner. Ab März 1937 war Trettner Staffelführer in der Kampftruppe 88 der Legion Condor, die am 31. Mai 1937 die friedliche Stadt Guernica, weit im Hinterland der Front, bombardierte. Dem Bombardement fielen 1 654 Zivilisten zum Opfer, 889 Menschen wurden verwundet. Als Stabschef im Stab von General Student war Trettner auch verantwortlich für die Bombardierung der Stadt Rotterdam am 10. Mai 1940. Diese Bombardierung erfolgte, obwohl der Bürgermeister der Stadt vorher die Kapitulation angeboten hatte. Für die Entwicklung und die Rolle von Condor-Legionären nach Beendigung des zweiten Weltkrieges in der BRD ist wiederum Trettner ein typisches Beispiel: Er war im Jahre 1964 Generalinspekteur der Bundeswehr.²

Kehren wir zurück zu den Ereignissen in Spanien. Um das Scheitern des Putsches zu verhindern, griffen die deutschen und italienischen Faschisten mit starken militärischen Kräften in den Bürgerkrieg ein. Aus Italien kamen ganze

Divisionen. Eine eigene deutsche Militäreinheit, die „Legion Condor“, war gebildet worden. Nahezu 20 000 Mann der Eliteeinheiten Francos waren von Spanisch-Marokko durch die deutsche Luftwaffe über die Meerenge von Gibraltar nach Spanien gebracht worden.

In Madrid wurde die Regierung umgebildet. Sie ordnete unter dem Druck der Massen am 20. Juli 1936 die Bewaffnung des Volkes an. Am 22. Oktober 1936 erließ sie ein Dekret über die Bildung der Internationalen Brigaden. Aus mehr als 52 Ländern der Erde kamen Freiwillige nach Spanien. 5 000 Antifaschisten aus Deutschland, darunter viele aus Württemberg, folgten dem Ruf. Unter ihnen der Ludwigsburger Fritz Koch, der bis zum Sommer 1936 von der Schweiz aus öfter nach Freiburg im Breisgau fuhr, um dort im Widerstand zu arbeiten. Fritz Koch nahm im Dezember 1936 an den Kämpfen um die Stadt Teruel im Süden der Provinz Aragón teil, wo er am 24. Dezember 1936 fiel.³ (Siehe auch den nachfolgenden Artikel!)

Hermann Mayer aus Steinheim kämpfte als Oberleutnant der Internationalen Brigaden. Im Februar 1933 war er aus politischen Gründen in Köln verhaftet worden. 1936 kam er nach Spanien und war an den Frontabschnitten Madrid, Jarama und Guadalajara eingesetzt. Im Juli 1937 erkrankte er an Typhus und ging als Invalide nach Frankreich. Dort schloß sich Hermann Mayer 1943 der Widerstandsbewegung an und wurde 1944 mit dem französischen Kriegsverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet.⁴

Unter denen, die für die spanische Republik kämpften, befanden sich auch Otto Weidenbach, vor 1933 Gemeinderat in Ludwigsburg⁵ und Willi Herr aus Kornwestheim. (Sein Vater, Ludwig Herr, vor 1933 Gemeinderat in Kornwestheim, kam noch 1945 im KZ Neuengamme um.) Willi Herr kämpfte unter dem Namen Hans Stark bei der 11. Internationalen Brigade und war von Mai bis Juni 1937 im Bataillon "Edgar André". Er ist in der Nacht vom 10. Juni 1937 bei Utande schwer verwundet worden. Dennoch nahm er mit diesem Bataillon an den Kämpfen am Ebro teil (25. Juli bis 15. November 1938). Das war sein letzter Einsatz, denn die Internationalen Brigaden wurden ab 23. September 1938 von allen Fronten zurückgezogen und demobilisiert. Vermutlich befand sich Willi Herr danach in einem Demobilisierungslager in dem kleinen Städtchen Bisaura de Teer und ging gegen Ende Januar 1939 mit der 11. Brigade über die Grenze nach Frankreich. Er muß dann zu denen gehört haben, die sehr früh aus einem der französischen Internierungslager in die Sowjetunion gelangen konnten⁶. Willi Herr verstarb 1970 in der DDR.

Aus den noch unvollständigen Unterlagen der VVN-Bund der Antifaschisten in Baden-Württemberg geht hervor, daß bis jetzt die Namen von 19 Stuttgarter Antifaschisten bekannt sind, die auf der republikanischen Seite in Spanien gekämpft haben.⁷

Am 13. März 1938 trafen sich in Valencia 22 Delegierte aus den Internationalen Brigaden, 14 Kommunisten und 8 Sozialdemokraten, um ihre Erfahrungen auszutauschen. In einem Manifest erklärten sie: "Die Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten verzehnfacht die Kraft der Arbeiterklasse. Die Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten stärkt das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern, dem Mittelstand, der Intelligenz. Die Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten ist der Motor für die Schaffung und Entwicklung einer wahrhaft umfassenden Volksfront gegen den Faschismus... Nie mehr getrennt, immer gemeinsam, dann werden wir siegen, dann sind die Tage der Hitler-Diktatur gezählt, dann werden wir gemeinsam ein freies, demokratisches Deutschland bauen, ein Deutschland des Friedens, ein Deutschland der Freiheit, ein Deutschland des Wohlstandes und der sozialen Neugestaltung."⁸

"Der Übermacht der Faschisten war die Armee der Republik nicht gewachsen. Franco konnte auf die mit modernsten Waffen kämpfenden Interventionstruppen Hitlers und Mussolinis zählen, während die bürgerlichen Regierungen Frankreichs und Großbritanniens die Republik nicht nur nicht unterstützten, sondern im Februar 1939 - also noch vor dem Sieg der Faschisten - die Franco-Regierung anerkannten.

Am 15. April 1938 stießen die Faschisten von Norden her zum Mittelmeer vor und teilten das republikanische Gebiet in zwei Hälften. Am 26. Januar 1939 besetzten sie Barcelona, am 28. März Madrid. Die Spanienkämpfer strömten zusammen mit einem Heer von Flüchtlingen über die Pyrenäen nach Frankreich. Hier wurden sie interniert; für ihren Kampf um Freiheit und Demokratie wurden sie von der französischen Regierung in von Stacheldraht umzäunte Lager gepfercht. Nicht

wenige von ihnen wurden später, als Frankreich von den Nazis besetzt wurde, an Hitler-Deutschland ausgeliefert und verschwanden in Zuchthäusern und Konzentrationslagern."⁹

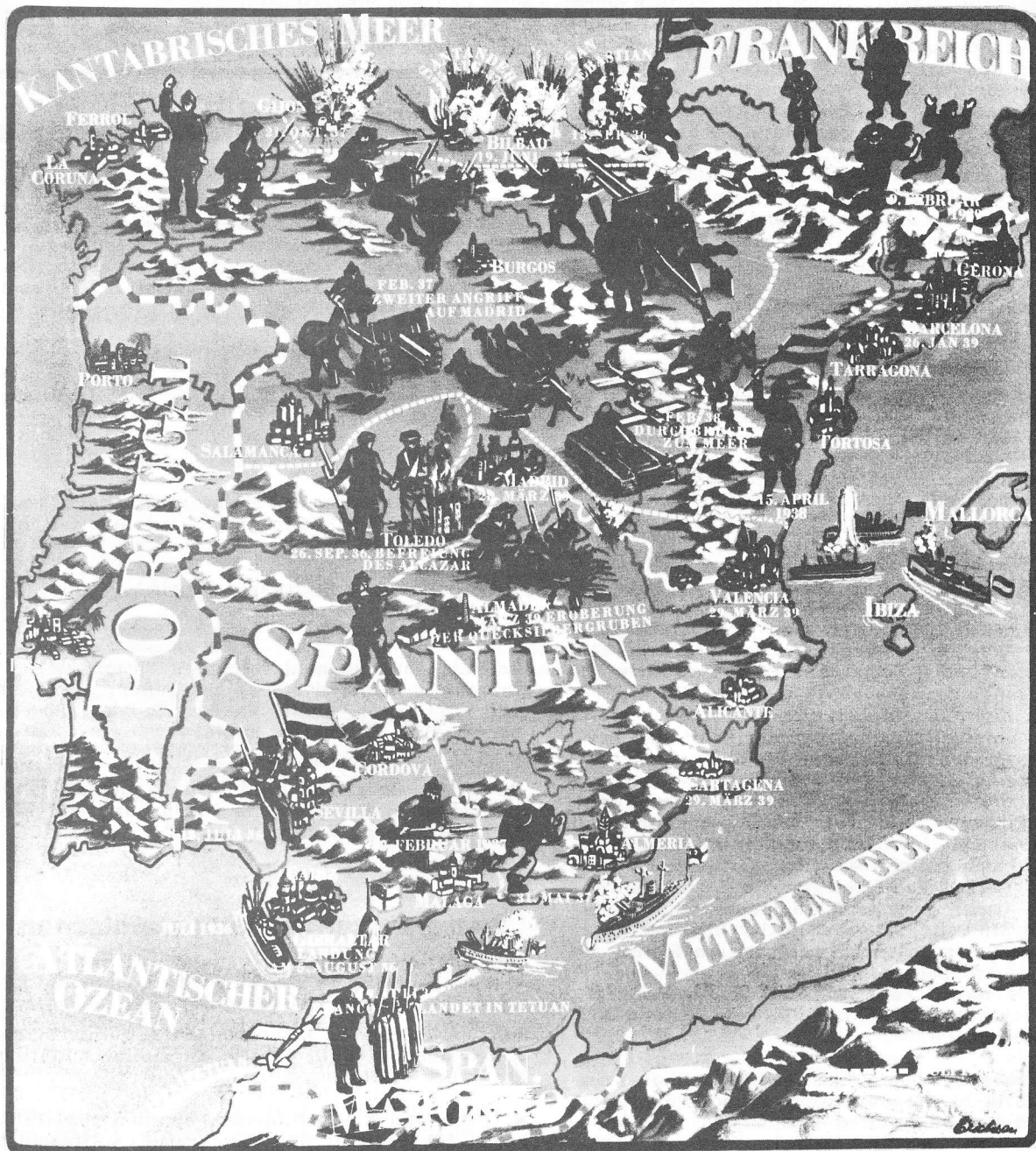
Quellen- und Literaturhinweise

1. Nach Gerichtsakten aus dem Hauptkriegsverbrecherprozeß vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg.
2. Ernst Buschmann, Privatmitteilung, Düsseldorf (1984)
3. Aus dem Lebenslauf von Fritz Koch
4. Aus den Unterlagen der VVN/BdA Ludwigsburg
5. wie 4.
6. Ernst Buschmann, ehem. Kommandeur des Bataillons Edgar André, Privatmitteilung, Düsseldorf (1984)
7. Willi Bohn, Stuttgart: Geheim!, S. 130
8. Brigada Internacional ist unser Ehrenname... Erlebnisse ehem. dt. Spanienkämpfer. Ausgewählt und eingeleitet von H. Maaßen, 2 Bde., Röderberg-Verlag, Frankfurt (1976)
9. K.-D. Brügmann u. a., Die anderen - Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg, Hamburg (1981)

Weltweite Literatur zum spanischen Bürgerkrieg

Spanien 1936-1939. Erinnerungen von Interbrigadisten aus der BRD, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt (1976)

W. Höhn und K.-H. Schieder, Spanien 1936-1976. Kampf für Freiheit und Demokratie, Antifaschistisches Arbeitsheft, Texte zur Demokratisierung (17) Röderberg-Verlag, Frankfurt (1976)



Obenstehende Karte ist einer Darstellung nachempfunden, die im April 1939 in der deutschen Illustrierten "Die Woche" erschien. Darauf wurden die Verteidiger der Republik als Plünderer und Angsthasen dargestellt und Francos Soldaten als fleißige, tapfere Männer, deren Vormarsch der Leser auf der Karte verfolgen soll. (Aus: Das 3. Reich, Dokumentation, John Jahr Hamburg)

Fritz Koch —

Gefallen für die Republik

Am 29. Januar 1909 in Quedlinburg geboren, wuchs Fritz Koch als Vollwaise auf. Zuerst in Thale/Harz, danach in Öhringen, bis seine Verwandten nach Heilbronn zogen. Dort besuchte er die Rosenauschule. Für den Beruf des Holzdrehers fand Fritz Koch eine Lehrstelle bei der Firma Walter. Danach arbeitete er in der Maschinenfabrik Gebr. Pfeifer in Heilbronn.

Schon in Heilbronn (etwa 1924) war er aktives Mitglied der Naturfreunde und später des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschland (KJVD).

Fritz Koch verließ im Jahre 1928 Heilbronn, um in Ludwigsburg seine berufliche Tätigkeit als Maschinendreher fortzusetzen. Nach Beginn der Weltwirtschaftskrise (1929) wurde er im Jahre 1930 arbeitslos und ging danach auf die Wanderschaft ("Walz").

Nach Ludwigsburg zurückgekehrt, beteiligte er sich an vielen Aktionen. Fritz Koch war Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus und später auch der KPD. Er kümmerte sich um den Vertrieb der "Arbeiter-Illustrierten" (AIZ) und beteiligte sich besonders am Verkauf der "Ludwigsburger Arbeiterzeitung". Nach der ersten großen Verhaftungswelle im März 1933 gehörte Fritz Koch der illegalen Leitung der KPD in Ludwigsburg an.

Seine Aktivitäten waren auch der Gestapo nicht verborgen geblieben. Im Juli 1934 mußte Fritz Koch, da ihm die Verhaftung drohte, in die Emigration.

Es folgte ein illegaler Aufenthalt in Zürich, der ständige Wechsel von Essen- und Schlafstellen. In den Jahren 1935/36 ging er öfters als Kurier nach Freiburg im Breisgau.

Aus einem Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 7. 9. 1934 ist zu entnehmen, daß Fritz Koch auch in Südbaden an den Vorbereitungen von Schulungsarbeiten, die in Basel durchgeführt wurden, mitarbeitete. In Lörrach wurden ihm u. a. Beitragsgelder für die Mitnahme nach Basel übergeben.



Identitätskarte für Angehörige des medizinischen Dienstes der Internationalen Brigaden in Spanien 1937

FILIACION		NOMBRAmientos	
	Estatura Pelo Ojos Cara Barba Nariz Señales PARTICULARES (Firma del interesado)	Grado Empleo Nombrado día visado el Comandante	Grado Empleo Nombrado día visado el Comandante
Fecha de nacimiento Lugar de nacimiento Nacionalidad Profesión Estado civil DOMICILIO: País Calle num. Partido Político Fecha de entrada en las B. I. Fecha de entrega de la libreta	Fecha de nacimiento Lugar de nacimiento Nacionalidad Profesión Estado civil DOMICILIO: País Calle num. Partido Político Fecha de entrada en las B. I. Fecha de entrega de la libreta	Grado Empleo Nombrado día visado el Comandante	Grado Empleo Nombrado día visado el Comandante

Militärdienstausweis
für Angehörige der Internationalen Brigaden
in Spanien 1937

Vom Reichsanwalt beim Volksgerichtshof unter 14/J/98/36 gesucht,² mußte der Antifaschist seine Kuriertätigkeit nach Deutschland aufgeben.

Fritz Koch ging nach Spanien.

Im Kampf gegen die Faschisten fiel er am 24. Dezember 1936 beim Einsatz zur Verteidigung der Stadt Teruel.³

Quellen- und Literaturhinweise

1. Willi Bohn: Transportkolonne Otto S. 67 u. 106
2. wie 1. S. 67
3. Nach Unterlagen der VVN/BdA Kreis Ludwigsburg

Ein Augenzeuge hat es festgehalten

Beispielloses Elend im Lager Gurs raffte zahllose Juden schnell dahin

183 kamen aus Pforzheim – Museum soll die Erinnerung wachhalten

Als Adolf Hitler im Juni 1941 den Feldzug gegen die Sowjetunion vom Zaun brach, begannen die im Oktober 1940 aus Baden und aus der Pfalz nach Gurs deportierten Juden wieder zu hoffen. Lange, so glaubten sie, werde die Hybris des Nationalsozialismus nicht mehr dauern. Als der Schein auf Monate hinaus trog und offenbar niemand die deutsche Wehrmacht aufhalten konnte, schlug die Hoffnung in tiefe Depression um. Die innere Widerstandsfähigkeit kam zum Erliegen, und dieser Auszehrungsprozeß wurde noch durch eine Verpflegung beschleunigt, die diesen Namen nicht verdiente. Am Morgen eine kaffeeähnliche Brühe, am Mittag eine „Gemüsesuppe“ und 250 Gramm Brot, am Abend noch einmal etwas Kaffee-ähnliches, zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. Kein Wunder, daß zahllose Juden, unter ihnen 183 aus Pforzheim, wegstarben, bevor die übrig gebliebenen nach Auschwitz ins Gas geschickt wurden.

Zu den wenigen Augenzeugen, die das beispiellose Elend mit Unterernährung, Rattenplage, fehlender Medikamente und katastrophaler hygienischer Zustände in Gurs am Fuße der Pyrenäen miterlebt und miterlitten hat, gehört Karl Kunde, 1904 in Neustettin geboren und seit Kriegsende in Ludwigsburg wohnhaft, wo er schon in den dreißiger Jahren als Metallarbeiter tätig gewesen war. Die erste Hälfte im Leben dieses Mannes ist eine politisch bedingte Odyssee gewesen, die hier nur an einigen Beispielen aufgezeigt werden kann: Zwangsweise Auswanderung vom polnisch gewordenen Korridor in das Reichsgebiet, Gewerkschaftsarbeit, KPD-Mitgliedschaft, politischer Gefangener des Naziregimes, Flucht in die Schweiz, Widerstandskämpfer, Flucht nach Frankreich und wieder in die Schweiz, wo er Mitarbeiter einer nach Deutschland geschmuggelten Zeitung des Widerstandes war.

Erste Begegnung

Wie sich bei einem Gespräch mit Karl Kunde ergab, ist er während des Transportes von einem Lager in das andere auf dem Bahnhof Toulouse im Oktober 1940 den deportierten Juden aus Baden und aus der Pfalz erstmals begegnet. Er

traf am 28. Oktober 1940, einen Tag vor den jüdischen Mitbürgern, in Gurs ein, einem großen Lager, das ursprünglich von Flüchtlingen und Emigranten am Ende des Spanischen Bürgerkrieges errichtet worden war. Am 22. Oktober 1940 waren die Festnahmen, auch in Pforzheim, erfolgt. In Freiburg wurde der Deportationszug zusammengestellt, der über Müllheim, Belfort und das Rhonetal am 27. Oktober 1940 Gurs erreichte. Innerhalb von 24 Stunden war den Juden befohlen worden, ihr Gepäck bis zu 25 Kilo zu schnüren, außerdem durften sie hundert Reichsmark in bar mitnehmen.

Zwei Gruppen

Die Juden aus Baden und aus der Pfalz setzten sich schwerpunktmäßig aus zwei Gruppen zusammen. Es waren ältere Menschen, aber auch ganz junge. Nicht selten kamen Kinder in Gurs auf die Welt. Im großen und ganzen war die mittlere Schicht rechtzeitig emigriert. Kein Wunder, daß alte und junge Juden schnell dahinstarben. Zur geringen physischen Widerstandsfähigkeit kam die Tatsache, daß sie in den meisten Fällen aus einem bürgerlichen Leben herausgerissen worden waren und mangels „Trainings“ keinen psychisch-

moralischen Widerstand entfalten konnten. Trotz allem hat es überlebende Juden, auch aus Pforzheim, gegeben. Von Fall zu Fall sind ihre heutigen Anschriften, sei es in den USA, in Israel oder in Bolivien, auszumachen.

Auf Holzpritschen

Die aus Gurs Deportierten mußten auf Holzpritschen hausen, nur teilweise war ihre Lagerstatt mit Stroh bedeckt. Der Griff in den Abfallkübel war an der Tagesordnung. Als von April 1942 an die Transporte in den Osten rollten, haben viele Juden mindestens gehaut, daß es eine Reise in den Tod werden würde. Der Osten, Kriegs- und Exekutionsschauplatz, bedeutete für sie nichts Gutes. Fatalismus und Depressionen griffen aber auch schon in der Zeit um sich, als Karl Kunde über ein Außenkommando das Lager Gurs verlassen konnte. Das war im Oktober 1941. Im Sommer 1982, ein Menschenalter, nach der durch Unvermögen, unglaublichem Mangel an allem, Schlampererei und auch bösem Willen entstandenen Tragödie in Gurs haben sich Überlebende daran gemacht, vor Ort ein Museum zu errichten.

Kontakt ermöglicht

Das das Pressegespräch mit Karl Kunde überhaupt zustandekam, ist dem Lehrer Gerhard Brändle zu danken, der bei der Lektüre eines Leserbriefes im Anschluß an einen Kongreß in Pau für die Überlebenden von Gurs Kontakte zu dem auch mit 78 Jahren noch geistig hoch beweglichen Bürger aus Ludwigsburg knüpfte. Die heutige 42. Wiederkehr der sogenannten Reichskristallnacht, in der im ganzen deutschen Reich Synagogen in Flammen aufgingen und Menschen an Leib und Seele Schaden nahmen, ist Anlaß, die Deportation pforzheimer Juden am 22. Oktober 1940 in Gedächtnis zu bewahren. h. b.

Otto Weidenbach

Durch viele Länder Europas getrieben

Fern seines früheren Wirkungskreises wurde am 30. März 1979 in Brandenburg (DDR) eines Mannes gedacht, der sich bis 1933 in Ludwigsburg für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einsetzte: Otto Weidenbach.

Die Nazis versuchten 1933 sofort seiner habhaft zu werden, mußten aber unter dem 13. März 1933 in der "Ludwigsburger Zeitung" eingestehen: "Der frühere Stadtrat Weidenbach war schon vorher wieder nach Rußland abgereist und ist dadurch der Verhaftung entgangen." Weidenbach war nicht geflohen, wie es die Nazis mit ihrem "abgereist" darzustellen versuchten, sondern zu dieser Zeit aus anderen Gründen in der Sowjetunion.

Vielfältig waren, neben den Funktionen in der KPD, seine Aufgaben. So war er Bezirksvorsitzender des deutschen Metallarbeiterverbandes im Bezirk Ludwigsburg, Vorsitzender eines Be-

triebsrates und des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) Kreisausschuß Ludwigsburg, Stadtrat und Kreistagsabgeordneter. Von 1928 bis 1933 leitete Otto Weidenbach in Württemberg den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Nach der "Machtergreifung" der Nazis gab er den Kampf nicht auf. "So finden wir (...) Otto Weidenbach auf den roten Barrikaden gegen die franco-faschistische Aggression in Spanien."² 1937 wird ihm die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wegen "Landes- und Hochverrats". "Seine Bücher, die sein Vermögen darstellen, werden beschlagnahmt. In all den Jahren des Faschismus wird er durch fast sämtliche Länder Europas getrieben. 1946 (...) kommt Otto Weidenbach mit dem ersten Emigrantentransport aus Schweden über Polen nach Berlin in die damalige sowjetische Besatzungszone (...)." Danach, bis zu seinem Tod, in vielen Funktionen tätig und ausgezeichnet.

"Überzeugend, immer tätig, bescheiden," wurde in der Trauerrede betont, "so fanden wir ihn immer unter der Jugend, die er so liebte."

Richard Sieckfeld

Am 5. Mai 1910 in Braunschweig geboren, besuchte Richard Sieckfeld dort die Volksschule und erlernte danach von 1924 bis 1928 den Beruf eines Huf- und Wagenschmiedes.

Schon als Lehrling trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend bei und gehörte dem Touristenverein "Die Naturfreunde" an. Etwa 1929 wurde er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschland und beteiligte sich an vielen Aktionen aktiv gegen den aufkommenden Faschismus.

Nach seiner Lehre zunächst in Braunschweig beschäftigt, war er als Schmiedegeselle in Düsseldorf, Nellingen und Stuttgart-Feuerbach tätig. Von 1931 an arbeitslos, wurde Richard Sieckfeld auch zu Notstandsarbeiten eingesetzt.

Seine antifaschistische Tätigkeit war den Nazis nicht verborgen geblieben. Am 8. März 1933 wurde er verhaftet und bis Juli 1934 in den Konzentrationslagern Heuberg und Kuhberg festgehalten.

Bei der Firma Fortuna in Stuttgart-Cannstatt fand er danach eine neue Tätigkeit.

"Bei meiner Verhaftung im Jahre 1935", schrieb Richard Sieckfeld (1952), "wurde ich von der Gestapo geschlagen, weil ich meine 'Hintermänner' nicht angeben wollte. (...) ich (bin) zum Fenster hinausgesprungen (aus dem 3. Stock), was zur Folge hatte, daß ich meinen Arm seitdem nicht mehr heben kann. (...) Auch die Rippen auf der linken Seite sind ausgewuchtet."

Am 5. Dezember 1935 erfolgte seine Verurteilung vor dem Ober-Landesgericht Stuttgart wegen "Vorbereitung zum Hochverrat". Ihm und zwei weiteren Mitangeklagten wurde die "Bildung von freigewerkschaftlichen Zellen" vorgeworfen.



Quellen- und Literaturhinweise

1. Ludwigsburger Zeitung vom 13. März 1933 S. 5
2. Aus der Trauerrede von Arthur Czadzeck, Mitglied des Sekretariates der Bezirksleitung der SED und Vorsitzender des FDGB-Bezirksverbandes Potsdam anlässlich der Trauerfeierlichkeiten zum Ableben von Otto Weidenbach am 30. 3. 1979 im Haus der DSF Brandenburg

Zunächst im Zuchthaus Ludwigsburg eingesperrt, kam Richard Sieckfeld auf das Gefangenschiff "Biber". Dieses Schiff, auf dem sich etwa 150 Strafgefangene befanden, wurde zur Elbregulierung eingesetzt.

Nach der Strafverbüßung wurde Richard Sieckfeld in das Konzentrationslager Welzheim verschleppt. Dachau, Mauthausen und Flossenbürg waren die weiteren Stationen auf seinem Leidensweg.

"Insgesamt", schrieb er, "bin ich dreimal mißhandelt worden. (...) In Dachau wurde ich 2 1/2 Stunden an einen Baum gehängt, was eine Verschlimmerung meines Armes zur Folge hatte. Ich konnte in der Folgezeit zunächst nicht mehr schreiben." Bis Kriegsende war Richard Sieckfeld im Konzentrationslager Flossenbürg eingesperrt.

Nach seiner Befreiung kehrte er nach Stuttgart zurück und war im Arbeitsausschuß Stuttgart-Feuerbach, einem der 26 Arbeitsausschüsse in Stuttgart, tätig. (Deren Hauptaufgabe war:

1. Beseitigung der nazistischen Überbleibsel.
2. Linderung der Notlage der Bevölkerung.
3. Wiederaufbau und Wiedergutmachung.
4. Förderung der kulturellen Demokratie.)¹

Gesundheitlich schwer angeschlagen, konnte Richard Sieckfeld seinen Beruf nicht mehr ausüben. Hervorgerufen durch die Mißhandlungen im Konzentrationslager konnte er kaum mehr schreiben. Für eine Bewerbung schrieb er einmal seinen Lebenslauf 28 mal.

Nach einer Tätigkeit im Bezirk Heidenheim, wo er die kommunistische Partei wieder mit aufbaute, fand er nach längerer Krankheit und Arbeitslosigkeit bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg eine Stelle. Bis zu seiner Pensionierung, am 31. Mai 1973, war er dort tätig und zuletzt in Kornwestheim wohnhaft.

In all den Jahren setzte er, der Mitglied der VVN-Bund der Antifaschisten war, seine politische und gewerkschaftliche Tätigkeit fort. So gehörte er lange Jahre dem Personalrat der Landesversicherungsanstalt Württemberg an und wurde für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft geehrt.

Und so, wie er vor 1933 gegen den aufkommenden Faschismus gekämpft hatte, so erhob dieser Antifaschist nach dem 2. Weltkrieg seine Stimme gegen die Remilitarisierung in der Bundesrepublik.

Am 2. Dezember 1978 starb Richard Sieckfeld.²

Materialien

Röder, Werner: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945
Hannover 1969

Schätzle, Julius: Stationen zur Hölle. Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933-1945;
Frankfurt 1974

Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz.
Band 2; Vaihingen 1979.

SPD Kornwestheim: Der Ortsverein von 1898-1946;
Kornwestheim 1973

SPD Ludwigsburg: 80 Jahre Ortsverein;
Ludwigsburg 1971

Stuttgart im Dritten Reich: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Die Jahre von 1933 bis 1939;
Stuttgart 1984

Stuttgart im Dritten Reich: Die Machtergreifung. Von der republikanischen zur braunen Stadt;
Stuttgart 1983

Stuttgart im Dritten Reich: Prolog. Politische Plakate der späten Weimarer Republik;
Stuttgart 1982

Stuttgart im Dritten Reich: Völkische Radikale in Stuttgart. Zur Vorgeschichte und Frühphase der NSDAP 1890-1925. Stuttgart 1982

Verfolgung, Widerstand, Neubeginn in Freiburg 1933-1945; Freiburg 1980

Wolf, Friedrich: Die Jahre in Stuttgart 1927-1933
Herausgeber: Projekt-Zeitgeschichte im Kulturstadamt der Stadt Stuttgart 1983

Zelzer, Maria: Stuttgart unterm Hakenkreuz;
Stuttgart 1983

Zusammenbruch, Besetzung, Neubeginn. Ludwigsburg in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges. Ludwigsburg 1983

Quellen- und Literaturhinweise

1. Arbeiterbewegung und Wiederaufbau - Stuttgart 1945-49 S. 31
2. Unterlagen der VVN-Bund der Antifaschisten Ludwigsburg

Namensverzeichnis

- Aicher-Scholl, Inge 37,38
 Alber (Landrat) 34
 Alberdowski, Jossif Dr. 25
 Bader, Wilhelm 15,52,53
 Bausch, Adolf 46
 Bechtle, Reinhold 24 ff, 47
 Bischoff, Ernst 7
 Böckler, Hans 44, 45
 Böhringer, NSDAP-Gemeinderat 16
 Bouhler, Nazi-Reichsleiter 55
 Breitscheid, Rudolf
 (SPD-Reichstagsabgeordneter)
 Brodski, I.A. 25
 Bühler, Karl 6
 Cassayre, Marcel 31
 Dehlinger, Dr. 8
 Dubois, Paul 30
 Eisele, Dr. 49
 Elsas, Bernhard 24
 Elsas, Ludwig Dr. 24
 Eppinger, Wilhelm 13, 45-49
 Fischer, Albert 11
 Fischer, Johannes 11
 Franco 55, 59
 Frank, Karl Dr. 40
 Freisler, Roland (Blutrichter) 38
 Glöckler, Dr. 25
 Graf, Wilhelm 37, 38
 Greiner, Emma 20
 Gröner, Reichswehrminister 10
 Grosse, Otto 41
 Hahn (Oberst) 10
 Halder, Anna 19
 Hausser, Alfred 19,23
 Henning (Regierungsrat) 18,19
 Herr, Charlotte 21
 Herr, Friedrich 21,41
 Herr, Lina 19,21
 Herr, Ludwig 21,47,59
 Herr, Willi 21,59
 Heuss-Knapp, Elly 18,19
 Heyde, Werner Dr. 32
 Hieber 7
 Himmler, Heinrich (Reichsführer SS) 53
 Hindenburg, Paul von 4,16
 Hitler, Adolf 6,7,10,16,30,34,55,56
 Hornischer, Otto 49
 Huber, Karl 37,38
 Jagow, von 8
 Keil, Wilhelm 6,41,43
 Kercher 21
 Kern, Josef 43
 Klein 6
 Knoop-Graf, Anneliese 38
 Koch, Fritz 58,61
 Konzmann, Arthur 41
 Krämer, Walter 49
 Kraus, Dr. 35
 Kreyssing, Lothar (Amtsrichter) 55
 Krieg, Willi 43
 Kunde, Karl 13,50,63
 Lindenfels, Freiherr von 8
 Malfalda (Prinzessin, Tochter von
 Viktor Emanuel III.) 49
 Mannheim, Oskar 32
 Martin, Franz 21,47
 Martin, Gertrud 22
 Mauch, Gottfried 27,48
 Mayer, Herrmann 58
 Meinholdt, August 23
 Meinholdt, Else 23,24
 Meißner, Karl 7
 Mergenthaler (Ministerpräsident) 8,10
 Mössner (Direktor Karlshöhe) 36
 Mohr, Dr. (Amtsgerichtsdirektor) 55
 Mollenkopf (Bürgermeister)
 Motsch (Sturmabführer) 10,46
 Müller, Alfred 48
 Münz, Martha 19
 Münz, Paul 47
 Murr (Reichsstatthalter) 8,10
 Ottenheimer, Florina 33
 Pape, Anna 19,47
 Peix 49
 Pflüger (Landtagspräsident) 11,12
 Pflugbeil, Willy 15,20,45
 Probst, Christoph 37,38
 Reiner, Hermann 8
 Rossmann 11,12
 Schiedlausky, Dr. (SS-Hauptsturmführer)
 Schmid, Jonathan 8
 Schmorell, Alexander 37,38
 Scholl, Elisabeth 37
 Scholl, Hans 37,38
 Scholl, Robert 37
 Scholl, Sophie 37,38
 Scholl, Werner 37
 Schreck, Arthur Dr. 35
 Schuhmacher, Kurt 12
 Schuler, Emil 46
 Schumann, Horst, Dr. 35
 Seitz (Ortsgruppenleiter) 7
 Seitz, Dr. 55
 Sekerka
 Seyerle, Albert 43
 Siebert (Direktor) 19
 Siekfeld, Richard 63,65
 Siegele, Karl 7
 Specogna, Vitale 30
 Spielmann, August 48
 Sprecher, Eugen 41
 Sprenger, Karl 6,41
 Steigleiter, Hermann 54
 Steigleiter, Hugo 54
 Stein., Berta 19
 Streicher, Julius 10
 Student (General) 58
 Tischendorf, Alfred 10,46
 Trefz (NSDAP-Kreisleiter) 10
 Trettner, Heinz 58
 Vielhauer, Walter 49
 Voß, Ernst 43
 Warthmann, Friedrich 41
 Weidenbach, Lotte 18
 Weidenbach, Otto 59,63
 Weipert, Karl 65
 Weis, Wilhelm 41
 Wessel, Horst 10
 Widmaier, Erwin 43
 Wissmann, Hermann 9,12,13
 Wolf, Friedrich 8,9
 Wurm (Landesbischof) 35
 Zeller, Dr. 25
 Ziegler (Stadtpfarrer) 43
 Ziereis (KZ-Kommandant) 22

Ortsverzeichnis

Asperg 7,43,48
 Auschwitz (KZ) 32,35
 Bad Lauterburg 23
 Barcelona 59
 Basel 61
 Berlin 54
 Biberach/Riß 40
 Bietigheim 5,6,16,40,41
 Brandenburg/DDR 63
 Braunschweig 63
 Bruchsal 19
 Buchenwald (KZ) 35,48,49,50
 Dachau (KZ) 21,22,53,64
 Danzig 43
 Düsseldorf 23,63
 Erdmannhausen 16
 Flein 21
 Flossenbürg (KZ) 64
 Frankfurt/M. 35,38
 Freiburg/Brg. 38,58,61
 Gotteszell 18 - 21
 Grafeneck 32,34,35
 Groß-Sachsenheim 40
 Grünstadt (Pfalz) 19
 Hamburg 38
 Heggbach bei Biberach 35
 Heilbronn 22,61
 Heuberg (KZ) 13,21,25,45,46,47,63
 Ingersheim 37
 Karlsruhe 19,48
 Kassel 23
 Kirchberg/Murr 45
 Kleiningersheim 6
 Köln 58
 Konstanz 32,35
 Kornwestheim 4,6,7,19,30,41,46
 Krefeld 19

Kuhberg/Ulm (KZ) 21,47,63
 Lichenburg 19
 Löchgau 25,26
 Ludwigsburg 6,7,9,10,13,19,21,22,24,
 31,32,33,35,37,40,46,61,
 63,64.
 Madrid 59
 Marbach/Neckar 6,7,16,40
 Mauthausen (KZ) 22,64
 Möglingen 24
 Moringen (KZ) 19
 München 37,38,54
 Münsingen 48
 Neckarweihingen 13,40
 Nellingen 65
 Neuengamme (KZ) 21
 Öhringen 61
 Osterode 23
 Paris 19
 Prevorst 25
 Quedlinburg 61
 Rastatt 19,35
 Ravensbrück (KZ) 19,50
 Solingen 19
 Straßburg (Elsaß) 32
 Stuttgart 19,20,23,25,31,32,38,47,61
 Teruel (Spanien) 58
 Thale/Harz 61
 Ulm/Donau 37,38
 Vaihingen/Enz 6,41
 Valencia 59
 Weimar 48
 Welzheim (KZ) 21-25,64
 Wien 38
 Zürich 61
 Zwiefalten 32

Sachregister

ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) 63
 Antinazikomitee 41
 Arbeiter-Illustrierte (AIZ) 61
 Arbeiter-Samariter-Bund 46
 Arbeiter Turn- und Sportbund 46
 Bosch (Firma) 32,45,47,48
 DGB 44
 Enz-Bote 4
 Enz- und Metter-Bote 5,6
 Euthanasie-Programm 32
 Gesangsverein "Vorwärts" 46
 Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses 34
 Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit 63
 Kornwestheimer Zeitung 4,6
 Legion Condor 56,58
 Ludwigsburger Arbeiterzeitung 15a/b, 61
 Ludwigsburger Bahnhof 10
 Ludwigsburger Zeitung 7,10,63
 Neckar-Post 8,14
 NS-Kurier 8
 Radfahrerbund Solidarität 46
 Reichswehr 10
 Salamander AG 20
 Streicher (Firma) 43
 Stürmer 10
 Synagogen 47
 "undeutsches" Schrifttum 10
 Völkischer Beobachter 5
 Volkschor 46
 Volksgerichtshof 54 f
 Weisse Rose 37

Quellen- und Literaturhinweise

Adler, H.G.: Die Juden in Deutschland. Von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus. München 1960.

Aicher-Scholl, Inge: Die Weiße Rose; Fischer-Verlag 1982

Arbeiterbewegung und Wiederaufbau - Stuttgart 1945-1949; Stuttgart 1982

Bauer, Fritz u.a.: Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main 1965.

Blätter zur Stadtgeschichte, (Hefte 1 u. 2), Bietigheim-Bissingen 1983 u. 1984

Bohn, Willi: Einer von Vielen, Frankfurt 1981

Bohn, Willi: Hochverräter. Frankfurt 1984

Bohn, Willi: Stuttgart - Geheim!, Frankfurt 1978

Bohn, Willi: Transportkolonne Otto, Frankfurt 1970

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, (Faksimile-Nachdruck), Frankfurt 1978

Brodski, I.A.: Die Lebenden kämpfen, Berlin (DDR) 1968

Brodski, I.A.: Im Kampf gegen den Faschismus. Sowjetische Widerstandskämpfer in Hitlerdeutschland 1941-1945, Berlin (DDR) 1975

Das Tagebuch der Anne Frank. Frankfurt/M. 1977

Der alltägliche Faschismus in Tübingen; Tübingen 1978

Die anderen; Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg, Zeugnisse und Berichte 1933-1945; Hamburg 1981

Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933 - 1945; Frankfurt 1975

Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das Nationalsozialistische Regime 1933-1945; Stuttgart 1966

Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945. Frankfurt am Main 1963

Drobisch, Klaus (u.a.): Juden unterm Hakenkreuz; Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945. Frankfurt am Main 1973

Edel, Peter: Die Bilder des Zeugen Schattmann; Frankfurt am Main 1972

Engelmann, Bernt: Deutschland ohne Juden; München 1970

Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr. Darmstadt 1976

Eschwege, Helmut (Hrsg.): Kennzeichen J., Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945; Berlin 1966

Euthanasie und Sterilisierung im Dritten Reich (Band 12) (K. Nowak); Göttingen (1977) 1980

Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz (E. Röhm u. J. Thierfelder); Stuttgart 1983

Faschismus-Getto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges; Frankfurt am Main o.J.

Hoegner, Wilhelm: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, Nymphenburger Verlagsgesellschaft, München 1978

Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. II; Stuttgart 1948

Künzler, Wilhelm: Aus meinem Leben; Karlsruhe 1980

Letsche, Curt: Das Schafott, Frankfurt 1979

Ludwigsburger Geschichtsblätter
Heft 30/1978 u. Heft 35/1983

Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten;
Ludwigsburg 1936

Morweiser, Hermann: Vom antifaschistischen Widerstand in Speyer. Speyer 1983

Ochs, Eugen: Ein Arbeiter im Widerstand. Stuttgart 1984

Oppenheimer, Max: Als die Synagogen brannten; Frankfurt 1978

Pollatschek, Walter: Friedrich Wolf. Leipzig 1974

In eigener Sache

STREIFLICHTER

Geschichte des Widerstands

„Streiflichter“ als eine Dokumentation in sechs Bänden

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Ludwigsburg hat ein ehrgeiziges und beachtenswertes Projekt in Arbeit genommen: eine auf sechs Hefte angelegte Dokumentation der Verfolgung und des Widerstandes, die unter dem Titel „Streiflichter“ entsteht. Sie sollen dieses Stück lokale Geschichte der Öffentlichkeit in Wort und Bild zugänglich machen, um aus der Vergangenheit „zu lernen und beharrlich dafür einzutreten, es nie wieder so weit kommen zu lassen“, wie Ludwigsburgs Oberbürgermeister Dr. Otfried Ulshöfer, im Geleitwort des jetzt erschienenen ersten Bändchens formuliert hat.

Nach sorgfältiger Recherche wurden hier aus dem Raum Ludwigsburg Fakten zusammengetragen, die in betroffen machender Deutlichkeit die Leiden, aber auch mutige Widerstandstaten derjenigen vor Augen führen, die sich den Nazis mit aller Konsequenz für Karriere, Gesundheit

und Leben auf vielfältige Weise entgegengestellt haben. So wie der Arbeiter Franz Martin, der Anfang 1940 im berühmtesten Vernichtungslager Mauthausen ermordet wurde, nachdem er 1935 verhaftet worden war und 20 Monate Untersuchungshaft mit entsprechenden Verhören über sich hatte ergehen lassen müssen. Oder wie der heutige VVN-Landesvorsitzende Alfred Haussner, der zwischen 1936 und 1943 einen Teil seiner Haft im Ludwigsburger Zuchthaus absitzen mußte, oder wie auch Willi Bohn, der mit der Häftlingsnummer 6272 dort inhaftiert war. Auch der jüdische Fabrikant Max Elsas, der 1942 im KZ Theresienstadt umgebracht wurde, war einer der Betroffenen, um nur einige Namen zu nennen. Sie alle werden ins Gedächtnis der heutigen Generationen gerufen, als Mahnung und Ermutigung. Diese Menschen will das Bändchen ehren, in dem ihre Geschichte als Teil der „großen“ Geschichte sichtbar gemacht wird.

Die Dokumentation lebt von der Vielfalt des gesammelten Materials: Zeitungsausschnitte der damaligen Zeit, (persönliche) Erinnerungen heute noch Lebender, Fotos, (illegale) Flugschriften, Tabellen und vieles andere mehr haben ein 50 Seiten umfassendes Heft entstehen lassen. Bezogen werden kann es bisher im örtlichen Buchhandel (Buchhandlungen Aigner und Schwarzes Schaf) oder über Telefon 2 89 19.

LUDWIGSBURGER
KREISZEITUNG vom 1.7.1983

Impressum

STREIFLICHTER
aus Verfolgung und
Widerstand 1933-45



**Nachweis
der Photos
und Dokumente**

**Herausgeber: Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes/Bund der Anti-
faschisten Kreis Ludwigsburg**

Graphische Gestaltung und Druck:

**Ludwig Stark
Druckerei und Verlag
Friedhofstraße 5
7141 Erdmannhausen**

**Copyright: VVN/BdA, Ludwig Stark Verlag
Ludwigsburg 1985, 1. Auflage**

Wenn nicht anders vermerkt, stammen die Photos und Dokumente aus Privatbesitz oder sind in so vielen Dokumentationen enthalten, daß ein exakter Nachweis nicht mehr möglich ist. Danken wollen wir an dieser Stelle nochmals dem Ludwigsburger Stadtarchiv, das uns den Abdruck von diversen Schriftstücken gestattet hat.



A-J-Z

ERSCHEINT WÖCHENTLICH EINMAL • PREIS 20 PFG., Kc 1,60
30 GR., 30 SCHWEIZER RP. • V. b. b. • NEUER DEUTSCHER
VERLAG, BERLIN WB • JAHRGANG XI, • NR. 42 • 16. 10. 1932

DER SINN DES HITLERGRUSSES:

Motto:
**MILLIONEN
STEHEN
HINTER MIR!**

Kleiner Mann bittet um große Gaben

Collage von John Heartfield, 1932